

**Erhard Crome**

Die Linke  
und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat

**Die Nation zwischen Europäischer Union  
und Regionen**

Berlin, Dezember 2001

Erhard Crome

**Die Linke  
und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat**

Die Nation  
zwischen Europäischer Union und Regionen

(Studie)

Berlin, Dezember 2001

*Es besteht kein Grund, vor jedem Fleck Deutschlands in die Knie zu sinken und zu lügen: wie schön! Aber es ist da etwas allen Gegenden Gemeinsames – und für jeden von uns ist es anders. Dem einen geht das Herz auf in den Bergen, wo Feld und Wiese in die kleinen Straßen sehen, am Rand der Gebirgsseen, wo es nach Wasser und Holz und Felsen riecht, und wo man einsam sein kann; wenn da einer seine Heimat hat, dann hört er dort ihr Herz klopfen. Das ist in schlechten Büchern, in noch dümmere Versen und in Filmen schon so verfälscht, daß man sich beinah schämt, zu sagen: man liebe seine Heimat.*

*...es gibt ein Gefühl jenseits aller Politik, und aus diesem Gefühl heraus lieben wir dieses Land. Wir lieben es, weil die Luft so durch die Gassen fließt und nicht anders, der uns gewohnten Lichtwirkung wegen – aus tausend Gründen, die man nicht aufzählen kann, die uns nicht einmal bewußt sind und die doch tief im Blut sitzen.*

*Es ist ja nicht wahr, daß jene, die sich ‚national‘ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben... Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es. Und so widerwärtig mir jene sind, die – umgekehrte Nationalisten - nun überhaupt nichts mehr Gutes an diesem Lande lassen, kein gutes Haar, keinen Wald, keinen Himmel, keine Welle – so scharf verwahren wir uns dagegen, nun etwa ins Vaterländische umzufallen. Wir pfeifen auf die Fahnen – aber wir lieben dieses Land. Und so, wie die nationalen Verbände über die Wege trommeln – mit dem gleichen Recht, mit genau demselben Recht nehmen wir, wir, die wir hier geboren sind, wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl der nationalen Esel – mit genau demselben Recht nehmen wir Fluß und Wald in Beschlag, Strand und Haus, Lichtung und Wiese: es ist unser Land. Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es lieben.*

Kurt Tucholsky, 1929

Die Nation ist ein Stiefkind linker sozialtheoretischer Analysen. Man betrachtet sie als etwas Fremdes, das man nicht eigentlich in der eigenen Wohnung haben will. Widerwillig wird zuweilen ein analytisches Herangehen praktiziert, das eher wie Feindbeobachtung wirkt, denn als Sich-Einlassen auf die wirklichen Verhältnisse. Im Grunde ist diese Art Ignoranz schon bei Marx und Engels angelegt. Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“<sup>1</sup> Insofern versteht sich die auf Marx zurückgehende Arbeiterbewegung schon vom Ausgangspunkt her als nicht-vaterländisch. Die nachmaligen Aufwallungen nationalistischer und chauvinistischer Überhebung in Europa, die schließlich insbesondere in die Exzesse der Kriegsführung und Vernichtungspolitik Deutschlands in den selbst vom Zaune gebrochenen beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts führten, schienen jene Sichtweise zu bestärken. Und dennoch schwindet der Bezug auf nationale Eigenheiten nicht, wenn Menschen auch am Beginn des 21. Jahrhunderts versuchen, sich ihrer Identität zu vergewissern.

Die nicht-nationale Herangehensweise scheint nicht nur historisch, sondern zugleich materialistisch begründet: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen... Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“<sup>2</sup> Abgesehen davon, daß das kommunistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem die nationalen Probleme am Ende nicht tatsächlich lösen konnte, scheint sich heute jene Voraussage eindrucksvoll zu bestätigen. Nichts dünkt eindrucksvoller, als daß in dieser sich globalisierenden Welt alle am gleichen Internet hängen, mehr oder weniger compatible Computerprogramme benutzen, und am Abend von den USA bis nach Japan und Europa alle den gleichen neuen kitschigen Hollywood-Film sehen, der von den entsprechenden Großkonzernen in Tausenden von Kopien auf Knopfdruck zeitgleich in den Weltmarkt gedrückt wird. Am Ende heulen alle ZuschauerInnen auch noch an den gleichen Stellen. Die Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte, auch bestimmter Versatzstücke von Kultur, so in Gestalt amerikanisierter Alltagskultur von McDonald, Coca-Cola und Jeans, ist offensichtlich – das ist hier zunächst als Tatsachenfeststellung gemeint, nicht als Werturteil.

---

<sup>1</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies.: Werke (MEW), Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 479.

<sup>2</sup> Ebenda.

Dem stehen allerdings Gegenprozesse gegenüber, insbesondere solche der Suche nach kulturellem oder identitärem Halt. Extreme Formen sind religiöser Fundamentalismus, Rassenhaß und Alltagsvandalismus, die gleichsam als Pathologien der sich globalisierenden Postmoderne in Erscheinung treten. Bei der Suche nach politischen oder politisch beeinflussbaren Gegenmächten trifft man auf den Rückbezug auf die Nation und den Nationalstaat oder auf bestimmte regionale Eigenheiten. Die normierende, einebnende Globalisierung führt zu wachsender geistiger und kultureller Unbehautheit, zur Suche nach Halt in dieser anscheinend unbegrenzten oder unbegrenzbaren Welt. Hinzu kommt: Diese globalisierte Welt ist ungeregt, brutal von den Stärksten ausgebeutet, weniger voraussehbar, als es der fordistische Sozialstaat der 1950er bis 1980er Jahre war, jedenfalls für die unteren sozialen Schichten, sicher nicht für IBM, Nestlé, Siemens oder BP. Demgegenüber ist der demokratische Verfassungsstaat, der auf der Nation aufruht, schon wegen seiner Verfassungsordnung, seiner berechenbaren Institutionalisierung, seiner Gesetze, Traditionen und seines Schulwesens etwas Gewohntes, Berechenbares, Rückversicherung Ausstrahlendes, wenngleich in Deutschland in West und Ost gewiß in unterschiedlichem Maße. Schienen die Nation und der moderne Staat gestern noch völlig überfordert, von der Globalisierung längst ausgehöhlt, so treten sie nun als Ort des kulturellen Zusammenhangs, der demokratischen Mitwirkung, der Verteidigung der liberalen Freiheitsrechte, der Selbstbestimmung des Individuums in Erscheinung, der ihm Halt gibt, auf daß es nicht als doppelt freie Monade vom Mahlstrom der Globalisierung verschlungen wird.

Die Freiheit hat nicht nur ihre Zeit, sie muß auch einen Ort haben. Und die Wirtschaftskräfte gilt es auf's Neue den sozialen Bedürfnissen der Menschen zu unterwerfen. (Friedhelm Hengsbach fragte in seiner Vorlesung an der Berliner Humboldt-Universität, November/Dezember 2001, ganz schlicht: „Was bewirken die real existierenden Finanzmärkte für die Armen dieser Welt?“) Nicht umgekehrt. So verdient die Nation erneute Aufmerksamkeit, gerade auch für die Formulierung neuer, zumal alternativer Politikansätze. Die Annäherung an dieses Thema muß jedoch, soll sie ernsthaft erfolgen, mit einem theoretischen Rüstzeug erfolgen, das nicht einfach auf der Straße liegt, das durchaus dem postmodernen Zeitgeist der allgemeinen Beliebigkeit widerspricht. Hier hat das materialistische und zugleich von tiefer historischer Kenntnis getragene Modell Ernest Gellners – dem Eric J. Hobsbawm im Grunde folgt – weitreichende Bedeutung. Zugleich bietet die von Peter Ruben in Anlehnung an Ferdinand Tönnies durchgearbeitete Unterscheidung von *Gesellschaft* und *Gemeinschaft* eine unverzichtbare Grundlage, sich dem Phänomen des Nationalen zu stellen. Zugleich mußte, dies

zur Erklärung für die hier praktizierte Herangehensweise, den deutschen Dingen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, nicht nur, weil die deutsche Geschichte der vergangenen mindestens 150 Jahre besonders kompliziert und widersprüchlich verlief, sondern auch, weil das gegenwärtige politische Handeln einer Partei, jeder Partei in diesem Lande, den nationalen Rahmen zunächst vorfindet, der zugleich auf spezifische Weise nicht nur politisch, sondern zwischen Ost und West zerklüftet ist. Die Spezifik der Nationsbildung in Deutschland, einschließlich und insbesondere der Neu-Konstituierung der Nation 1990 bilden den Hintergrund dessen. Und dieser ist eben nicht zufällig gewesen, war auch nicht beliebig auswechselbar. Zugleich ist dieses So-Sein hineingestellt in die weltweiten Prozesse wirtschaftlicher, technischer und finanzpolitischer Globalisierung sowie die der Europäischen Integration. Konnte erstere nicht als eigenständiger Prozeß hier analysiert werden, so war doch die Europäische Union in ihrem historisch-politischen Platz zu beschreiben, der Deutschland gleichsam einrahmt. Politische Folgerungen ergeben sich aus der Sache. Auf den Tag bezogene Schlußfolgerungen können nicht Gegenstand einer solchen Arbeit sein, wohl aber die Benennung auch politisch relevanter Felder.

Zum Entwurf dieser Arbeit habe ich Anregungen und Vorschläge erhalten von Peter Ruben, Dietrich Mühlberg, Ernstgert Kalbe und Wolfgang Geier. Ihnen danke ich für die Mühe, die sie sich gemacht haben. Nicht allen Ratschlägen bin ich gefolgt, was auch mit der Vielgestalt des Themas zu tun hat. Sollten immer noch Fehler und Einseitigkeiten enthalten sein, gehen diese allein auf mich zurück.

Bei der Bearbeitung des gestellten Themas war – eben weil es die hier benannte Tradition „linken“ Denkens und politischen Agierens gibt – der Schwerpunkt der sozialtheoretischen Untersuchung auf das Problem der Nation und des Nationalstaates zu legen. „Die Linke“, heißt es darüber hinaus im Thema. Eigentlich hätte der generalisierende, substantivierende Singular aufgelöst gehört, zumindest differenzierend eingeführt und erklärt. *Die Linke* war und ist in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts natürlich von Zeit zu Zeit, von Land zu Land, von Volk zu Volk usw. etwas höchst *Verschiedenes* und hat damit wohl auch ihr je eigenes, unterscheidbares Verhältnis zu *Nation* und *Nationalstaat*. *Die deutsche Linke* oder *die deutschen Linken* sind in diesem geschichtlichen Zusammenhang wahrscheinlich eine besondere Spezies, deren – durch Irrungen und Wirrungen – bestimmtes und gebrochenes Verhältnis zur (zu *ihrer*?) Nation ebenso *deutsch-besonders* ist wie zu dem (zu

ihrem?) mit der eigenartigen deutschen Nationalstaatsbildung verbundenen Nationalstaat. Im übrigen gibt es hier zwischen den deutschen und bestimmten anderen europäischen *Linken* sicher interessante Vergleichsmöglichkeiten, zu anderen wiederum nicht, und das hat sicher nicht nur mit *imagined communities* oder *re-constructed phenomena* zu tun, sondern mit ihrer je eigenen, anderen (objektiven) Geschichte und ihren (subjektiven) Wahrnehmungen.<sup>3</sup> Das ist so; „die Linke“ und ihre Verästelungen konnten jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit sein. Jedenfalls wäre dies ein Unterfangen, das weit über den hier gestellten Rahmen hinausginge. Beim Lesen der Arbeit ist jedoch die reale Differenzierung der Linken nach Zeit und Ort mitzudenken, die hier nicht explizit dargestellt werden kann.

Auch die tatsächliche soziale Zerklüftung der Gesellschaften konnte nicht ausdrücklich dargestellt werden. Über Nation wurde ja gerade auch unter den Linken seit Anbeginn heftig diskutiert. „Bei Lenin, Stalin, Otto Bauer usw. usw. wurde immer wieder hin und her gewendet, wie weit Nation etwas Objektives ist, wie weit eine ideologische Konstruktion, hinter der bei näherer Betrachtung eine gespaltene Gesellschaft (keine wirkliche Gemeinschaft also) sichtbar wird: zwei Nationen in jeder modernen Gesellschaft, gruppiert jeweils um die entscheidenden Klassenkräfte. Darum auch zwei Kulturen oder kulturelle Tendenzen.“<sup>4</sup> Die soziale Differenzierung innerhalb der Nation ist ebenfalls mitzudenken beim Lesen. Ich hielt es jedoch – nach dem Scheitern des Realsozialismus und seiner „Nationalitätenpolitik“; nach dem Vorgang der deutschen Vereinigung 1990, der recht eigentlich die „nationale Frage“ nach dem Realsozialismus wieder auf die europäische Tagesordnung setzte, was sein Echo dann im Zerfall der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens fand; vor dem Hintergrund der Frage nach den Perspektiven der europäischen Nationen im Prozeß der EU-Integration sowie angesichts der vehementen Angriffe der Globalisierungsgewinner auf den europäischen Sozialstaat, die Nationalkulturen und also die Nationen – für angezeigt, zunächst genauer zu betrachten, was es denn mit der Nation als gedachter oder tatsächlicher Gemeinschaft am Beginn des 21. Jhds. noch auf sich hat.

Bereits eine kursorische Sicht auf die relevante Literatur zeigt, daß „die Zahl der Arbeiten, die einen eigenständigen Beitrag zur Erhellung der Frage leisten, was Nationen und nationale Bewegungen sind und welche Rolle sie in der historischen Entwicklung spielen“, seit dem

---

<sup>3</sup> Wolfgang Geier in seinen Randbemerkungen zum Entwurf dieser Studie.

<sup>4</sup> Dietrich Mühlberg in seinen Randbemerkungen zum Entwurf dieser Studie.

Ende der 1960er Jahre zugenommen hat. Diese Aussage von Hobsbawm aus dem Jahre 1991 läßt sich gewiß zehn Jahre später bestätigen.<sup>5</sup> Es konnte jedoch nicht Anliegen der vorliegenden Studie sein, etwa eine umfassende Bibliographie zum Thema zu liefern. Ich verzichte bewußt auf eine Literaturliste und gebe nur jene Literatur an, die ich unmittelbar verwendet habe. Hier rechne ich mich jedoch nicht zu jenen Leuten, die so tun, als würden sie sich hinter dem mehr oder weniger breiten Rücken der Zitierten verstecken; vielmehr gilt: indem ich zitiere, äußere ich mich.

Eine letzte Vorbemerkung halte ich noch für angezeigt. Es ist schon so, daß bei der Bearbeitung des Themas „Nation“ hier eine bestimmte, gleichsam abstrahierte Sicht „der Linken“ unterstellt ist. Nach dem Ende des Realsozialismus, genauer: dem Scheitern des kommunistischen Herrschaftssystems (dazu weiter unten), wurde linkes Denken weithin für obsolet erklärt. Die Akteure der Globalisierung und ihre neoliberalen Ideologen haben Gesellschaftskritik überhaupt als altmodisch, unzeitgemäß, erledigt zu denunzieren versucht. Am Ende bleibt der Unterschied zwischen Rechts und Links jedoch bestehen. Zunächst gilt, mit Norberto Bobbio: Die beiden Begriffe sind nicht absolute, sondern relative. „Es sind auch keine Personen oder Dinge bezeichnenden oder etwa ontologischen Begriffe. Noch sind sie innere Eigenschaften des politischen Ordnungssystems. Es sind Orte des *politischen Raums*. Sie stehen für eine bestimmte politische Topologie, die nichts mit politischer Ontologie zu tun hat: „Man ist nicht rechts oder links in dem Sinn, wie man sagt, man sei *kommunistisch* oder *liberal* oder *katholisch*“. Anders ausgedrückt: rechts und links sind keine Wörter, die ein- für allemal festgeschriebene Inhalte bezeichnen. Sie können, je nach Zeit und Situation, unterschiedliche Inhalte bezeichnen... Der Gegensatz bleibt, auch wenn sich die Inhalte des Gegensatzes verändern können.“<sup>6</sup> Als den ‚Polarstern‘, dem Links und Rechts folgen, benennt Bobbio die Frage nach der Gleichheit, das Verhältnis zum Ideal der Gleichheit. Wenn es „ein charakteristisches Element in den Doktrinen und Bewegungen gibt, die sich links nennen und als solche allgemein anerkannt werden,“ dann ist dies der Egalitarismus, nicht verstanden als die „Utopie von einer Gesellschaft..., in der alle Individuen in allem gleich sind, sondern als ein Streben, die Ungleichen etwas gleicher werden zu lassen.“<sup>7</sup> In diesem Kontext kann es denn auch keine tiefe Kluft zwischen Freiheit und Gleichheit geben. „Es gibt sowohl auf der Rechten wie auf der Linken freiheitliche und autoritäre Doktrinen und Bewegungen. Und zwar des-

---

<sup>5</sup> Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1998, S. 14.

<sup>6</sup> Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994, S. 71.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 82f.



halb, weil das Kriterium der Freiheit dazu dient, das politische Ordnungssystem nicht so sehr im Hinblick auf seine Ziele, als vielmehr im Hinblick auf seine Mittel oder auf seine Methoden zu unterscheiden, die es zur Erreichung seiner Ziele einsetzt: das heißt es bezieht sich auf die Annahme oder auf die Verweigerung der demokratischen Methode, unter der man die Gesamtheit von Regeln zu verstehen hat, die es möglich machen, kollektive Beschlüsse auf Grund freier Diskussionen und freier Wahlen zu fassen, und nicht, weil zu Mitteln der Gewalt gegriffen wird.“<sup>8</sup> Während also das Verhältnis zu Gleichheit bzw. zu einer egalitären Politik als Ziel von Gesellschaftspolitik Links und Rechts unterscheiden läßt, legt das Verhältnis zur Freiheit als einer Methode den Unterschied zwischen dem gemäßigten und dem extremen Flügel auf der Linken bzw. Rechten offen.

Nach der Gleichheit zu fragen, heißt zugleich, die Quellen der Ungleichheit zu benennen. „Daß die Diskriminierung zwischen Reichen und Armen – eingeführt und verewigt durch das Fortbestehen des für unveräußerlich gehaltenen Rechts auf Privateigentum – als Hauptursache für die Ungleichheit angesehen wird, schließt nicht aus, daß es auch noch andere Gründe für Diskriminierung gibt, etwa die zwischen Männern und Frauen, zwischen handwerklicher und geistiger Arbeit, zwischen höher entwickelten und weniger entwickelten Völkern.“ Und die Realitäten der Gegenwart? „Es genügt schon, wenn man den Blick von der sozialen Frage innerhalb der einzelnen Staaten, aus denen im vergangenen (19. – E.C.) Jahrhundert die Linke hervorgegangen ist, auf die internationale soziale Frage richtet, um sich darüber klar zu werden, daß die Linke ihren Weg nicht nur nicht zu Ende gegangen ist, sondern ihn überhaupt erst beginnt.“<sup>9</sup>

Ich behaupte, daß man auch der Frage nach Nation und Nationalstaat nachgehen kann, ohne Bobbios „Polarstern“ aus den Augen zu lassen.

*Erhard Crome*

Berlin, im November 2001

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 88, 90.

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Die Nation als sozialhistorische Erscheinung</b>	
1. Begrifflichkeiten und das Heraufkommen des Kapitalismus	10
2. Nation zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft	19
3. Umriss der Nation (nach Gellner)	25
4. Nation, Staat und Politisches	36
<b>II. Die Nation in Deutschland und die Linken</b>	
1. Das Scheitern einer demokratischen Nationsbildung und imperialistischer Krieg	48
2. Verhältnisse und Interpretationen in der BRD	62
3. Die DDR und die deutsche Nation	71
4. Die Linke und die deutsche Nation nach der Neu-Vereinigung 1990	78
<b>III. Nation zwischen Europäischer Union und Regionalisierung</b>	
1. Nation, Nationalstaat und EU – Integration und Regionalisierung	85
2. Die Nation im Angesicht globaler Herausforderungen und Handlungsräume für linke Politik	95

# I. Die Nation als sozialhistorische Erscheinung

## 1. Begrifflichkeiten und das Heraufkommen des Kapitalismus

Das deutsche Wort *Nation* entstammt etymologisch dem lateinischen *natio*, was einen Volkstamm meint (mit gemeinschaftlicher Abstammung, Sprache und Sitte), ein Volk, Sippschaft, Menschenschlag oder Schar, herkommend von dem Geborenwerden, der Geburt als Verbalabstraktum von *nasci*, geboren werden. Das Römische Reich sah stets den Unterschied zwischen dem Imperium und den Barbaren; die Römer selbst bezeichneten sich als *populus romanus*, was eine rechtsförmige, nicht eine nur angeborene Gattungszugehörigkeit meinte. So erhielten im Jahre 212 alle freien Einwohner des Imperiums das römische Bürgerrecht. Die verschiedenen Stämme jener Zeit wurden als *natio* oder *gens* bezeichnet. Isidor von Sevilla faßte im 7. Jahrhundert *gens* in Bezug zu *generatio*, also zur gemeinsamen Herkunft, während *populus* alle Bewohner einer *civitas* (im Sinne von: Bürgerschaft, Stadt, Staat) meinte. In den folgenden Jahrhunderten wurden *natio*, *gens* und *populus* vielfach alternierend verwandt. Im 9. Jahrhundert beginnt sich dann allerdings *populus (christianus populus)* zur Bezeichnung der Christen durchzusetzen, während Heiden als *gentes* oder *gentiles* bezeichnet werden.<sup>1</sup>

Auch Thomas von Aquino benannte im 13. Jhd. mit *gentiles* nur noch heidnische Völker, während *nationes* weiter als Bezeichnung für die Stämme innerhalb christlichen Welt benutzt wurde. So wurden nach der Teilung des Karolingischen Reiches (843) im westfränkischen Reich die Nationen der Francais – der Bewohner der Ile de France –, der Poitevins, der Normands, der Lorrains, der Picards usw. genannt, während im ostfränkischen Reich die Rede war von den Franken, den Baiern, den Sachsen, den Elsässern, den Schwaben usw. Das Kaisertum Ottos I. war mit seiner Begründung (962) in die Tradition des Römischen Reiches und des Reichs Karls des Großen gestellt worden; der offizielle Titel des Reiches *Sacrum Romanum Imperium* (seit dem 11. Jhd.) erhielt im 15. Jhd. den Zusatz *Nationis Germanicae*, deutscher Nation. Dies meinte aber nichts weiter, als einschränkend die deutschen Reichsteile im Unterschied zu den italienischen und Burgund. Der Gebrauch des Terminus ‚deutscher Nation‘ in diesem Sinne und der der Nation für die Stämme standen noch lange Zeit nebeneinander. Insofern ist nicht davon auszugehen, daß ein ‚deutsches Volk‘ schon seit ältester Zeit vorauszusetzen sei, während dessen ‚Stämme‘ – Sachsen, Baiern, Thüringer usw. – lediglich Teilgruppen dieses Volkes seien. Das ‚deutsche Volk‘ und die ‚deutsche Sprache‘ sind in ei-

---

<sup>1</sup> Vgl. Carlsruh Richard Brühl: Die Geburt zweier Völker. Deutsche und Franzosen (9.-11. Jahrhundert), Köln u.a. 2001, S. 79f.

nem langwierigen Prozeß der Umschichtung und Verschmelzung entstanden: „1) Das *deutsche Volk* ist eine Summe seiner *Stämme*; 2) bevor sich das *deutsche Volk* als eine eigenständige Größe herausgebildet hatte, waren diese *Stämme* selbständige Völker; 3) die Ausbildung dieses *deutschen Volkes* vollzog sich als ein langsamer, Jahrhunderte dauernder Prozeß.“<sup>2</sup> Insofern warnt der Historiker davor, an Begriffe wie „Nation“, „Nationalgefühl“ oder auch „Staat“ für Zeiträume vor tausend Jahren die Kriterien des 19.-20. Jhds. anzulegen.

*Nation* war zunächst ein Gattungsbegriff von organisatorischer Bedeutung. Studenten an den Universitäten beispielsweise wurden in *nationes* eingeteilt, wobei die Zuordnung zumeist recht willkürlich war und mit den späteren Nationen nichts zu tun hatte. So kannte die Prager Universität ursprünglich vier *nationes*, eine böhmische, eine sächsische, eine bayerische und eine polnische, wobei deutsche Studenten in allen, außer der böhmischen, die Mehrheit bildeten. Auf dem Konzil von Konstanz (1414-18) gab es fünf *nationes*, die Engländer, die Franzosen, die Deutschen, die Italiener und die Spanier, wobei zur deutschen auch die dänischen, schwedischen, polnischen, tschechischen und ungarischen Prälaten gehörten. Auch religiöse Orden und Kaufmannschaften waren in solche *nationes* unterteilt. So bezeichnete das Wort „Nation“ im Mittelalter einen „Zweckverband, eine lokal, administrativ bestimmte Untergruppe als Fraktion oder Verwaltungseinheit usw. – keineswegs trägt dieses Wort die ganze Schwere eines Inhalts wie: repräsentative politische Einheit. Es bezeichnet nicht irgendeine vorgegebene Gemeinschaftsform, weist nicht auf die entscheidende soziale Bindungs- oder Trennungslinie hin.“<sup>3</sup> In diesem Sinne wird in neueren Arbeiten betont, daß der moderne Begriff der „nation“ im Französischen – und von daher ging er in das europäische politische Denken, spätestens nach 1789 ein – eine bewußte sprachliche Neugestaltung verkörpert, die nicht unmittelbar aus dem mittellateinischen *natio* abzuleiten ist.<sup>4</sup>

Mit dem Übergang zur Neuzeit vollzog sich jedoch eine weitreichende Veränderung. In Auseinandersetzung mit den universalistischen Machtansprüchen des Kaiserreiches in der Mitte Europas und des Papsttums einerseits sowie mit dem Adel und den Städten im „eigenen“ Herrschaftsbereich andererseits festigten sich im Westen Europas, zunächst in England, Frankreich und Spanien die absolutistischen Staaten. Dies blieb jedoch nicht ohne Folgen. Martin van Creveld beschreibt diese Dialektik wie folgt: „Nachdem der Staat aus den Herr-

---

<sup>2</sup> Ebenda, S. 84.

<sup>3</sup> H. O. Ziegler: Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Tübingen 1931, S. 23; siehe auch: Wolfgang Pfeifer (Hrsg.): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Bd. 2: H-P, Berlin 1989, S. 1154f.

<sup>4</sup> Vgl. Carlrichard Brühl, a.a.O. (FN 1), S. 83.

schaftsinstrumenten erstanden war, die dem Monarchen geholfen hatten, ein absoluter Herrscher zu werden, entwickelte er ein Eigenleben. Wie ein Ungeheuer aus alten Tagen hing er drohend über der Gesellschaft und ebnete seinerseits diese Gesellschaft in einem noch nie dagewesenen Ausmaß ein. Aristoteles, Bodin und Montesquieu hatten allesamt bei Tyrannen die Tendenz festgestellt, soziale Unterschiede abzuschaffen, damit ihre Untertanen gleichermaßen vor ihnen zitterten.“ In Verfolgung ihres Absolutheitsstrebens schafften die Könige den Ständestaat ab, indem sie zugleich die Adligen in ihre Beamten verwandelten, beförderten damit jedoch die Idee der Gleichheit aller Menschen und verwandelten sich selbst aus Besitzern und Herren des Staates in „Magistraten, die in dessen Namen handelten“.<sup>5</sup> Das Interesse des absoluten Herrschers, Herr über die Kriegsführung zu sein, nach eigenem Ermessen Krieg führen („ultima ratio regis“, die letzte Weisheit des Königs, wurde im 17. Jahrhundert gern schon in die Gußform für die Kanonen eingetragen) und diesen finanzieren zu können, bestimmte auch das Bestreben, das eigene Territorium mittels klarer Grenzen deutlich zu umreißen: das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen war erfunden. „Beginnend mit der Rekrutierung der Soldaten für ihre stehenden Armeen aus der eigenen männlichen Bevölkerung, haben die europäischen Herrscher ihre Territorien und deren Ressourcen fest in den Griff genommen und sich darum bemüht, ihre Bevölkerung zu homogenisieren, zu disziplinieren und in ein direktes Herrschaftssystem einzubinden.“ Auch dies blieb, wie Charles Tilly betont, jedoch nicht ohne Folgen. „Mit der Bereitstellung der militärischen Mittel erwarben sich die Untertanen das Bürgerrecht und gewisse Ansprüche gegenüber dem Staat. Das wiederum führte zum Entstehen von Interessengruppen, die ihrerseits an der Regierung beteiligt werden wollten“.<sup>6</sup> Es entstand die moderne Nation.

Frankreich wird in der Literatur zumeist als gleichsam idealtypische Grundfigur des modernen Staates und der Nation behandelt. Das vernachlässigt die Vorläufer in der europäischen Geschichte, die erstens in den Eigenarten der normannischen Herrschaft in England nach der Eroberung im Jahre 1066 und ihrer Eigentumsordnung lagen: der sächsische Adel wurde enteignet und die Eigentumstitel wurden gänzlich durch den König – an seine Gefolgsleute – neu vergeben, womit er sich als der eigentliche Eigentümer präsentierte. Vorläufer war zweitens das sich emanzipierende Städtebürgertum in Oberitalien (seit dem 12. Jhd.), in Norddeutschland (Hanse) und schließlich in Amsterdam nach der Befreiung der Niederlande von der spanischen Herrschaft (Ende 16. Jhd.). Die französische Entwicklung verkörpert die Konstituie-

---

<sup>5</sup> Martin van Creveld: Aufstieg und Untergang des Staates, München 1999, S. 212f.

<sup>6</sup> Charles Tilly: Die europäischen Revolutionen, München 1999, S. 350.

rung der Nation unter der Voraussetzung der kontinental-europäischen Königsherrschaft, die sich zur ‚absoluten‘ zu machen bestrebt ist. Mit der Vereinheitlichung der Herrschaft unter dem Ancien Régime galt die Krondomäne bereits im 16. Jhd. als unveräußerlich. Damit war nicht die Krone, sondern die Nation de facto zu ihrem Eigentümer geworden. Zugleich jedoch beanspruchte der König die ungeteilte Kontrolle. „Die öffentliche Ordnung“, erklärte Ludwig XV. 1766 dem Parlement von Paris, „geht samt und sonders von Mir allein aus; die Rechte und Interessen der Nation sind notwendigerweise mit den Meinigen vereint und ruhen nur in Meinen Händen.“<sup>7</sup> Die Nation war – so schon das damalige Verständnis – Produkt der vormaligen Entwicklung, jedoch noch dem Anspruch des Königs unterworfen. Angesichts der Finanzkrise des französischen Staates war dieser jedoch auf Zustimmung angewiesen. In einer Eingabe des Cour des aides an den König aus dem Jahre 1770 hieß es: „Da alle intermediären Körperschaften machtlos oder zerstört sind, befragen Sie also die Nation selbst, da kein anderer von Ihnen angehört werden kann.“<sup>8</sup> Als der König dies zu tun sich 1789 dann schließlich anschickte, war die Große Revolution der Franzosen die Folge. Die Nation emanzipierte sich von ihrem feudal-absolutistischen Rahmen.

Seither geht die Diskussion, ob zuerst die Nation da war, die sich dann den entsprechenden Staat gab, oder zuerst der Staat, aus dem heraus die Nation sich entwickelte. Der Abbé von Sieyès, einer der wichtigsten Theoretiker der französischen Revolution, betonte, die Nation existiere vor jeder Regierung und vor den sie konstituierenden Individuen, den Citoyens. „Eine Nation existiert vor allem, sie ist der Ursprung von allem.“ Damit schrieb er der Nation gleichsam göttliche Attribute zu, verklärte sie und wollte ihr den verwaisten Platz zuweisen, den der entmachtete, schließlich geköpfte König hinterlassen hatte. Die Nation sollte „zum neuen politischen und spirituellen Integrationsbegriff der französischen Gesellschaft, ja zum Gegenstand eines Kultes, einer neuen Religion“ werden.<sup>9</sup> Gemeint war die Nation als Ort der republikanischen Verfassung und der Freiheit. Doch auch der Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, der zu einer Pathologie der Moderne wurde, nahm von hier seinen Ausgang. Es ist dies der Hintergrund, vor dem auch die positivistische Sozialwissenschaft der Gegenwart davon ausgeht, die Nation als rein ideologische Angelegenheit betrachten zu können. In einschlägigen Einführungen in die Soziologie kommt die Nation überhaupt nicht vor, in anderen

---

<sup>7</sup> Zitiert nach: Walter Markov, Albert Soboul: 1789. Die Große Revolution der Franzosen, Berlin 1973, S. 41.

<sup>8</sup> Zitiert nach: Lutz Schrader: Nation und Nationalismus in Frankreich, in: Erhard Crome, Jochen Franke: Nation und Nationalismus. Aspekte der Annäherung an das Phänomen des Nationalen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Berlin 1993, S. 35.

<sup>9</sup> Lutz Schrader, a.a.O., S. 38.

wird sie nur als Ideologie, nicht als sozialwissenschaftliche Kategorie behandelt.<sup>10</sup> Und dies trotz der Tatsache, daß die Geschichtswissenschaft sich des Platzes der Nation in der Neueren Geschichte sehr wohl bewußt ist. So schreibt der Historiker John Lukacs: „Ungeachtet der Theorien von Marx, Engels und großer Teile der Sozialwissenschaften in demokratischen Ländern gilt, daß die großen Kriege und Auseinandersetzungen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht zwischen den Klassen, sondern den Nationen dieser Welt ausgetragen worden sind“.<sup>11</sup>

In Bezug auf Deutschland sah Karl W. Deutsch den Staat als Grundlage der Nation an und bestimmte diese als ein „Volk im Besitz eines Staates“.<sup>12</sup> Auch Eric Hobsbawm stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht die Nationen die Staaten hervorbrachten, sondern daß sich umgekehrt die Nationen aus den Staaten heraus entwickelten.<sup>13</sup> In der älteren Literatur wurde verbreitet eine Vorstellung der Interdependenz vertreten. So bezeichnete der Staatsrechtler Hugo Preuß die „nationale Idee als treibendes Moment in der Staatenbildung“ und zugleich die Staatsidee als wesentlichen „Faktor in der Gestaltung der Nationalität“.<sup>14</sup> Der konservative Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) sah sowohl „die Tendenz eines jeden Staates“, Nation zu werden, als auch den „Drang“ jeder Nation, einen eigenen Staat zu bilden.<sup>15</sup> Aus dieser wechselseitigen Begründung von Staat und Nation resultiert in hohem Maße die verbreitete Verwirrung der Begriffsbildungen von Nation, Nationalstaat und modernem Staat, die am Ende meint, ohne klare Kriterien und Definitionen auskommen zu können und schließlich darauf hinausläuft, dem Nationsproblem überhaupt ausweichen zu können. Dem steht allerdings entgegen, daß die Existenz von Nationen offenbar nicht zu leugnen ist.

Eine Möglichkeit, diesem Dilemma auszuweichen, ist die Erklärung der Nation zu einer Sache reinen Bekenntnisses. Viel zitiert ist der berühmte Satz des französischen Schriftstellers Ernest Renan (1823-1892), die Nation sei „plébiscite de tous les jour“, jeden Tag stattfindendes Plebiszit. Für ihn ist die Nation „eine Seele, ein geistiges Prinzip“, eine Solidargemeinschaft, deren Mitglieder bereits gemeinsame Opfer gebracht haben und weitere zu bringen

---

<sup>10</sup> Bernhard Schäfers (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, Opladen 1986, kennt zwar das Stichwort: „Nachbarschaft“ wie auch „Netzwerk, soziales“, dazwischen aber nicht „Nation“. Die Einführung: Günter Wiswede: Soziologie. Grundlagen und Perspektiven für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich, Landsberg am Lech 1998, hat „Nation“ nicht einmal im Stichwortverzeichnis. Die klassische Einführung: Friedrich Fürstenberg: Soziologie. Hauptfragen und Grundbegriffe, Berlin, New York 1978, präsentiert lediglich „Nationalismus“ als „Säkularreligion“ neben „Kommunismus“ (S. 99 und 138).

<sup>11</sup> John Lukacs: Churchill und Hitler. Der Zweikampf, Stuttgart 1993, S. 21.

<sup>12</sup> Karl W. Deutsch: Nation und Welt, in: A. Ashkenasi, P. Schulze (Hrsg.): Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972, S. 9.

<sup>13</sup> Vgl. Eric J. Hobsbawm, a.a.O. (Vorbem., FN 5), S. 21.

<sup>14</sup> Hugo Preuß: Der deutsche Nationalstaat, Frankfurt am Main 1924, S. 23.

<sup>15</sup> Zitiert nach: Andreas Anker: Max Webers Theorie des modernen Staates, Berlin 1995, S. 131f.

bereit sind. Zusammengehalten wird die Nation durch die gemeinsame Vergangenheit – in der Regel in glorreichen Mythen geronnen – und die Aussicht auf eine – ebenfalls glorreiche – Zukunft.<sup>16</sup> Von Robert Musil (1880-1942) wird überliefert, er habe die Nation überhaupt für „eine Einbildung“ gehalten.<sup>17</sup> Benedict Anderson definiert die Nation als eine „vorgestellte politische Gemeinschaft“. Vorgestellt jedoch nicht in dem Sinne, als gäbe es ‚wahre‘ und falsche Gemeinschaften, sondern vorgestellt in einem weiteren Verständnis: „In der Tat sind alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit ihren Face-to-Face-Kontakten, vorgestellte Gemeinschaften. Gemeinschaften sollten nicht durch ihre Authentizität voneinander unterschieden werden, sondern durch die Art und Weise, in der sie vorgestellt werden.“<sup>18</sup>

Hier ist die Stärke des Nationskonzepts aber zugleich seine Schwäche. Auf der einen Seite öffnete das Nationskonzept verkoppelt mit dem des Staates den Weg in das imperialistische Zeitalter; es erwies sich von vornherein nicht nur als Konzept, das im Innern den Weg in den demokratischen Verfassungsstaat öffnete, sondern auch als ein Herrschaftskonzept nach außen. „In dem halben Jahrhundert vor der Französischen Revolution breitete sich die Auffassung aus, daß die Einheiten, in welche die Menschheit aufgeteilt ist, Staaten sein müssen – und verstärkt, daß Völker, die nicht in Staaten lebten, wie es außerhalb Europas der Fall war, minderwertigen Zivilisationen angehörten und kaum Menschen genannt werden könnten.“<sup>19</sup> Zugleich bot die Nation eine Zugehörigkeit, die nicht auf eigener Leistung beruhte. War selbst der Gnadestand in den kirchlichen Gemeinschaften des 16. und 17. Jhds. gebunden an ein gottgefälliges Leben, einen frommen Lebenswandel, die regelmäßige Beichte oder den Kauf der richtigen Ablasszettel, so war die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft quasi durch Geburt erworben. Die Problematik war bereits dem Philosophen Arthur Schopenhauer (1788-1860) bewußt. Er schrieb: „Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt. Wer bedeutende persönliche Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Nation, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die

---

<sup>16</sup> Ernest Renan: Was ist eine Nation? (und andere politische Schriften), hrsg. Von Hans Heiss und Reinhard Johler, Wien, Bozen 1995, S. 56-58.

<sup>17</sup> Vgl. Andreas Anker, a.a.O. (FN 15), S. 130.

<sup>18</sup> Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt am Main, New York 1988, S. 14, 16.

<sup>19</sup> Martin van Creveld, a.a.O. (FN 5), S. 212f.



Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein.<sup>20</sup> Auf etwas anderem Wege stößt Anderson auf das gleiche Problem und bemerkt, auf den *Nationalismus* bezogen (der hier zunächst nur als ideologischer Ausdruck, als Ausdruck des Denkens von der, in der Regel „eigenen“, Nation verstanden werden soll): „Anders als andere Ismen hat der Nationalismus nie große Denker hervorgebracht – keinen Hobbes, keinen Marx und keinen Weber. Diese ‚Leere‘ gibt kosmopolitischen und polyglotten Intellektuellen gerne zu einer gewissen Herablassung Anlaß.“ Es komme jedoch darauf an, wie man den Nationalismus zuordnet. Und hier schlägt Anderson vor, nicht *den* Nationalismus „als eine Weltanschauung unter vielen“ einzuordnen. „Es würde die Angelegenheit leichter machen, wenn man ihn begrifflich nicht wie ‚Liberalismus‘ oder ‚Faschismus‘ behandelte, sondern wie ‚Verwandtschaft‘ oder ‚Religion‘.“<sup>21</sup>

Der Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954) versuchte schon am Beginn des 20. Jahrhunderts dem Problem der Grundlagen der Nation auf eine Weise näherzukommen, daß er auf der einen Seite mit dem subjektiv-politischen Begriff konform ging, auf der anderen Seite jedoch ihre Grundlagen in der wirklichen Geschichte berücksichtigte. Er unterschied daher zwischen *Staatsnation* und *Kulturnation*.<sup>22</sup> Nach diesem Konzept hat die Nation eine objektiv-kulturelle Dimension, wie eine gemeinsame Sprache, Herkunft und Geschichte; zuweilen kann auch Religion eine (mit-)konstituierende Stellung bei der Nationsbildung innehaben. Diese Gemeinsamkeiten führen zum Entstehen einer Kulturnation, die zunächst nicht notwendig ein eigenes Staatsgebiet haben muß. Insofern kann die Kulturnation – in modernen Begriffen – auch als eine „vorpolitische“ Nation angesehen werden.<sup>23</sup> Historisch waren dies Deutschland und Italien vor der Einigung im 19. Jhd. Die Staatsnation konstituiert sich aus dem Entschluß der Bewohner eines bereits definierten staatlichen Territoriums zur Bildung einer politischen Gemeinschaft; indem sie sich zur Staatsangehörigkeit bekennen, sind sie als Citoyens konstitutive Grundlage der Nation. Hier trifft sich das Konzept mit Renans „Plebizit“. Frankreich ist das historische Beispiel.

Die Nation, soviel steht zunächst fest, ist eine politisch-kulturelle Innovation der vergangenen etwa zweihundert Jahre, die mit dem Ausgang der Europäer, zunächst im Westen Europas, aus den alten agrarischen Verhältnissen, aus feudalistisch verfaßten politischen Verhältnissen

---

<sup>20</sup> Arthur Schopenhauer: Aphorismen zur Lebensweisheit, in: Ders.: Werke in fünf Bänden, hrsg. von Ludger Lütkehaus, Bd. IV, Zürich 1991, S. 357f.

<sup>21</sup> Benedict Anderson, a.a.O. (FN 18), S. 15.

<sup>22</sup> Friedrich Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat (1908), München 1969, S. 28.

<sup>23</sup> Vgl. Hartmut Lehmann: Europa der Vaterländer – Vaterland Europa, in: Gerhard Seifert (Hrsg.): Vereinigtes Europa und nationale Vielfalt – Ein Gegensatz? Göttingen 1994, S. 67.

und aus der geistigen Vorherrschaft der Kirche verbunden ist. Warum die industrielle Revolution mit ihren sozialen, politischen und geistigen Folgen gerade in diesem Teil Europas stattfand, nicht aber in anderen Weltteilen, die ursprünglich viel bessere natürliche, bevölkerungsmäßige und kulturelle Voraussetzungen zu haben schienen, und schließlich eine weltbeherrschende Rolle Europas begründete, ist offenbar erklärungsbedürftig. Der britische Historiker Paul Kennedy kommt zu der Schlußfolgerung, daß es wohl weniger positive Faktoren waren, die den Aufstieg der westlichen Welt begründeten, den er das „Europäische Wunder“ nennt, sondern eher eine Verringerung der Zahl der Hindernisse, „die das Wirtschaftswachstum und die politische Vielfalt hemmten“. Gerade die Unfähigkeit einer Großmacht, den gesamten Kontinent zu beherrschen und eine dominierende imperiale Reichsstruktur zu etablieren, sieht er – im Unterschied zu den imperialen Gefügen etwa des alten China, des Mogulreiches in Nordindien oder des Osmanischen Reiches – als Voraussetzung für die besondere Entwicklung Europas an. „Es war eine Kombination von wirtschaftlichem Laissez-faire, politischem und militärischem Pluralismus und intellektueller Freiheit – wie rudimentär jeder Faktor im Vergleich zu späteren Zeitaltern auch erscheinen mag –, die in ständiger Interaktion standen, um das ‚Europäische Wunder‘ zu schaffen.“ Diese verschiedenen allgemeinen Faktoren standen in Beziehung zueinander, waren in einer „Art innerer Logik“ miteinander verknüpft und verursachten gemeinsam die Entwicklung in die Moderne.<sup>24</sup> Geistige Emanzipation, politische Freiheit – als liberale Freiheitsrechte und als Partizipationsrechte – und Kapitalismus bedingten sich gegenseitig. Die Nation war ihrerseits politisch-kulturelle Dimension dieser Entwicklung, Ausdruck des „Europäischen Wunders“ in seiner Vielfalt.

Sieht man die erste Hälfte des 19. Jhds. gleichsam als Startphase und Phase der Verallgemeinerung der Moderne zunächst in Europa an, so sind hier ebenfalls vielfältige Faktoren in Ansatz zu bringen. Der amerikanische Historiker Gordon A. Craig nennt neben den geistigen und politischen Nachwirkungen der französischen Revolution und der stetigen Ausbreitung der Maschinenindustrie insbesondere (1) Währungs- und Bankenreformen sowie Aktien- und Versicherungsgesetze, die dazu beitrugen, daß das für das Wirtschaftswachstum erforderliche Kapital zur Verfügung stand; (2) die Revolution im Transportwesen, Stichwort: Eisenbahn und Dampfschiffahrt; (3) den sozialen Wandel, der mit der aufstrebenden, selbstbewußten Bourgeoisie, gestützt auf ihre Kapitalakkumulation, und mit der sich entwickelnden Arbeiterschaft verbunden war, und (4) einen Faktor, der oft unterschätzt wird, die Bevölkerungsentwicklung: „Aus Gründen, die dem Historiker noch unbekannt sind, fand zwischen 1750 und

---

<sup>24</sup> Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt am Main 1989, S. 68.

1850 eine regelrechte Bevölkerungsexplosion statt. (W.L. Langer hat dies darauf zurückgeführt, daß die Heiratshäufigkeit nach der Lockerung der Kontrollen im Rahmen der Grundherrschaft und des Zunftwesens stieg und das Nahrungsmittelangebot hauptsächlich durch den Kartoffelanbau vergrößert wurde...) In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung um vierzig Prozent, von 188 Millionen im Jahr 1800 auf 266 Millionen im Jahre 1850. Dies schuf eine Unmenge an Problemen, brachte aber auch der Industrie die nötigen Arbeitskräfte und eine große Anzahl an Käufern.“<sup>25</sup> Wesentlich erscheint, daß es sich hier um einen tiefgreifenden, revolutionären Wandel handelte, der in seiner Produktivkraftdimension nur mit der neolithischen Agrarrevolution zu vergleichen ist, und der alle Bereiche des gesellschaftlichen, politischen und geistigen Lebens erfaßte.

Bei aller Widersprüchlichkeit wurde diese Entwicklung am Ende als ein Aufstiegs-, ein Fortschrittsprozeß wahrgenommen. Ist bereits in der Aufklärung ein säkularisierter Fortschrittsoptimismus bestimmend, so sieht Hegel Fortschritt als zentrales Moment der dialektischen Bewegung des Begriffs und damit des gesamten Weltgeschehens. Bei Marx wird daraus die Idee des gesetzmäßigen gesellschaftlichen Fortschreitens zum Kommunismus, bei Darwin ist es die Idee der Entwicklung der Arten und der Höherentwicklung in der biologischen Evolution. Der Pessimismus in Bezug auf die Fortschrittsidee datiert – etwa in Deutschland – mit Webers erkenntnistheoretischer Skepsis vom Ende des 19. Jhds., als Europa bereits in das Zeitalter des Imperialismus eingetreten ist, und verstärkt sich nach den Konvulsionen und Verbrechen des 20. Jahrhunderts, etwa bei Bloch und Adorno. Der Nationalismus folgte dieser Kurve. Craig beschreibt die Gegner der internationalen Ordnung, die der Wiener Kongreß 1815 geschaffen hatte, als Vertreter des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, die davon überzeugt waren, „daß Menschen mit einer gemeinsamen Geschichte, Sprache und Kultur die Errichtung einer selbständigen politischen Einheit (oder Nation) unter einem Herrscher ihrer Wahl zugestanden werden müsse“. Und weiter: „Der Nationalismus, aus dem diese Bestrebungen erwachsen, hatte wenig gemeinsam mit der engstirnigen Arroganz oder dem Hurratriotismus der nationalistischen Bewegungen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Der Nationalismus des frühen 19. Jahrhunderts war beseelt von einer inbrünstigen, wenn auch idealistischen Überzeugung, daß ein nach wirklich nationalen Gesichtspunkten geordnetes Europa ein gesünderes und friedlicheres Europa sein würde als eines, in dem unterworfenen Nationalitäten weiterhin unter fremder Herrschaft lebten.“<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Gordon A. Craig: Geschichte Europas 1815-1980, München 1989, S. 16-18, Zitat S. 17.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 16.

## 2. Nation zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft

Die Verortung der Nation im Geflecht der Verbindungsarten unter Menschen bedarf der Unterscheidung von *Gemeinschaft* und *Gesellschaft*. In der Soziologie und im weiteren Sinne den Sozialwissenschaften geht diese auf Ferdinand Tönnies (1855-1936) zurück. Tönnies ging davon aus, daß „die bisherige wissenschaftliche Terminologie“ Gemeinschaft und Gesellschaft „ohne Unterscheidung nach Belieben zu verwechseln“ pflegt. Unter Verweis zunächst auf den umgangssprachlichen Gebrauch des Deutschen machte er die unterschiedliche Verwendung der beiden Wörter deutlich: „Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben... wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde... Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann Niemand dem Anderen *leisten*... Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbs, der Reise, der Wissenschaften. So sind insonderheit die Handelsgesellschaften bedeutend; wenn auch unter den Subjekten eine Vertraulichkeit und Gemeinschaft vorhanden sein mag, so kann man doch von Handelsgemeinschaft nicht reden. Vollends abscheulich würde es sein, die Zusammensetzung Aktien-Gemeinschaft zu bilden. Während es doch Gemeinschaft des Besitzes gibt: an Acker, Wald, Weide. Die Güter-Gemeinschaft zwischen Ehegatten wird man nicht Gütergesellschaft nennen. Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamte Menschheit *umfassenden* Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander voneinander unabhängiger Personen verstanden.“<sup>27</sup>

Peter Ruben hat diesen Ansatz rekonstruiert und hervorgehoben, daß „die Gemeinschaft durch die unmittelbare Kooperation in der Erhaltung des physischen Lebens via Produktion realisiert“ ist, „die Gesellschaft aber durch den Austausch, durch den Handel.“<sup>28</sup> An anderer Stelle betont Ruben, daß Gemeinschaft gleichsam „die naturhistorische Verbindungsweise zwischen Menschen (ist), die bereits allein auf Grund der sexuellen Reproduktion den Grund der Produktion menschlicher Individuen bildet. Gesellschaft dagegen ist Produkt des Handelns der Individuen als Personen, vermittelt durch den Kontrakt, den sie schließen. Das Individuum ist Teil der Gemeinschaft und zwar sein letzter unteilbarer Teil, wie es diese lateinische Übersetzung des griechischen *atomos* auch meint. Die Gemeinschaft ist gegen ihre Individuen daher auch in der Verteilung, in der Distribution wirklich. Die Gesellschaft wird... durch den Aus-

---

<sup>27</sup> Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Leipzig 1887, S. 3-5.

<sup>28</sup> Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage, in: *Berliner Debatte Initial*, Heft 1/1998, S. 6.

tausch gebildet, der – in der rein theoretischen Annahme – wenigstens zwei gegeneinander verschiedene und miteinander in Verkehr tretende Gemeinschaften voraussetzt, die im Verkehr zumindest eine Preisverhandlung betreiben... Mit dieser Beschreibung verzichte ich auf Tönnies' Bemühung des Willens und denke lieber an die Produktion und den Austausch, wenn ich seine Termini Gemeinschaft und Gesellschaft übernehme. Isolierte Individuen, so wissen wir, können nicht menschliche Generationen garantieren. Dies gelingt erst bei Gemeinschaften von etwa 500 Individuen, die mit interner Arbeitsteilung unmittelbar kooperativ zusammenwirken und in reiner Subsistenzwirtschaft sich bei passenden Umweltbedingungen auf Dauer, d.h. über Generationen hinweg, erhalten können. So ist die Gemeinschaft unerläßliche Bedingung individueller Existenz. Die Gesellschaft dagegen ist die eigentlich historische Erfindung, die mit der Entdeckung gemacht wird, daß Gemeinschaften Bedürfnisse mit fremden Gütern befriedigen können, wenn sie anderen Gemeinschaften eigene Güter zur Befriedigung fremder Bedürfnisse zu liefern fähig sind. Die Entwicklung der Gesellschaft impliziert die Produktion von Gütern über den Eigenbedarf hinaus. Sie ist daher die notwendige Bedingung der Entwicklung des Reichtums.<sup>29</sup>

Folgt man diesem Verständnis, so ist zunächst davon auszugehen, daß Gemeinschaft und Gesellschaft nicht, wie von etlichen zeitgenössischen Geistes- und Sozialwissenschaftlern unterstellt, einen konträren Gegensatz darstellen. Auch ist nicht Gemeinschaft eine niedere Form, weil in ihr etwa die bürgerliche Distinktion der Gesellschaft nicht gelten würde. Allein schon die Vorstellung, daß die Vermarktlichung, wie von der neoliberalen Ideologie unterstellt, immer mehr alle Seiten des menschlichen Lebens erfassen würde, liefe auf die Auflösung der bestehenden Vergemeinschaftungsformen hinaus. Vielleicht ist der Rückgang der Geburtenrate in Deutschland ja gerade Ausdruck des marktförmigen Verhaltens weiter Teile der deutschen Mittelschichten, mit der Folge – wie die Debatten um Zuwanderung zeigen –, daß die einfache Reproduktion der Bevölkerung schon aus Gründen des hierzulande installierten Produktionsapparates nur durch Menschen auszugleichen ist, die in anderen Gemeinschaften aufgewachsen sind. Die öffentliche Thematisierung von „Ehrenamt“ und häuslicher Arbeit zeigt ebenfalls, daß die Gesellschaft bei Strafe ihres Untergangs nicht die Gemeinschaftsformen aufzehren kann. Beide sind nicht Geschöpfe von Willensentscheidungen, sondern Ausdruck der wirklichen Existenz und Bewegung menschlicher Bindungen als positiver Verbindungen der Menschen in ihrem Lebensprozeß, die wiederum aus den materiellen Lebensverhältnissen erwachsen. Es handelt sich um „einen unaufhebbaren Dualismus“, der jedoch in einem be-

---

<sup>29</sup> Peter Ruben: Realität und Problem der Nation, in: Erhard Crome, Jochen Franzke: Nation und Nationa-

ständigen Spannungsverhältnis steht. „Wird durch den Austausch keine einfache Reproduktion (Gleichgewicht) bewerkstelligt, sondern Innovation, so stellt die gesellschaftliche Bewegung die Struktur der beteiligten Gemeinschaften in Frage und zwingt sie zur Reorganisation, zur Reform. Dadurch tritt der Schein der Feindlichkeit der Gesellschaft gegen die Gemeinschaft ein... Er bleibt aber ein Schein, weil die Gemeinschaft schon um den Preis der physischen Erhaltung der Gattung gar nicht beseitigt werden kann.“<sup>30</sup> Der Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft erklärt sich hinreichend – nach Tönnies wie nach Ruben – aus dem Verhältnis zwischen Produktion und Austausch.

Ist also davon auszugehen, daß die Einzelmenschen in Gemeinschaften Individuen, in Gesellschaften Personen sind, d.h. kontraktfähig und als solche Vertragspartner, so gilt: „Gemeinschaften sind durch gemeinsame Vermögen bestimmt, z.B. durch eine Gemeinschaftskasse... Besondere Gesellschaften unterstellen die Assoziation von Teilen persönlicher Vermögen, die nicht zum Gruppeneigentum in dem Sinne werden, daß nur die Gruppe als solche über seine Verwendung entscheidet (die Geschäftsführung handelt im Auftrag der Gruppe, und nie kann die Geschäftsführung die Gruppenmitglieder entmündigen, ausschließen, kooptieren oder sonst in irgendeiner Form in ihre Funktionäre verwandeln, das gerade kann ein Gemeinwesen mit seinen Individuen in der Tat veranstalten)... Personen bringen Teile ihres Eigentums in eine geschlossene Gesellschaft ein, und sie bleiben darin die persönlichen Eigner“.<sup>31</sup> Unter der Voraussetzung, daß wir es hier mit dem entscheidenden Kriterium zu tun haben, folgt daraus für die Nation, daß sie zu jenen menschlichen Bildungen gehört, die unter den Begriff der Gemeinschaft zu subsumieren sind. „Die Nation ist, wengleich die entsprechende Wortbildung oft genug verwendet wird, keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft. Sie ist das als Verein zur wechselseitigen Unterstützung ihrer Angehörigen ohne Rücksicht auf den individuellen Anteil in der Bildung des Unterstützungsfonds. Sie ist das als die Produzentin einer volks- oder nationalwirtschaftlichen Infrastruktur, wie sie geschichtlich zuerst unter Führung der Londoner City in England verwirklicht worden ist. Die Nationalwirtschaft bedeutet die ökonomische Realität der Nation, die für den Angehörigen einer fremden Nation in ihren Zollgrenzen fühlbar genug ist und eben in den Zolleinnahmen eine Quelle zur Verfügung hat, um Ausgaben im Interesse der Nation zu ermöglichen“.<sup>32</sup> Die Nationalwirtschaft und die Nation gehörten historisch zusammen, waren sich gegenseitig Voraussetzung.

---

lismus (wie FN 8), S. 22.

<sup>30</sup> Peter Ruben: Die kommunistische Antwort..., a.a.O.(FN 28), S. 7.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>32</sup> Ders.: Realität und Problem der Nation, a.a.O. (FN 29), S. 23.

Analog dazu bestimmt auch Benedict Anderson die Nation, wenn es sie als in dreierlei Sinn „vorgestellt“ ansieht:

1. Als *begrenzt* vorgestellt: Selbst die größte von ihnen (mit vielleicht einer Milliarde Menschen) lebt in genau bestimmten, wenngleich historisch durchaus variablen Grenzen; „Keine Nation setzt sich mit der Menschheit gleich. Selbst die glühendsten Nationalisten träumen nicht von dem Tag, da alle Mitglieder der menschlichen Rasse ihrer Nation angehören werden“.
2. Als *souverän* vorgestellt: Ihr Begriff wurde in einer Zeit geboren, da Aufklärung und Revolution die Legitimität des Gottesgnadentums zerstörten und selbst die frommsten Anhänger jeglicher Universalreligion mit dem tatsächlichen Pluralismus von Religionen und ihrer territorialen Ausdehnung leben mußten. Frei und gleich zu sein bedeutete, unmittelbar zu Gott zu sein. Der säkulare Ausdruck dessen war der souveräne Staat, den anderen Staaten gleich, und gleich selbstbestimmt.
3. Als *„Gemeinschaft“* vorgestellt, weil sie, unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als ‚kameradschaftlicher‘ Verbund von Gleichen verstanden wird“. Anderson hält es weniger für bemerkenswert, „daß Millionen von Menschen für so begrenzte Vorstellungen“ während der vergangenen zwei Jahrhunderte getötet haben, als vielmehr, daß sie für diese bereitwillig gestorben sind. Die in der Gemeinschaft liegende „Brüderlichkeit“ sieht er als das eigentliche Geheimnis dessen an.<sup>33</sup>

Die Nation in diesem Verständnis konnte unter den gegebenen Bedingungen nur in Europa entstehen. Sie ist Moment des „Europäischen Wunders“ insofern, als daß dieses nicht aus einer imperialen Reichsstruktur hervorgehen konnte, sondern nur aus der Konkurrenz der verschiedenen Staaten, politischen Gemeinwesen, wirtschaftlichen Interessen, militärischen Rivalitäten, religiösen Heilsangebote und kulturellen Prägungen. Zugleich jedoch setzte – und dies ist seinerseits Teil jener historischen Dialektik – die europäische Nationenbildung das immerhin bis 1806 existierende Reich („der Deutschen“) als Gegenstand der Negation voraus, die realhistorisch in einer Reihe von Kämpfen ausgetragen wurde. Das der Nation zugrunde liegende Souveränitätsverständnis ist Kind der Aufklärung und der politischen Revolutionen, in den Niederlanden, in England und dann in Frankreich, wie der Nationalwirtschaft als Bedingung der industriellen Revolution und der Zollhoheit. Sie ist Gemeinschaftsbildung nicht in einem ursprünglich naturhistorischen Sinne, wie die Familie, der Clan oder der Stamm, sondern Ergebnis eines historischen Ausformungsprozesses, der jedoch nur in einem abstra-

---

<sup>33</sup> Benedict Anderson, a.a.O. (FN 18), S. 16f.

hierend theoretischen Sinne als Willensprozeß, als „Plebiszit“ vorgestellt werden kann, in der Tat jedoch als gleichsam naturhistorischer Prozeß von Vergemeinschaftung sich hinter dem Rücken der Akteure vollzogen hat.

Die Moderne konstituiert sich in der Dualität von Gemeinschaft und Gesellschaft. In der Wirtschaftsgesellschaft ist die zentrale Figur zunächst der *Bourgeois*. Er bildet sich aus in der bürgerlichen *Commune*, wie sie im Übergang zur Neuzeit etwa in Florenz, Genua, Augsburg oder Nürnberg entstand, die die Stadtwirtschaft entwickelt und das Land um sich herum unterwirft, wenn sie es denn kann, u. U. auch eine andere Stadt erobert, wie Florenz im Jahre 1406 Pisa. Die Bürgerschaft der *Commune*, die sich mit starken Stadtmauern gegen den Adel auf dem Lande schützt, macht den *Bourgeois* historisch möglich. In diesem Sinne ist der Aufstieg der Stadt das eigentliche „Wunder“ der europäischen Geschichte. Der große französische Historiker Braudel beschreibt dies so: „Das eigentliche Wunder der abendländischen Städteentwicklung liegt übrigens weniger darin, daß nach der fast vollständigen Zerstörung durch die Katastrophe des 5. Jahrhunderts vom 11. Jahrhundert an ein allgemeiner Aufschwung erfolgte: Ein solch langsames, Jahrhunderte umspannendes Auf und Ab mit Expansion, Geburt und Wiedergeburt der Städte läßt sich in der Geschichte mehrfach belegen, so für Griechenland vom 5. bis zum 2. Jahrhundert v. Chr. und, wenn man so will, für Rom, für die islamischen Länder vom 9. Jahrhundert an und für China unter der Sung-Dynastie. Stets jedoch nehmen an diesem Wiederaufstieg zwei Wettläufer teil, der Staat und die Stadt, wobei normalerweise der Staat das Rennen gewinnt und die Stadt eisern niederhält. Das Wunder der ersten großen Jahrhunderte städtischer Entwicklung in Europa besteht im unumschränkten Sieg der Stadt, zumindest in Italien, Flandern und Deutschland. Sie führt ziemlich lang ein völlig eigenständiges Leben – ein Vorgang von überragender Bedeutung, dessen Beginn sich nicht eindeutig ausmachen läßt, dessen ungeheuer weit reichende Folgen aber deutlich in Erscheinung treten.“<sup>34</sup> Erst im Ergebnis langer politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kämpfe wird der Eigentumslose auch vertragsfähig und sukzessive zugleich Besitzer von Eigentum. In der politischen Gesellschaft der Nation ist der Einzelmensch *Citoyen*, eine Eigenheit, die mit der Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsbürger am Ende völlig unabhängig von den Vermögensverhältnissen verallgemeinert ist. Hier hat die imaginierte „Kameradschaft“ Andersons ihren realen Untergrund. „In der Nation“, so nochmals Ruben, „bildet das Individuum

---

<sup>34</sup> Vgl. Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. 1: Der Alltag, München 1990, S. 560.



seinen Geist, seinen Verstand und seine Vernunft, seinen kulturellen Habitus aus, wird es zum Staatsbürger und also zur Person, die den politischen Verkehr erlernt. Getrennt von der Nation oder als Glied einer unterworfenen Nation bleibt das Individuum vom politischen Verkehr ausgeschlossen, Teil einer Verfügungsmasse für Entscheidungen, deren Zustandekommen ohne seine Einflußnahme als ein äußerliches und fremdes Schicksal erfahren wird. Der Kampf um nationale Emanzipation ist daher immer auch der Kampf um die Anerkennung der Würde des Einzelmenschen als einer politisch handelnden Person.<sup>35</sup>

Recht frühzeitig schon bildeten sich innerhalb der Gemeinschaft spezielle Gesellschaften heraus, so im antiken Rom, wenn „das Gemeinwesen, vertreten durch gewählte Beamte, Ausschreibungen für Unternehmungen vornimmt, die im Interesse der *res publica* auszuführen sind, aber nicht von ihr realisiert werden können. Die Selbstunterscheidung des Gemeinwesens von der Gemeinschaft, dessen Allgemeines es ist, liefert die Möglichkeit, ein Verhältnis zwischen den Individuen der Gemeinschaft und ihrem Gemeinwesen so zu begründen, daß daraus Gesellschaft entsteht. Die römische *societas* findet ihre historische Fortsetzung in der Seegesellschaft (*societas maris*) der mittelalterlichen italienischen Städte. Dieser Entwicklungsgang ist es, der uns den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (*societas civilis* oder *civil society*) liefert.“<sup>36</sup> Jeder besonderen Gemeinschaft, so auch der Nation, tritt die Gesellschaft zugleich als verallgemeinert *menschliche* Gesellschaft in Gestalt des Weltmarktes gegenüber. Er entsteht mit der Verstetigung des Austausches, indem der Austausch zwischen den verschiedenen Gemeinschaften regelmäßig und dauerhaft gemacht wird, bereits lange vor der europäischen Antike, etwa in Gestalt der Handelsverbindungen zwischen Ägypten, dem Zweistromland, dem Indus und China vor über 4000 Jahren.<sup>37</sup> Mit der Eroberung und Ausbeutung Amerikas wird die Weltwirtschaft nicht geschaffen, sondern globalisiert; die Unterwerfung unter die europäische Vorherrschaft macht sie dann zum Akkumulationsquell wie zum globalisierten Markt des industriellen und postindustriellen Zeitalters. Die Revolutionen des Transportwesens wie der Nachrichtenverbindungen erhöhen die Umschlagsgeschwindigkeiten und beschleunigen und intensivieren die Verbindungen zwischen den Akteuren auf dem Weltmarkt. Insofern ändert das, was heute „Globalisierung“ geheißen wird, die Daseinsbedingungen der Nationen; diese haben bei ihrer Entstehung die Weltwirtschaft als ihre allgemeine gesellschaftliche Bedingung jedoch bereits vorgefunden.

---

<sup>35</sup> Peter Ruben: Realität und Problem der Nation (FN 26), a.a.O., S. 29.

<sup>36</sup> Peter Ruben: Grenzen der Gemeinschaft? (Ms.), erscheint in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/2002.

<sup>37</sup> Zu dieser Thematik (neben Ruben) insbesondere: Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. 3: Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1990.

### 3. Umriss der Nation (nach Gellner)

Als 642 die Stadt Alexandria, zum oströmischen Reich von Byzanz gehörend, von den Arabern erobert wurde, war für die Zeitgenossen nicht abzusehen, daß die hellenische Zeit<sup>38</sup> ein für allemal ein Ende haben würde. Ägypten wurde arabisiert und islamisiert; die koptischen Christen wurden eine Minderheit. Eroberungskriege, Völkerwanderungen, Entdeckungen, religiöse Auseinandersetzungen und Hungersnöte haben Bevölkerungen, ihre Siedlungsgebiete und auch ihre Kulturen verändert. Daß eine autochthone Bevölkerung über Jahrtausende hinweg in einer ethnischen und kulturellen Kontinuität und Tradition lebt und sich entwickelt, ist weltgeschichtlich eher die Ausnahme, unter den großen Völkern dieser Welt trifft dies nur für China zu, in Europa nur für einige eher kleine Völker, etwa die Basken oder Albaner. Das Beispiel Ägypten wurde auch deshalb gewählt, weil es zeigt, daß selbst bei physischer Fortexistenz einer durch Krieg unterworfenen Bevölkerung in einem gleichbleibenden Territorium auf dem Wege sprachlicher, religiöser und kultureller – dabei ist es gleichgültig, ob und inwiefern gewaltsam oder nicht – Überformung oder Neu-Prägung während eines historisch kürzeren Zeitraumes nur weniger Generationen dort plötzlich eine völlig andere Gemeinschaft lebt, jedenfalls in kultureller Hinsicht. Insofern erweisen sich die Gesichtspunkte, die nach Friedrich Meinecke<sup>39</sup> als objektiv-kulturelle Dimension der Nationsentwicklung – Sprache, Herkunft, Geschichte – figurieren, ihrerseits als eher kontingent, im Einzelfall sicher notwendig, aber nicht hinreichend, jedenfalls als nicht genügend erklärungs mächtig.

Nationen haben ethnische, territoriale, wirtschaftliche, kulturelle, sprachliche usw. Voraussetzungen. Diese bringen jedoch nicht notwendig eine bestimmte Nation hervor, die in einem vorgegebenen Territorium siedelt. Daß Korsika an Frankreich fiel, hatte keine ethnische Grundlage, sondern kam zustande, weil Genua die Insel angesichts ihrer Unabhängigkeitsstrebungen ohnehin nicht mehr beherrschen konnte und daher kurzerhand 1768 an Frankreich verkaufte. Der König von Savoyen wurde zwar im Zuge der italienischen Einigung König von Italien, mußte aber sein ursprüngliches Kernland an Frankreich abtreten, als Gegenleistung für die Waffenhilfe unter Napoleon III. gegen Österreich. Die „kleindeutsche Lösung“ der deutschen Frage in Gestalt des Bismarck-Reiches war Ergebnis der Schlacht von Königgrätz und nicht etwa der Tatsache, daß die deutschsprachige Bevölkerung Österreichs schon immer eine

---

<sup>38</sup> Terminologisch folge ich hier dem von dem britischen Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) entwickelten Verständnis der „großen Kulturen“, wonach die griechische, im engeren Sinne hellenistische Kultur, und die römische der „Romania“, einschließlich der oströmischen in Gestalt des Reiches von Byzanz, unter dem Begriff der „hellenischen Kultur“ zusammengefaßt werden können. Vgl. Ders.: Der Gang der Weltgeschichte. Erster Band: Aufstieg und Verfall der Kulturen, München 1970, insbes. S. 36-38, 46ff.

<sup>39</sup> Vgl. S. 16 dieser Studie, FN 22.

„eigene Nation“ gewesen sei. Die Ausbildung der bulgarischen Nation nach der Beseitigung der osmanischen Herrschaft in den Grenzen, die wir heute kennen, d.h. bei einem eigenständigen Mazedonien und ohne Zugang zur Ägäis, war nicht etwa Resultat etwaig unüberbrückbarer historischer, sprachlicher, mentaler usw. Unterschiede zwischen Bulgaren und Mazedoniern, sondern des Berliner Kongresses von 1878, weil die anderen europäischen Großmächte Rußland den Friedensvertrag von San Stefano mit der Türkei neideten.

So betont Etienne Balibar, keine Nation besitze eine ethnische Basis in dem Sinne, daß sie eine „natürliche Existenz aufgrund einer Abstammung, einer Kulturgemeinschaft oder vorgegebener Interessen“ hätte. Es handele sich vielmehr um „ihre imaginäre Einheit gegen andere mögliche Einheiten im Realen (und damit im historischen Zeitverlauf)“.<sup>40</sup> Jedes Volk sei „durch einen nationalen Prozeß der Ethnisierung geschaffen“ worden.<sup>41</sup> Diesen Gedanken begründet er wie folgt: „Die Geschichte der Nationen, angefangen bei der unsrigen (der französischen – E.C.), liegt uns immer schon in der Form eines Berichts vor, der ihnen die Kontinuität eines fortlaufenden Handlungsstrangs verleiht. So stellt sich die Bildung der Nation als die Realisierung eines säkularen ‚Projekts‘ dar, von Etappen und Bewußtwerdungsprozessen gekennzeichnet“. Derlei Darstellung sei jedoch „eine retrospektive Illusion“, und zwar eine zweifache. „Sie besteht einmal in der Annahme, daß sich die Generationen, die jahrhundertlang auf einem annähernd gleichbleibenden Territorium unter einer annähernd einheitlichen Bezeichnung aufeinander gefolgt sind, eine unveränderliche Substanz übermittelt haben. Und sie besteht außerdem in der Überzeugung, daß die Entwicklung, deren Elemente wir im nachhinein so anordnen, daß wir uns selbst als ihr Resultat begreifen, die einzig mögliche war, daß sie schicksalhaft war. Projekt und Schicksal sind die beiden symmetrischen Figuren über die nationale Identität.“ Die Franzosen von heute seien jedoch mit den Untertanen Ludwig XIV. „kollektiv nur durch eine Folge von zufälligen Ereignissen verbunden, deren Ursachen nichts mit dem Schicksal ‚Frankreichs‘, dem Projekt ‚seiner Könige‘ oder den Bestrebungen ‚seines Volkes‘ zu tun haben.“<sup>42</sup> Bei den vor-nationalen Strukturen und Bedingungen handelt es sich „um ein durch die Umstände bedingtes Beziehungsgeflecht und nicht um eine notwendige Evolutionslinie, die ihnen einen bestimmten Platz in der Vorgeschichte der Nation-Form zuweist.“<sup>43</sup> Für die Analyse der Nation als historische Form heißt dies: „wir müssen ein für al-

---

<sup>40</sup> Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1992, S. 63.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 129.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 107.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 109.

lemal auf alle linearen Evolutionsschemata verzichten“.<sup>44</sup> Immanuel Wallerstein zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die Gemeinschaften, „denen wir alle angehören, aus denen wir unsere ‚Werte‘ beziehen, denen gegenüber wir unsere ‚Loyalität‘ bekunden und die unsere ‚soziale Identität‘ bestimmen, samt und sonders historische Konstruktionen (sind). Und es sind, was besonders wichtig ist, Konstruktionen, die sich permanent im Umbau befinden. Das bedeutet nicht, daß es ihnen an Festigkeit oder Dauerhaftigkeit gebräche, oder daß es bloße Übergangserscheinungen wären. Im Gegenteil. Aber es sind niemals ursprüngliche Gemeinschaften, und von daher ist jede historische Beschreibung ihrer Struktur und ihrer Entwicklung durch die Jahrhunderte hindurch notwendigerweise eine Ideologie der Gegenwart.“<sup>45</sup>

Das bedeutet aber wohl nicht, daß es jedem Ideologen anheimgestellt ist, was er hier nach Belieben darstellt. Festzuhalten bleibt vielmehr: auch wenn die Nation keine „ursprüngliche“ Gemeinschaft ist, so ist sie doch keine beliebig oder künstlich konstruierbare. So wie jede einzelne Nation nunmehr ist, wurde sie nicht „gesetzmäßig“ oder zwangsläufig oder weil ihr etwa ein spezifischer Genotyp eingeschrieben wäre, sondern weil sie im Gefolge einer eigenen historischen Entwicklung so wurde. Zu dieser gehörten Sternstunden und Verbrechen, große wissenschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche oder auch militärische Leistungen, wie auch Kleinmut und Verrat von Politikern, Kapitaleignern oder Arbeiterführern. Aus der Gesamtgeschichte jeder Nation lassen sich dann nationale Mythen konstruieren, die zwar stets auf Identitätsstiftung zielen und insofern tatsächlich Ideologie sind, die jedoch von jeder Generation gleichsam neu geschrieben werden. Was bedeutet „Sedan“<sup>46</sup> oder „Tannenberg“<sup>47</sup> heute für eine deutsche Identität? Was heißt „1968“ für einen heute Zwanzigjährigen in Deutschland oder für einen Westdeutschen, der 1968 zwanzig Jahre alt war?

Nationalgeschichten sind, und so sind Balibar und Wallerstein zunächst zu interpretieren, nicht schicksalhaft und als Zwangsläufigkeit sondern eher chaostheoretisch zu erklären: Wir können aus heutiger Sicht sagen, warum es aus welchen Gründen zu den jetzt vorfindbaren Verhältnissen oder Bedingungen kam. Hier sind die jeweiligen Ausgangsbedingungen am

---

<sup>44</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 273.

<sup>46</sup> Der Sieg der deutschen Truppen in der Schlacht bei Sedan am 2. September 1870, bei der auch Kaiser Napoleon III. gefangengenommen wurde, bot den Hintergrund für einen zentralen Reichsgründungsmythos („Sedantag“) mit antifranzösischer Ausrichtung im deutschen Kaiserreich.

<sup>47</sup> Der Sieg der deutschen Truppen in der Schlacht bei Tannenberg gegen die russischen Truppen, Ende August 1914, unter dem Oberbefehl von Hindenburg und Ludendorff war die Grundlage für den „Hindenburg-Mythos“ zur ideologischen Beförderung der Kriegswilligkeit der deutschen Bevölkerung während des ersten Weltkrieges und zur deutsch-nationalen Propaganda in der Weimarer Politik, die sowohl auf die Aufrechterhaltung der Dolchstoß-Legende zielte als auch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten stützte.

Beginn der Neuzeit bzw. zum Zeitpunkt der Begründung der jeweiligen Nation analytisch auszumachen und dann die verschiedenen Interaktionen – politische, militärische, kulturelle usw. – mit anderen Staaten, Völkern und Nationen in der Geschichte Europas und der Welt nachzuvollziehen. Zugleich bildete Europa, trotz der national-staatlichen, konkurrenzförmigen Strukturiertheit immer auch ein Ganzes; „keine einzelne Nation noch ein einzelner Nationalstaat Europas kann eine Geschichte aufweisen, die aus sich verständlich ist“, betonte Arnold J. Toynbee.<sup>48</sup> Resultante ist das Sein bzw. So-Sein der verschiedenen Nationen heute unter einer weltgeschichtlichen Perspektive. Mit einer vergleichenden Sicht kann man Verallgemeinerungen erarbeiten, unter dem Oberbegriff der Nation Untergruppen bestimmen, etwa typologisch den Entwicklungsweg der Nationen im Westen und im Osten Europas untersuchen. Auch Helmuth Plessners Darstellung der deutschen Nation als der „verspäteten“, was eigentlich die zu spät gekommene meint und die Denkfigur des „deutschen Sonderweges“ begründen half, ist Ausdruck eines solchen Vergleichs.<sup>49</sup> Ein solcher erklärt aber noch nicht, aus welchen Gründen die Nation überhaupt entstand und zu dem wurde, was sie heute ist.

Eine plausible und in breitem Sinne wissenschaftlich nutzbare Deutung bietet Ernest Gellner. Sein Ausgangspunkt ist zunächst die Verbindung von agrarischer Gesellschaft und Schriftkultur und eines damit verbundenen speziellen Gelehrtenstandes. Hegel paraphrasierend ordnet er den drei großen Zeitaltern der Menschheitsgeschichte Phasen zu: Zuerst konnte niemand schreiben und lesen, dann konnten es einige, am Ende alle. Die mittlere Phase bestimmt er als die der Agrargesellschaft, in der einige Menschen schreiben und lesen können. „Das geschriebene Wort scheint zusammen mit dem Rechnungsführer und dem Steuereintreiber in die Geschichte einzutreten: Der früheste Gebrauch des geschriebenen Zeichens scheint häufig mit dem Führen von Listen zusammenzufallen. Sobald diese Kunst sich jedoch einmal herausgebildet hatte, wird das geschriebene Wort auch zu anderen Zwecken genutzt, in der Gesetzgebung, für Verträge, in der Verwaltung. Schließlich legt Gott selbst seinen Vertrag mit der Menschheit und seine Regeln für das Verhalten seiner Geschöpfe schriftlich nieder. Theologie, Gesetzgebung, Prozeßführung, Verwaltung, Heilkunde: alle diese Künste bringen eine Klasse schriftkundiger Spezialisten hervor“. Diese haben unterschiedliche Traditionen, Doktrinen, Rekrutierungsmuster und Organisationsformen und stehen in oft recht unterschiedlichem Verhältnis zum Staat, eher zentralisiert oder auch locker, die Mitgliedschaft kann erblich sein oder offen zugänglich. „Die Schriftkultur, d.h. die Herausbildung einer einigermaßen

---

<sup>48</sup> Arnold J. Toynbee: a.a.O. (FN 38), S. 33.

<sup>49</sup> Vgl. Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959; zuerst erschienen im Exil 1935.

dauerhaften und standardisierten Schrift, bedeutet im Effekt die Möglichkeit kultureller und kognitiver Speicherung und Zentralisierung. Die kognitive Zentralisierung und Kodifizierung, die durch Schriftkundige erreicht wird, und die politische Zentralisierung, welche der Staat ist, müssen nicht Hand in Hand gehen. Häufig sind sie Rivalen; manchmal übernimmt die eine Funktion die andere; aber häufiger noch sind Rot und Schwarz, die Spezialisten der Gewalt und jene des Glaubens, unabhängig voneinander operierende Rivalen, und ihre Territorien sind häufig nicht deckungsgleich.“ Die Zentralisierung der Macht und die Zentralisierung der Kultur bzw. Erkenntnis nennt Gellner die „beiden entscheidenden Formen der Arbeitsteilung mit ihrer jeweiligen Eigenlogik“, die „weitreichende und je spezifische Auswirkungen auf die typische Sozialstruktur des schriftkundigen agrarischen Gemeinwesens“ haben.<sup>50</sup>

Was bedeutet dies nun für die verschiedenen agrarischen Gemeinwesen? Hier ist, nebenbei bemerkt, für die ganze Welt noch zwischen dem 15. und dem 18. Jhd. davon auszugehen, daß angesichts des niedrigen Standes der Agrikultur, vergleichsweise niedriger Erträge usw. 80 bis 90 Prozent der Menschen ausschließlich von der Landwirtschaft leben.<sup>51</sup> Insofern sind alle Oberschichten- und Kulturphänomene vor der Moderne ausschließlich oder zumindest vorwiegend Sache zahlenmäßig und prozentual kleiner Oberschichten. Gellner nimmt dies zum Ausgangspunkt und schreibt: „Im charakteristischen schriftkundigen agrarischen Gemeinwesen bildet die herrschende Klasse eine kleine Minderheit der Bevölkerung, die von der großen Mehrheit der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produzenten oder Bauern rigide getrennt ist. Im allgemeinen übertreibt ihre Ideologie eher die Ungleichheit der Klassen und den Grad an Trennung von der herrschenden Schicht, als sie herunterzuspielen. Die herrschende Klasse läßt sich ihrerseits wieder unterteilen in eine Reihe spezialisierter Schichten: Krieger, Priester, Schriftgelehrte, Verwalter, Bürger... Sowohl in der herrschenden Schicht insgesamt als auch in den verschiedenen Unterschichten wird nicht die Homogenität, sondern die kulturelle Differenzierung betont. Je differenzierter die verschiedenen Schichten – in allen möglichen Stilen – ausgeprägt sind, desto weniger Spannungen und Ambiguität werden zwischen ihnen herrschen. Das ganze System begünstigt somit horizontale kulturelle Abgrenzungen, und wenn diese fehlen, wird es sie erfinden und verstärken. Genetische und kulturelle Unterschiede werden Schichten zugeschrieben, die sich in Wahrheit nach ihrer Funktion ausdifferenziert haben, um ihre Differenzierung zu befestigen und ihr Autorität und Dauer zu verleihen.“<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Ernest Gellner: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 18f.

<sup>51</sup> Vgl. Fernand Braudel: Der Alltag (FN 34), S. 41.

<sup>52</sup> Ernest Gellner, a.a.O. (FN 50), S. 20f.

In einem solchen System, in dem Gegensätze, und zwar tiefe soziale, kulturelle, mentale, ja – nach dem Ende der großen Religionskriege – auch religiöse und sprachliche Differenzen nicht nur nicht stören, sondern eigentlich systemeigen, vorausgesetzt sind und – wo sie ursprünglich fehlen – im Nachgang geschaffen werden, ist der Unterschied konstitutiv. Es ist in diesem Sinne auch normal, daß die politisch-militärische Oberschicht, die „Spezialisten der Gewalt“ bei Gellner, sich in einer eigenen Sprache unterhalten, in Europa im 18. Jahrhundert etwa in Französisch. Die Distinktion war stets beabsichtigt. Friedrich II. beispielsweise, der nicht nur am liebsten französisch sprach, sondern seine eigenen Texte auch in französischer Sprache schrieb, verlästerte in seiner Schrift „Über die deutsche Literatur“ (1780) eben diese Literatur, die er eigentlich nicht wirklich kannte, und nannte die deutsche Sprache „eine noch halb barbarische..., die in ebenso viele Dialekte zerfällt, wie Deutschland Länder und Gegenden aufzuweisen hat“.<sup>53</sup> Die „Spezialisten des Glaubens“ dagegen sprechen in einer anderen Sprache, in Europa, soweit die katholische Kirche reichte, lateinisch (auch in der Liturgie, dies bis zum 2. Vatikanischen Konzil 1963). Nach einem angeblichen Wort Karls V. sollte „das Spanische die rechte Sprache sein, um mit Gott zu sprechen, das Polnische, um den Teufel zur Hölle zu schicken, das Französische zur Unterhaltung, das Italienische für die Diplomatie und das Deutsche zum Befehlen – weshalb er zu seinem Pferd deutsch gesprochen haben soll“.<sup>54</sup> Die Unterschichten, in aller Regel Analphabeten, sprechen ihre Volkssprachen. Insofern ist für derartige agrarische Gesellschaften – die in hohem Maße stationär sind, Wanderungsbewegungen der Unterschichten, außer im Gefolge von Kriegseinbrüchen und Hungersnöten, kaum stattfinden – charakteristisch, daß soziale Unterschiede sich mit kulturellen, ethnischen, religiösen und sprachlichen überschneiden. Siebenbürgen mag hier exemplarisch genannt werden: seine aristokratische Oberschicht und die höhere Staatsbürokratie waren ungarisch, die ländlichen Unterschichten waren mehrheitlich walachisch (rumänisch), die großen Städte deutsch; die einen katholisch mit lateinischer Liturgie oder katholisch-uniert, die anderen orthodox, im Zeitalter der Reformation kam noch der Calvinismus hinzu. Erst im 19. Jahrhundert, d.h. als die Idee der Nation bereits um sich zu greifen begonnen hatte, wurden die ethnisch-kulturell-sprachlichen Unterschiede als nationale verstanden und die soziale Kluft als nationale empfunden. Die Magyarisierungspolitik der ungarischen Herrscherschicht und der staatlichen Behörden wurde mit nationalen Gegenbewegungen der rumänischen, slowakischen und deutschsprachigen Bevölkerungsteile beantwortet.

---

<sup>53</sup> Friedrich II. von Preußen: Über die deutsche Literatur, die Mängel, die man ihr vorwerfen kann, welches ihre Ursachen sind und mit welchen Mitteln man sie beheben kann, in: Ders.: Schriften und Briefe, hrsg. von Ingrid Mittenzwei, Leipzig 1985, S. 365. Dazu auch: Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen, Berlin 1979, S. 197ff.

<sup>54</sup> Nach: Carlrichard Brühl, a.a.O. (FN 1), S. 87.

Dies alles ändert sich mit dem Heraufkommen des Kapitalismus. Er braucht bei der Konstituierung der Nationalwirtschaft nicht nur einheitliche Maße und Gewichte und den Abbau von Binnenzöllen, was ja ein Argument für die deutsche Einheit im 19. Jahrhundert war, sondern auch ein einheitliches Gesellschafts- und Steuerrecht sowie eine einheitliche Währung, die zugleich konvertierbar sein muß. Zugleich bedarf er eigener, neuer kultureller Voraussetzungen. Da diese nicht vorgefunden werden können, müssen sie zielstrebig geschaffen werden. Aus der Gesellschaft, in der einige schreiben und lesen können, wird die, in der es – in einem idealtypischen Sinne – alle können. So wie versucht wird, die Nationalwirtschaft nach außen abzugrenzen, zunächst mit Schutzzöllen, um die heimische Industrie überhaupt aufblühen lassen zu können, wird auch alles getan, die Grenzen des politischen Gemeinwesens und der Kultur in Übereinstimmung zu bringen. Die industrielle Gesellschaft ist die erste in der Geschichte, die auf ständiges und bewußt angestrebtes Wachstum ausgerichtet ist, das wiederum eine Besserung der Lage der Gesellschaftsglieder zur Folge hat. Die kulturellen Grundlagen und Folgen dieses Modernisierungsprozesses sind zumeist nicht genügend beachtet worden. Gellner betont in diesem Zusammenhang: „In den geschlossenen lokalen Gemeinschaften der Agrar- und Stammeswelten waren Kontext, Tonfall, Gestik, Persönlichkeit und Situation ausschlaggebend, wenn es um Kommunikation ging. Kommunikation erfolgte ohne Beihilfe der präzisen Formulierung, für die der Durchschnittsmensch weder Neigung noch Fähigkeit zeigte. Klarheit des Ausdrucks und die Feinheiten präziser, regelrechter Formulierung blieben den Anwälten, Theologen oder Ritual-Spezialisten überlassen und gehörten zu ihren Berufsheimnissen.“<sup>55</sup>

Die Industriegesellschaft dagegen, die sich auf eine hochentwickelte Technologie und die Erwartung anhaltenden Wachstums gründet, beruht auf fluiden, mobilen Arbeitseinheiten, deren Mitgliedschaft sich räumlich und in der personellen Zusammensetzung beständig wandelt. Sie erfordert sowohl eine mobile Arbeitsteilung als auch eine „ständige, häufige und präzise Kommunikation zwischen Fremden“. Dazu gehört „die allgemeine Vorherrschaft expliziter Begriffe, die in einem Standardidiom und, wenn erforderlich, schriftlich übermittelt werden“. Eine „universelle Schriftkunde und eine hohes Niveau rechnerischer, technischer und allgemeiner Grundausbildung“ gehören zu den funktionalen Erfordernissen einer solchen industriell basierten Gesellschaft. „Ihre Mitglieder sind mobil und müssen es sein, bereit, von einer Tätigkeit zur anderen zu wechseln, und sie müssen die Grundausbildung besitzen, die es ihnen ermöglicht, die Handbücher und Instruktionen einer neuen Tätigkeit oder eines neuen

---

<sup>55</sup> Ernest Gellner, a.a.O. (FN 50), S. 54.



Berufs zu verstehen. Im Verlauf ihrer Arbeit müssen sie ständig mit einer großen Zahl anderer Menschen kommunizieren, mit denen sie häufig zuvor keinerlei Verbindung hatten, und diese Kommunikation muß daher explizit erfolgen, statt sich auf einen gemeinsamen Kontext verlassen zu können. Sie müssen auch fähig sein, mittels geschriebener, unpersönlicher, kontextfreier Botschaften zu kommunizieren. Von daher müssen diese Kommunikationen im selben gemeinsamen und standardisierten linguistischen Medium und derselben Schrift stattfinden.“ Die Mitglieder dieser Gesellschaft bedürfen, wenn sie einen Arbeitsplatz finden und „das volle moralische Bürgerrecht genießen sollen“, einer hohen Kompetenz, die allerdings von Verwandtschafts- oder lokalen Einheiten nicht vermittelt werden kann. Das kann nur ein modernes, „nationales“ Erziehungssystem leisten, dessen Klientel sich – idealtypisch – mit der Gesellschaft insgesamt deckt.<sup>56</sup>

Es entsteht nicht das *Zeitalter des Nationalismus* aus dem plötzlich und unerwartet auftretenden Erwachen der verschiedenen Nationen, sondern die Nationen entstehen, so Gellners Erklärung, wenn die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse „nach standardisierten, homogenen und durch staatliche Zentralgewalt geschützten Hochkulturen rufen – nach Hochkulturen also, die die Gesamtbevölkerung und nicht nur die Minderheiten der Elite durchdringen –, eine Situation, in der klar definierte, durch Ausbildung sanktionierte und vereinheitlichte Kulturen fast schon die einzige Art Einheit bilden, mit der sich Menschen bereitwillig und häufig glühend identifizieren“. Unter diesen Bedingungen wollen Menschen „mit all jenen – und nur mit denjenigen – politisch vereinigt werden, die ihre Kultur teilen. Politische Staatswesen streben nunmehr danach, ihre Grenzen bis zu den Grenzen ihrer Kulturen zu erweitern und ihre Kultur in den Grenzen ihres Machtbereichs zu schützen und durchzusetzen. Die Fusion von Wille, Kultur und staatlicher Einheit wird damit zur Norm, die nicht leicht oder häufig verletzt wird. (Früher war diese Norm fast überall straflos verletzt worden, und dies blieb durchweg unbemerkt und unbestritten.) Diese Bedingungen definieren nicht die menschliche Situation als solche, sondern nur eine ihrer Varianten: die der Menschen in modernen Industriegesellschaften.“<sup>57</sup> In diesem Sinne ist dann auch die Frage, ob zuerst die Nationalökonomie oder der Staat oder die Nation da war, eigentlich müßig und unter Verweis auf den Zusammenhang zu beantworten. Braudel hat in ähnlicher Weise auf das Dreieck: Stadtentwicklung – Kapitalismus – industrielle Revolution verwiesen. Es handele sich um ein ‚Verhältnis auf Gegenseitigkeit‘: „Die Stadt schafft Expansion und wird im selben Maße

---

<sup>56</sup> Ebenda, S. 55-58.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 86f.

durch sie geschaffen“.<sup>58</sup> So ist auch die Nation Grundlage des Staates, Entwicklungsraum der Nationalökonomie und Fluchtpunkt eines „nationalen“ Bildungswesens – was am Beispiel Frankreichs ja auch empirisch nachzuzeichnen ist, wo die Nation und die Sprache wesentlich durch Bildungswesen und Sprachpflege ‚gemacht‘ wurden<sup>59</sup> – und zugleich Ergebnis von deren Entwicklung. Jedenfalls ist der historische Ort der Entstehung der Nation verbunden mit Kapitalismus, Nationalökonomie und moderner Massenbildung.

Hobsbawm folgt zunächst der Argumentation Gellners, wonach (1) der Begriff des *Nationalismus* ein politisches Prinzip meint, das besagt, daß politische und nationale Einheiten deckungsgleich sein sollten; (2) *Nation* nicht als eine ursprüngliche oder unveränderliche soziale Einheit zu betrachten ist, sondern ausschließlich einer bestimmten und historisch jungen Epoche angehört und eine gesellschaftliche Einheit nur insofern bildet, als sie sich auf eine bestimmte Form des modernen Territorialstaates, den *Nationalstaat*, bezieht. „Kurz, aus Gründen der Analyse kommt der Nationalismus vor der Nation. Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt.“ (3) Die *nationale Frage* „ist in jenem Bereich angesiedelt, in dem sich Politik, Technik und sozialer Wandel überschneiden. Nationen existieren nicht nur als Funktionen einer bestimmten Form des Territorialstaates oder des Strebens nach seiner Verwirklichung – grob gesagt des bürgerlichen Staates der Französischen Revolution –, sondern auch im Kontext einer bestimmten Phase der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.“ (4) Nationen seien daher „Doppelphänomene, im wesentlichen zwar von oben konstruiert, doch nicht richtig zu verstehen, wenn sie nicht auch von unten analysiert werden, d.h. vor dem Hintergrund der Annahmen, Hoffnungen, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der kleinen Leute, die nicht unbedingt national und noch weniger nationalistisch sind.“<sup>60</sup>

Hier macht Hobsbawm denn auch seinen wichtigsten Kritikpunkt an Gellner fest: dessen „bevorzugte Perspektive einer Modernisierung“ sei die von oben. Das verstelle jedoch den Blick von unten. Demgegenüber betont Hobsbawm, daß sich *Nationalbewußtsein* unter den gesellschaftlichen Gruppen und Regionen eines Landes ungleichmäßig entwickle. Unter Bezugnahme auf andere neuere Arbeiten, vor allem über die Nationalismen kleinerer Völker Europas im 19. Jhd., sieht er – wieder idealtypisch – drei Phasen:

---

<sup>58</sup> Fernand Braudel: Der Alltag (FN 34), S. 523.

<sup>59</sup> Vgl. Lutz Schrader, a.a.O. (FN 8).

<sup>60</sup> Eric J. Hobsbawm, a.a.O. (Vorbem., FN 5), S. 20-22.

- eine Phase A: „rein kulturell, literarisch und volkskundlich, ohne daß sich daraus besonders politische oder gar nationale Folgerungen ergeben hätten“;
- eine Phase B: hier sind „eine Gruppe von Vorkämpfern und militanten Wortführern der nationalen Idee und die Anfänge eines politischen Werbens für diese Idee“ zu verzeichnen;
- eine Phase C: nunmehr „gewinnen nationalistische Programme die Unterstützung der Massen oder zumindest eines Teils jener Massen, deren Repräsentanten zu sein“ jene „Vorkämpfer“ immer wieder behaupten.

Der Übergang von der Phase B zu Phase C ist nach Hobsbawm „ein entscheidender Augenblick in der Chronologie nationaler Bewegungen“.<sup>61</sup> – Der größere, Vielvölker-Staat wird unregierbar, wie die österreichische Reichshälfte vor dem ersten Weltkrieg oder Jugoslawien ab 1989, oder aber die militanten Gruppierungen entscheiden sich, weil der „eigene Staat“ nicht in greifbare Nähe gerückt ist, für Gewalt und Terror, wie die baskischen Nationalisten bis heute oder die albanischen im Kosovo und in Mazedonien seit den 1990er Jahren, um die Zentralmacht ihrerseits zu gewaltsamen Überreaktionen zu reizen, die international auszuschlachten und im eigenen Sinne zu nutzen sind.<sup>62</sup>

In diesem Zusammenhang macht Hobsbawm auf ein weiteres Problem aufmerksam. In den im 19. Jhd. zunächst angestellten Überlegungen zum *Nationalitätsprinzip* wurde stillschweigend stets das „Schwellenprinzip“ unterstellt: das Nationalitätsprinzip könne nur für Nationalitäten ab einer bestimmten Mindestgröße angewandt werden, weil wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, staatlich geschütztes Bildungswesen usw. dies erforderlich machten. In der Mitte des 19. Jhds. galten die Unabhängigkeit Belgiens oder Portugals als ‚lächerlich‘. Der Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips für Italien, Mazzini, wollte dieses für Irland nicht gelten lassen. Die Ansprüche noch kleinerer Nationalitäten, der Bretonen oder Waliser, galten als irrelevant; das Wort „Kleinstaaterei“, wie auch „Balkanisierung“ als Synonym für die Aufteilung des europäischen Territoriums des Osmanischen Reiches in kleine, unabhängige Staaten, konnotierte negativ.<sup>63</sup> Ende des 19./Anfang des 20. Jhds. hatte der Nationalismus in drei wesentlichen Punkten sein Erscheinungsbild verändert: *erstens* gab er das „Schwellenprinzip“ auf. „Von nun an beanspruchte jede Gemeinschaft von Menschen, die sich als eine ‚Nation‘ betrachteten, das Recht auf Selbstbestimmung, das letzten Endes das Recht auf einen eigenen, souveränen und unabhängigen Staat auf ihrem Territorium bedeutete.“ *Zweitens* wurden ethnische

---

<sup>61</sup> Ebenda, S. 22f.

<sup>62</sup> Zur aktuellen albanischen Problematik siehe den Schwerpunkt: „Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden?“ der Zeitschrift WeltTrends, Nummer 32, Berlin, Herbst 2001.

Zugehörigkeit und Sprache zu den entscheidenden, schließlich alleinigen Kriterien für die potentielle Nation. *Drittens* wandte sich der Nationalismus – weniger in den nationalen Bewegungen ohne Staat, stärker in den etablierten Nationalstaaten – politisch nach rechts.<sup>64</sup> Im Gefolge des ersten Weltkrieges rückte das Nationalitätsprinzip in das Zentrum der Politik; den Alliierten schien es geraten, es „gegen die bolschewistische Karte auszuspielen“.<sup>65</sup> Mit dem Versailler System wurde der Versuch unternommen, den europäischen Kontinent, zumindest im Osten, vor allem auf den Trümmern des Habsburgerreiches, in säuberlich voneinander geschiedene Territorialstaaten aufzuteilen, die jeweils von einer ethnisch und sprachlich homogenen Bevölkerung bewohnt werden. Dabei zeigte sich sofort, daß sich das kaum in die Praxis umsetzen ließ. Logische Konsequenz dieses Versuches war massenhafte Vertreibung und Vernichtung von Minderheiten. Zudem war der Nationalismus kleinerer Völker gegenüber Minderheiten nicht geringer, als der vorherige „großnationale Chauvinismus“.<sup>66</sup> Mit dem zweiten Weltkrieg, insbesondere dem Vernichtungskrieg des Nazi-Reiches und der Stalinischen Machtpolitik, und in der Nachkriegszeit wurden weitere Minderheiten ermordet und vertrieben.

Die Friedensverträge von 1947 bekräftigten in einer Reihe von Fällen den Status quo von Versailles; die deutschen und polnischen Ostgrenzen wurden nach Westen verschoben, die deutschen Außengrenzen spätestens mit dem 2+4-Vertrag 1990 als endgültig fixiert. Die Entwicklungen nach 1989 brachten in Gestalt der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens eine weitere Welle kleinstaatlicher Souveränitäten mit sich. Es ist dies der historische Hintergrund, vor dem Hobsbawm die nationalistischen Bewegungen des letzten Drittels des 20. Jhds. als „im wesentlichen negativ, genauer gesagt separatistisch“ ansieht. In ihnen könne man die Nachfolger oder Erben „der kleinstaatlichen Bewegungen sehen, die sich gegen das Habsburger, das Osmanische und das Zarenreich richteten“. Sie seien nur noch „Reaktionen aus Schwäche und Angst“, die „Barrikaden gegen die Kräfte der modernen Welt“ errichten wollten.<sup>67</sup> So glaubt er weiter an das „Schwellenprinzip“. Aber vielleicht ist dieses mit der Europäischen Union längst überflüssig geworden. Und für diese ist die Größe der teilnehmenden Staaten und Nationen unwichtig; sie können Teil dieser Gemeinschaft sein, ohne sich als Nation aufgeben zu müssen.

---

<sup>63</sup> Eric J. Hobsbawm, a.a.O. (Vorbem., FN 5), S. 42 und 44.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 155.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 157f.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 194f.

#### 4. Nation, Staat und Politisches

Aus dem Gellner'schen Modell folgt, daß „Nationalismus als solcher“ zur Vorherrschaft bestimmt ist. Das sagt aber nichts darüber, welcher konkrete Nationalismus dies jeweils ist.<sup>68</sup> Schon ein flüchtiger Blick auf das Verhältnis der Anzahl der Sprachen der Menschheit und das der Staaten zeigt das Ungleichgewicht. Die Zahl der Sprachen werde auf etwa 8000 geschätzt, Staaten, alle pazifischen Zwergstaaten mitgerechnet, gibt es etwa 200; wenn man allerlei „einigermaßen effektive Nationalismen“ in der Welt mitrechnet, käme man, sehr hoch gerechnet, auf 800 Nationalismen, was immer noch ein Verhältnis bedeutet von einem effektiven Nationalismus auf zehn potentielle.<sup>69</sup> Wie also entsteht diese Differenz? Gellner antwortet auf diese Frage, indem er betont, daß der Nationalismus eben „*nicht* das Erwachen einer uralten, latenten, schlafenden Kraft“ ist, auch wenn er sich selbst gern so darstellt. „Er ist in Wirklichkeit die Konsequenz einer neuen Form der sozialen Organisation, die sich selbst auf zutiefst verinnerlichte, von schulischer Ausbildung abhängige Hochkulturen gründet, von denen jede von ihrem eigenen Staat geschützt wird. Er benutzt *einige* der bestehenden Kulturen und wandelt sie in diesem Prozeß um, aber er kann sie nicht alle benutzen: Es gibt einfach zu viele. Ein funktionierender moderner Staat, der eine Hochkultur stützt, kann nicht unter eine gewisse Mindestgröße sinken (wenn er nicht Parasit an seinen Nachbarn ist); und es gibt auf der Welt nur begrenzten Raum für solche Staaten.“ Der Nationalismus bedeutet „die Kristallisierung neuer Einheiten, die für die nun vorherrschenden Verhältnisse geeignet sind“. Zu deren Schaffung wird das kulturelle, historische und andere Erbe der vernationalistischen Welt „als Rohstoff“ benutzt.<sup>70</sup>

Nun verläuft dieser Prozeß der „Kristallisierung“ keineswegs harmonisch und gewaltfrei, im Gegenteil, von vielerlei Gewalt begleitet und geprägt. Zunächst findet im 18. Jahrhundert gleichsam ein „Gezeitenwechsel“ statt: Mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 war für das Reich das Nebeneinander von katholischer und protestantischer Religion fixiert, durch den Westfälischen Frieden von 1648 bestätigt und erweitert. Obwohl auch im Erzbistum

---

<sup>68</sup> Vgl. Ernest Gellner, a.a.O. (FN 50), S. 74. Ich folge hier der Gellner'schen Verwendung des Terminus „Nationalismus“, der zunächst rein sachlich das Auftreten eines Denkens im Sinne der Nation, des Nationalen meint, im Grunde darüber hinaus auch das Handeln – politisch, im Bildungssystem, in der Sprachenpolitik usw. – zur Beförderung der jeweils eigenen Nation. Die Differenz, daß die Nation, wie jede menschliche Gestaltung, zum Guten wie zum Schlechten verwendet werden kann (Mit der Axt kann ich meiner Familie ein Blockhaus bauen, wenn ich es denn kann, aber auch den Nachbarn erschlagen.), ist hier nicht beschrieben, aber mitgedacht. Ruben (Realität und Problem der Nation, FN 29; dort S. 15f.) versucht, den Unterschied auch sprachlich deutlich zu machen. So spricht er vom „Nationalbewußtsein“ als dem Bewußtsein von der Nation und vom „Nationalismus“ im Sinne von „Chauvinismus“, nationaler Überhebung, den er als Feind der Humanität und daher auch der Nation benennt.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 70f.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 76f. Hervorhebungen im Original.

Salzburg Ende des 16. Jhds. den Evangelischen der Aufenthalt gestattet worden war, versuchte der Erzbischof sie ab 1729 mit jesuitischer Hilfe zwangsweise zum katholischen Glauben zu bekehren und, als dies mißlang, ließ er sie aus ihrer Heimat vertreiben. Über 30.000 Menschen mußten das Salzburger Land verlassen, 17.000 von ihnen fanden in Preußen eine neue Heimat. Dies war in der Geschichte des Übergangs zur Moderne der letzte große Gewaltakt aus religiösen Gründen. Nachdem nach dem Frieden von Paris 1763 Quebec dauerhaft zur britischen Kolonie Kanada gekommen war, wurden alle Franzosen aus der höheren Kolonialverwaltung entfernt. Es war dies der erste Ausschluß unter Anwendung des Kriteriums der nationalen Zugehörigkeit.<sup>71</sup> Sebastian Haffner nennt jene Zeitspanne zwischen dem Westfälischen Frieden und der Französischen Revolution von 1789 „das Pubertätsalter der europäischen Machtpolitik“, ein „Alter der wilden Triebe und der tollen Streiche. In ihr wechselten die Machtverhältnisse in Europa so kaleidoskopartig wie niemals vorher und nachher“.<sup>72</sup> Bezogen auf den Kontext der Nationsbildung kann man hier sagen, es war die Phase, da die Mächte der alten Gesellschaft die territorialen Besitzstände verteilten bzw. neu verteilten. Sie taten dies nicht um der Nation willen, sondern ganz frivol und aus rein machtpolitischem Egoismus, man denke etwa an die Aneignung Schlesiens durch Preußen unter Friedrich II. oder an die Polnischen Teilungen. Und dennoch wurden am Ende territorial-staatliche Bedingungen gesetzt, die der ursprünglichen Nationsbildung in Europa wichtige Rahmen gaben.

Gewaltförmig verlief der Nationsbildungsprozeß in dreierlei Hinsicht. Zunächst fanden – die eben charakterisierten – Auseinandersetzungen um die territorialen Besitzstände statt, die als dynastische begannen und mit den Napoleonischen Kriegen zu nationalen geworden waren. Vorläufer waren im Grunde die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Niederlande, die sich schrittweise innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verselbständigt hatten und mit dem Westfälischen Frieden die volle Souveränität erhielten und endgültig aus dem Reichsverband ausschieden. Darüber hinaus setzten sich im Innern der Staaten, in denen sich die Nationen bildeten, die Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft gegen die feudalen durch, oder nach dem Modell Gellners (das in diesem Sinne eine Modifikation der Marx'schen Gesellschaftsvorstellung ist): die herrschenden Klassen der agrarischen Gemeinwesen traten nicht von selbst ab, sondern mußten von den Vertretern des heraufkommenden Industriezeitalters aus ihrer bevorzugten Stellung, die für die neuen Kräfte eine benachteiligende war, verdrängt werden. Dies geschah zunächst idealerweise mit politischen Revolutionen, der nieder-

---

<sup>71</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Peter Ruben; die Verwendung hier liegt allein in meiner Verantwortung.

<sup>72</sup> Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1981, S. 134.

ländischen Ende des 16. Jahrhunderts, der englischen, die erstmals 1649 einen angestammten König hatte enthaupten lassen, der französischen ab 1789, die 1793 jenem Beispiel gefolgt war und Ludwig XVI. der Guillotine überantwortet hatte. In allen diesen Fällen war eine Verfassungsordnung an die Stelle des Gottesgnadentums und des Absolutismus getreten, der Untertan wurde Bürger und erwarb schließlich das Wahlrecht, wenngleich der Prozeß der Ausdehnung des Wahlrechts auf alle, ungeachtet des Eigentums, und auch auf die Frauen, bis weit in das 20. Jahrhundert hineinreichte. In diese Reihe der Revolutionen gehört auch die Gründung der USA (1776) nach der Erringung ihrer Unabhängigkeit von Großbritannien. Woodrow Wilson (1913-1921 Präsident der USA) beschreibt den Prozeß der Nationswerdung der Vereinigten Staaten als zunächst einen der Abnabelung von der europäischen Tradition: „Erfahrene Politiker sprechen mit dem Tonfall einer in allen Künsten feinsten Diplomatie eroberten Gewandtheit: in Ratszimmern, die in Blockhäusern untergebracht sind. Über die einsamen Fußpfade wüster Wälder schreiten Männer in Halskrausen, Spitzenmanschetten und mit sauber geputzten Schuhspangen. Durch die Stille der Wildnis tönt der Klang von Predigten, in denen sich die spitzfindigen Unterscheidungen der einzelnen Sekten mit den Gedankengängen einer metaphysischen Theologie vermählen“. Die Einwanderer aus der „zivilisierten“ Welt mußten Bauern werden, die die „Arbeit primitiver Völker“ verrichten, ihre Kinder wurden dann zu den harten Eroberern des Westens, die der Härte des unzivilisierten Lebens gewachsen waren.<sup>73</sup> Die USA, unter dem Gesichtspunkt der Nationsbildung oft als glückliche Ausnahme gepriesen, weil ihre Bewohner diesen Prozeß nicht unter der Last – der institutionellen, der geistigen, ja auch der schieren Tradition – der alten Welt vollziehen mußten, zeigen insofern aber auch in reiner Form die dritte Dimension der Gewalt: die innere Harmonisierung des Gemeinwesens im Zuge der Nationsbildung ging in der Regel nicht ohne Gewalt ab. Balibar schreibt, es könne einfach kein Zufall sein, „daß der Genozid an den Indianern einen systematischen Charakter annahm, sobald die Vereinigten Staaten – die ‚erste der neuen Nationen‘, nach dem berühmten Ausdruck von Lipset – unabhängig geworden waren“.<sup>74</sup>

Der Prozeß der Harmonisierung erfolgt in unterschiedlichen Formen; die ursprünglichste ist die Ausrottung der „Anderen“, im Falle der USA eben der indianischen Ureinwohner, die als nicht assimilierbar gelten und zugleich als Hindernis auf dem Wege der Modernisierung angesehen werden; die Lebensweise der nordamerikanischen Indianer auf der Grundlage großräumiger Büffeljagd in der Prärie und die Interessen der weißen Einwanderer, Land für die Agri-

---

<sup>73</sup> Woodrow Wilson: Nur Literatur. Betrachtungen eines Amerikaners, München 1913, S.207ff.

<sup>74</sup> Etienne Balibar, a.a.O. (FN 40), S. 67.

kultur, für den Eisenbahnbau und für die Industrialisierung anzueignen, waren schlichtweg nicht kompatibel. Das Ergebnis war ein Völkermord, an den man heute nicht gern erinnert werden will. Die abgemilderte Form unmittelbarer Gewalt ist die Vertreibung, oder, wie es heute euphemistisch heißt, die „ethnische Säuberung“, in großem Maßstab im 20. Jahrhundert erstmals angewandt im Gefolge des griechisch-türkischen Krieges mit dem Frieden von Lausanne (1923), als etwa 400.000 als Türken geltende Muslime aus Griechenland und über 1,2 Millionen Griechen aus der Türkei ausgesiedelt und in das jeweils andere Land „ausgetauscht“ wurden.

Der Friedensforscher Johan Galtung unterscheidet zwischen sichtbarer und unsichtbarer Gewalt, wobei er die sichtbare als direkte (oder auch personale) Gewalt bezeichnet, während er bei der unsichtbaren zwischen struktureller und kultureller Gewalt unterscheidet.<sup>75</sup> Dabei bestehen Wechselverhältnisse: Strukturelle und kulturelle Gewalt sind Ursachen direkter Gewalt; direkte Gewalt verstärkt strukturelle und kulturelle Gewalt. Gleichwohl sind den modernen Gesellschaften eher die unsichtbaren Gewaltformen eigen: strukturelle Gewalt, die den einzelnen Herrschaftsinstitutionen, sozio-strukturellen Zwängen und Markterfordernissen unterwirft, denen er nicht entrinnen kann, und die ihn dennoch in einem Herrschaftsverhältnis halten; kulturelle Gewalt, die ihn Denk- und Kulturmustern unterwirft. Letztere dient vor allem dazu, direkte und strukturelle Gewalt zu rechtfertigen. Diese Rechtfertigung erfolgt symbolisch, in Alltagsargumentationen und in wissenschaftlichen Systemen, in religiösen Denkmustern und in der politischen Rhetorik. Diese kulturelle Gewalt ist nach Galtung in der Tiefenkultur der Gesellschaften verankert, sie prägt somit Lebens-, Arbeits- und Herrschaftswelten, kognitive, normative und institutionelle Muster, in denen Momente direkter Gewalt wie auch Verhältnisse struktureller Gewalt sozusagen unhinterfragt eine Rolle spielen. Die Vorstellungen einer Gesellschaft, einer Zivilisation oder eben einer Nation von Frieden und Konflikt, Rechtsordnung, Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit sind von den in ihnen verankerten kulturellen Codes bestimmt. Genau dies geschieht im Zuge der Nationskonstituierung, insoweit deren Voraussetzung eben nicht Mord und Vertreibung sind: es werden die kulturellen Codes ausgeprägt, und dies geschieht über die Institutionalisierung. Der Staat bestimmt das Schulsystem, dessen Aufbau, die Lehr- und Lerninhalte. Dies beginnt bereits mit der Entscheidung für eine bestimmte Sprache und deren Durchsetzung. In der Habsburger Monarchie antwortet der ungarische Reichsteil am Ende auf die Bevorzugung des Deutschen durch die

---

<sup>75</sup> Aus dem neueren Schrifttum siehe: Johan Galtung: Gewalt, Krieg und deren Nachwirkungen, in: Ders.: Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Weltsystem, Wien 1997, S. 171.



Josephinischen Reformen<sup>76</sup> mit der Magyarisierungspolitik, auf die ihrerseits die Rumänen in Siebenbürgen, Kroaten, Slowaken usw. mit ihren nationalen Bestrebungen, auch und vor allem zunächst in der Sprachenpolitik reagieren. In Rußland wurden die Sprachbestrebungen der Ukrainer unterdrückt. Die Rolle der Schule und der Sprachpflege bei der Konstituierung der französischen Nation war schon genannt.

Das Gellner'sche Modell entstand durch die Korrelation von drei Faktoren: Macht, Ausbildung und gemeinsame Kultur. In einer Konstellation wie der Habsburgischen war jedoch das Bestreben, etwa Joseph II., im ganzen Reich eine Sprache, dort das Deutsche, als einheitliche Amtssprache einzuführen, in der Tat nicht nationalistisch intendiert. Der ungarische Politiker und Publizist Oszkár Jászi schrieb dazu 1929: „Eine einheitliche Sprache, die alle Teile seines Reiches miteinander verband, erschien ihm (Joseph II. – E.C.) zwingend erforderlich. Angesichts dieser Notwendigkeit konnte er sich nur für die deutsche Sprache entscheiden, da sie allein über eine umfassende Kultur und Literatur verfügte und von Teilen der Bevölkerung in allen Provinzen gesprochen wurde... Die Habsburger waren keine bewußt und konsequent germanisierende Macht.“ Sie ließen sich in ihrem Handeln „nicht von irgendeinem nationalistischen Interesse“ leiten, „ihre Maßnahmen waren vielmehr vom Streben nach Einigung und Universalismus in ihrem Reich bestimmt“.<sup>77</sup> Nachdem das Deutsche jedoch eine doppelte Stellung erhalten hatte, ‚universal-kaiserlich‘ zum einen und ‚partikular-national‘ zum anderen, geriet das Problem in die fatale innere Logik des nationalistischen Vorurteils, eines Nationalismus, der zu jener Zeit noch wesentlich ein Volksnationalismus war, der dem Staatsnationalismus des späten 19. und des 20. Jahrhunderts historisch vorausging: Je mehr die Habsburger-Dynastie die erste Eigenschaft betonte, desto mehr schien sie die deutschsprachigen Untertanen zu bevorzugen, und erregte den Unwillen der anderen. Wenn sie sich zurückhielt und Konzessionen gegenüber anderen Sprachen machte, wie gegenüber den Ungarn, erlitt sie Rückschläge bei der Einigung und traf auf die Entrüstung der Deutschsprachigen<sup>78</sup> – was wiederum angesichts des verbreiteten Einigungs-Nationalismus der Deutschen (vor 1866) ebenfalls ein erhebliches Risiko für die Monarchie war.

Zu diesem Dilemma und seinen Folgen schreibt Gellner: „Die Machthaber haben privilegierten Zugang zu der zentralen Hochkultur, die tatsächlich ihre eigene ist, und zu allen Möglichkeiten des Wohlergehens unter modernen Bedingungen. Den Machtlosen fehlt auch der Zu-

---

<sup>76</sup> Reformen und Reformversuche Kaiser Joseph II. (1741-1790).

<sup>77</sup> Zitiert nach: Benedict Anderson, a.a.O. (FN 18), S. 89.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 89f.

gang zur Ausbildung. Diese Schicht oder einzelne ethnische Gruppen dieser machtlosen Schicht verfügen nur über gemeinsame Volkskultur(en), die mit einiger Anstrengung und Propaganda in eine rivalisierende neue Hochkultur umgewandelt werden können – ob sie nun durch die reale oder erfundene Erinnerung an eine historische politische Einheit, die angeblich einmal um diese selbe Kultur oder eine ihrer Varianten bestand, gestützt werden oder nicht. Die Intellektuellen/Erwecker<sup>79</sup> dieser ethnischen Gruppe(n) widmen sich sehr energisch den erforderlichen Anstrengungen; und schließlich errichten diese Gruppen (oder einige von ihnen), falls und wenn die Umstände günstig sind, ihren eigenen Staat, der die neugeborene oder auch wiedergeborene Kultur erhält und beschützt.“<sup>80</sup>

Für eine solche Entwicklung ist gleichgültig, ob es sich um tatsächliche Unterdrückungsverhältnisse einer Nation oder Nationalität über andere handelt, oder um wechselseitige Vorurteilsstrukturen. Entscheidend ist zweierlei: daß (1) die „nationale“ Elite der bisher „unterdrückten“ Nation darauf hinarbeitet, den existierenden größeren Staat zu zerstören, um selbst, gestützt auf die neue, nunmehr zu schaffende Nation, in Elitenpositionen einzurücken, die ihr zuvor verschlossen waren, und (2) relevante Bevölkerungsteile der Völkerschaft, die den neuen Staat konstituieren soll, glauben, daß es ihnen besser ginge, haben sie nur erst diesen neu-

---

<sup>79</sup> Der *Erwecker* ist bei Gellner eine, oder besser: die zentrale Figur des Nationalismus. Wolfgang Geier spricht für den Osten Europas eher vom „nationalen Erwachen“ und „nationalen Wiedergeburten“, die ihrerseits „Trägerschichten“ und tragende Bewegungen haben. Zum Unterschied zu den historisch anders verlaufenen Nationsbildungsprozessen im Westen Europas betont Geier, „daß die Rückbesinnung auf die eigene Sprache, Kultur und Geschichte für die (meisten) slawischen Völker im 19. Jahrhundert eine weitaus größere Bedeutung haben mußte als für jene, welche den historischen Weg von Sprach- und Kultur- zu Staatsnationen bereits über einen langen Zeitraum gegangen waren. Die meisten slawischen Völker lebten noch unter Fremd- oder Vorherrschaften; für sie waren die Beschäftigung mit der eigenen Sprache, Kultur und Geschichte, die Herausbildung eines Nationalbewußtseins untrennbar mit dem Kampf um die nationale, die politisch-staatliche Befreiung verbunden.“ (Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen*, Wiesbaden 1995, S. 92.)

Das gilt nicht nur für die slawischen Völker Ostmittel- oder Südosteuropas. Nachdem unter großen Anstrengungen deutscher, französischer und englischer Gelehrter bis Mitte des 18. Jhds. die großartigen Leistungen der griechischen Klassik erschlossen worden waren, beförderte das philhellenische Europa im 19. Jahrhundert nicht nur die staatliche Selbständigkeit, sondern auch die ‚Entbarbarisierung‘ der modernen Griechen. Die nach französischem Vorbild geschaffene Russische Akademie erstellte Ende des 18./Anfang des 19. Jhds. das erste große Wörterbuch der russischen Sprache und eine offizielle Grammatik. Ende des 18. Jhds. erschien auch die erste Geschichte und systematische Darstellung des Tschechischen. Die ersten Grammatiken, Wörterbücher und Geschichten der rumänischen Sprache tauchten ebenfalls im späten 18. Jhd. auf. (Vgl. Anderson, S. 77f.) Absichtlich wurden das lateinische statt des kyrillischen Alphabets benutzt, um sich von den slawischen Nachbarn abzusetzen, slawische Worte durch ‚romanische‘ Neuschöpfungen ersetzt und die Grammatik romanisiert. Das ist jedoch keine osteuropäische Besonderheit; bei den deutschen ‚Erweckungen‘ nach dem Dreißigjährigen Krieg und nach den Napoleonischen Kriegen waren ja auch die ‚welschen‘ Worte eliminiert worden. Analog hatte Atatürk der Türkischen Republik 1928 nicht nur die lateinische Schrift verordnet, sondern zugleich Tausende Wörter arabischer und persischer Herkunft durch neue Kunstbildungen ersetzen lassen. So war Sprachen- und Kulturpolitik in all diesen Entwicklungen Moment nationaler Erweckung, zugleich Voraussetzung und Folge der Politik nationaler Unabhängigkeit. Der ‚Erwecker‘ ist, neben solch großen Reformpolitikern wie Kemal Atatürk, zunächst eher der Dorfschullehrer oder der Pfarrer, der Lieder, Märchen und Sagen sammelt und die ersten systematisierenden Sprachbeobachtungen aufschreibt. Mit diesem Material ausgestattet agieren dann die politischen Repräsentanten der Idee der nationalen Unabhängigkeit.

en, als eigenen angenommenen Staat. Die im Hintergrund stehenden Vorurteile sind tatsächlich in der Regel wechselseitig. Wenn wir den historischen Kontext der K.u.K.-Monarchie verlassen und etwa auf die zerfallende Sowjetunion oder die auseinanderlaufende südslawische Föderation Ende der 1980er Jahre schauen, so zeigt sich, daß die Russen angesichts der neuen nationalen Bezogenheit der Letten, Litauer und Esten sowie der Georgier und Armenier plötzlich feststellten, daß sie die einzigen waren, die nicht wirklich eine eigentliche Staatlichkeit hatten. Die anderen hatten ihre eigene Republik, nur die Russen waren auf die Sowjetunion verwiesen, die jedoch eigentlich allen gehörte. So empfanden die Russen die Entsendung ihrer Ingenieure und Facharbeiter nach Mittelasien oder das Baltikum nachträglich eher als eine Art Entwicklungshilfe; dieses Personal hätten die weniger entwickelten Regionen Rußlands auch gut gebrauchen können. Dagegen sahen die Letten oder die Kirgisen in den bei ihnen angesiedelten Russen plötzlich die Vertreter einer Besatzungsmacht, die man lieber heute als morgen zurückschicken sollte. Das kommunistische Herrschaftssystem<sup>81</sup> hatte diese Differenzierung bewußt aufrechterhalten, schon aus Gründen der Machtsicherung. Ob jedoch die kommunistische Herrschaft tatsächlich eine Russifizierungspolitik angestrebt hatte, oder nicht vielmehr, analog zu Joseph II., lediglich eine lingua franca für das Riesenreich im Sinn hatte, müssen weitere historische Forschungen zeigen. Auch für das Jugoslawien Titos gilt, daß er, schon als gebürtiger Kroat, nicht serbische Vorherrschaft anstrebte, sondern die Befestigung der Föderation. In diesem Sinne war auch die Umverteilung von Nationaleinkommen, das in Kroatien oder Slowenien produziert wurde, in den Kosovo nicht Moment serbischer Vorherrschaft, sondern von Föderationspolitik. – Aus heutiger Sicht ist es wohl eine Frage des politischen Systems, der fehlenden Demokratie: wenn die Betroffenen nicht tatsächlich mitentscheiden können, betrachten Geber wie Nehmer den Umverteilungsvorgang nicht als den ihren und tendenziell ablehnend. – Erst Milosevic ging den Weg der nationalistischen Gewalt; nachdem ihm klar war, daß die anderen Völker aus dem Bundesstaat hinausstreben, sollte das übrigbleibende Großserbien so groß wie möglich sein. Die Schaffung der Tschechoslowakei nach 1918 war von ihren Gründern als historische Errungenschaft geprie-

---

<sup>80</sup> Ernest Gellner, a.a.O. (FN 50), S. 146f.

<sup>81</sup> „Kommunistisch“ wird hier ausdrücklich nicht pejorativ verstanden; ich folge der theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie Peter Ruben vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte entwickelt hat. Danach ist *Kommunismus* die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf dem Prinzip der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens bzw. Eigentums beruht, *Sozialismus* dagegen – in Anlehnung an Lorenz Stein – eine *Gesellschaftsordnung*, die „systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit“. (Vgl. Peter Ruben: *Die kommunistische Antwort...*, a.a.O. (FN 28), S. 5ff; Ders.: *Zehn Jahre danach – Bemerkungen zum Thema*, in: Hans Misselwitz, Katrin Werlich (Hrsg.): 1989: *Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende*, Berlin 2000, S. 39-57.)

sen worden. Als 1992 beide Seiten auseinandergingen, hatte jede Seite den Eindruck, das für sich Beste getan zu haben.

Vielleicht war es bei der K.u.K.-Monarchie ebenso, wie mit den kommunistischen Föderationen: nicht die Nation war der Fluchtpunkt, sondern die Aufrechterhaltung des Herrschaftssystems. Und zu den Kuriosa in diesem Zusammenhang gehört, daß die Personalunion der Habsburger, zunächst als Kaiser des Reiches, dann als Vorsteher des Deutschen Bundes einerseits und als Herrscher des Gesamtgefüges der Donau-Monarchie andererseits (Ungarn, Siebenbürgen, Galizien usw.) ihre Machtposition wechselseitig begründete. Jahrhundertlang hatten die Habsburger bei all ihrem Tun und Lassen im Osten immer das große Deutschland im Rücken; erst nach der Erzwingung der „kleindeutschen Lösung“ mit Königgrätz 1866, als die Deutsch-Österreicher aus der Nationaleinigung der Deutschen ausgeschlossen waren, wurden sie auch zur offensichtlichen Minderheit innerhalb der Habsburger Monarchie, was ihren Abstieg einerseits und den Aufstieg der nationalen Fragen der anderen Völker andererseits beschleunigte. Verallgemeinernd könnte man sagen: Wenn die Macht des alten, größeren Staatswesens schwindet, steigen die Chancen für den neuen, meist kleineren. Am deutlichsten kam dies in der „polnischen Frage“ zum Ausdruck. Die drei Teilungsmächte – Rußland, Preußen und Österreich – hatten Ende des 18. Jhds. das Land unter sich aufgeteilt, weil sie alle drei zusammen ungleich stärker waren als Polen, und meinten – im Sinne des oben, bei Haffner zitierten Zeitgeistes –, dies ungehindert tun zu können. So bedurfte die Wiedergeburt des polnischen Staates der deutlichen Schwächung der Teilungsmächte, und zwar aller drei. Das hatten diese im Gefolge des ersten Weltkrieges selbständig und freiwillig vollbracht. Die erfolgreiche Wiederbegründung des polnischen Staates war die Konsequenz.

Jenes polnische Beispiel läßt die zentrale Bedeutung der Korrelation zwischen Staats- und Nationsentwicklung erneut ins Blickfeld rücken. Ganz in diesem Sinne stellt Gerhard Simon Anfang der 1990er Jahre, noch in zeitlicher Nähe zum Geschehen, unter Bezugnahme auf die westeuropäischen Integrationsprozesse die Frage, ob es nicht denkbar gewesen wäre, „daß die Völker auf dem Territorium der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa koordiniert und im Freiheitswillen geeint die Diktatur überwinden und eine demokratische, liberale Ordnung errichten?“ Diese Frage verneint er und unterstreicht: „Die Ideale von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein sind nicht stark genug, um die Völker zu mobilisieren“. Dazu hätte es vor allem der Nation bedurft. „Nur mit Hilfe der nationalen Idee konnte der Widerstand gegen die sowjetische Diktatur mobilisiert werden, und nur die nationale Idee bot eine ordnungspoli-

tische Alternative für die Zukunft: den Nationalstaat. Während dies für Ungarn oder Polen lediglich die Wiedergewinnung der vollen Selbständigkeit im Inneren und nach außen bedeutete, sprengten die Nationalbewegungen auf dem Territorium der Sowjetunion den Staat und traten an seine Stelle.<sup>82</sup> Dies stimmt nicht einmal in der Tatsachenbeschreibung, geschweige in der Bewertung, jedenfalls nicht in dieser Generalisierung. Gewiß, es gab auch relevante Nationalbewegungen, in den baltischen Republiken und in Georgien beispielsweise. Gleichzeitig sind Republiken wie Weißrußland oder, wenn wir aus dem unmittelbar sowjetischen Bereich hinausgehen, die Slowakei jetzt Staatswesen, die es zuvor nie gegeben hatte (im Falle der Slowakei abgesehen von Hitlers ‚Neuordnung Europas‘). Es kommt zu dem stattgefundenen Zerfall der Sowjetunion gegen den – bekanntermaßen bestanden habenden – Willen der Mehrheit der Bevölkerung, mit Ausnahme wohl der baltischen Republiken, im Gefolge des Machtkampfes zwischen Jelzin und Gorbatschow; nur wenn er die Union beseitigte, konnte Jelzin die gesamte russische Macht in die Hände nehmen. Beim Zerfall der Tschechoslowakei war die Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls für den Erhalt der Föderation, aber nach den Parlamentswahlen von 1992 waren die politisch konsolidierten Mehrheiten in den Landesteilen, unter Klaus in Tschechien und Meciar in der Slowakei, nicht kompatibel.

Auch hier erwies sich wieder: aus welchen latenten Nationalismen tatsächliche wurden, ergab sich nicht aus den Nationalismen an sich, sondern aus der historischen Gesamtkonstellation. Zugleich zeigte sich hier dreierlei: (1) Für das aktuelle Sein der Staaten, die auf den Trümmern des kommunistischen Herrschaftssystems entstanden, ist es gleichgültig, ob es sich tatsächlich um „historische Nationen“ handelt, wie Polen und Ungarn, die vor langer Zeit bereits eigene Staatlichkeiten hatten, oder um völlig neue, deren „Erwecker“ jetzt mit großem Krampf dabei sind, neue Mythen zu drechseln. (2) Die vorherigen Staatengefüge zerfielen nicht entlang klar ausmeßbarer ethnischer, kultureller oder sprachlicher Grenzen, sondern entlang der Verwaltungsgrenzen, die das alte System fixiert hatte,<sup>83</sup> und zwar mit dem von ihm festgelegten Status: Es waren die Unionsrepubliken der Sowjetunion und die Föderativen Jugoslawischen Republiken, die die volle Souveränität für sich in Anspruch nahmen, während sie den niedereren Staatlichkeiten, die einen Autonomiestatus innerhalb der Republiken g-

---

<sup>82</sup> Gerhard Simon: Von der Einparteiendiktatur zum Nationalstaat, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas, München, Wien 1993, S. 19.

<sup>83</sup> Das ist übrigens keine Besonderheit des Zerfalls des „sowjetischen Imperiums“. Auch das weströmische Reich zerfiel in ähnlicher Weise. Unter solch vergleichender Perspektive gilt dann als nicht überraschend, „daß Reiche an ihren administrativen Nähten auseinanderreißen. Mit dem Kollaps imperialer Kontrolle fällt die Macht jener administrativen Ebene zu, auf der effektives praktisches Regieren allein noch möglich ist.“ (Pal H. Bakka: Auf den Spuren untergegangener Reiche: Imperiale Zusammenbrüche als Quelle politischen Wandels in Europa, in: WeltTrends, Berlin, Heft 6/März 1995, S. 14.)

habt hatten, verwehrt wurde; weder die Tataren oder Tschetschenen in Rußland, noch die Abchassen in Georgien, noch die Kosovaren in Serbien sollten aus der Sicht der neuen Herren unabhängig sein. Hätte man tatsächlich abgerundete nationale Staatlichkeiten auf der Grundlage ethnischer und kultureller Kriterien schaffen wollen, wären beispielsweise sowohl eine Angliederung Moldawiens an Rumänien als auch ein Zusammenschluß aller albanisch bewohnten Territorien naheliegend gewesen. Daß es nicht dazu kam, und die militanten albanischen Nationalisten nunmehr auch im Westen „Terroristen“ geheißen werden, obwohl sie gegen die Republik Mazedonien jetzt nicht anderes zu tun bestrebt sind, als sie zuvor gegen Serbien taten, da es noch von Milosevic regiert wurde, ist Zeichen dafür, daß die staatlichen Grenzen der nationalen Entwicklung vorgängig sind. Schließlich sind (3) beim Zerfall der multinationalen Staaten Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei nach dem Kommunismus die gleichen Paradoxien aufgetreten, wie nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie im Gefolge des ersten Weltkrieges: Unter der Flagge der ‚Lösung der nationalen Frage‘ und der selbständigen Nationalstaatlichkeit sind die neuen, kleineren Staaten gegründet worden; jeder von ihnen reproduziert jedoch in seinem Inneren wiederum die nationale Problematik in Gestalt der unterschiedlichen nationalen Minderheiten, die ihrerseits jeweils um ihren Status zu kämpfen haben, die Frage nach angemessener politischer Beteiligung, nach Amtssprache und Gebrauch der eigenen Sprache stellen und auf die Nachbarländer sehen, die oft gerade der Nationalstaat der eigenen Ethnie sind, etwa die Ungarn in der Slowakei, in Siebenbürgen (Rumänien) und der Vojvodina (Serbien). So hatte auch die politische Vertretung des Elsaß, das zwischen 1870 und 1944/45 viermal ‚den Besitzer‘ wechselte, abwechselnd die Ablehnung der deutschen wie der französischen Nationalisten gefunden.<sup>84</sup>

All dies ist jedoch nur dann ein Problem, wenn man davon ausgeht, daß ethnische Herkunft und Sprache die ursprünglichen Kriterien des Einschlusses und des Ausschlusses sind. Es gehört zu den tragischen Momenten der Ergebnisse der sozialistischen Bewegungen, daß sie dieses ethnische Denken konserviert haben. (Das kommunistische Herrschaftssystem hat die nationalen Fragen nicht geschaffen oder bewirkt, wie aus rein ideologischen Gründen heute immer wieder gern behauptet wird, aber es hat sie eben auch nicht lösen können.) Allein schon der Hinweis auf die Schweiz, die vier Amtssprachen hat: Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch – obwohl letztere Sprache nur etwa ein Prozent der Bevölkerung spricht –, und auf die USA, die angesichts ihrer Konstituierung durch Einwanderung auch bei

---

<sup>84</sup> Vgl. etwa die Biographie von Chanoine Eugène Muller (Professor Müller, 1861-1948), der vor dem ersten Weltkrieg für die Zentrumsparterie im Landtag in Straßburg saß und in der Zwischenkriegszeit einer der führenden Köpfe der Elsässischen Volkspartei war: Joseph Zemb: Zeuge seiner Zeit, Colmar 1960.

größter Bemühung nicht ethnisch zu definieren sind, macht deutlich, daß Sprache und Ethnos nicht die alleinigen Kriterien der Nationskonstituierung sein können. Der Soziologe M. Rainer Lepsius unterscheidet in diesem Sinne vor allem zwei Typen von Nationen:

Die *Volksnation* „konstituiert sich über ethnische Abstammung einer Kollektivität von Menschen. Dazu müssen die Eigenschaften des Volkes bestimmt werden, damit das Volk von anderen ethnischen Gebilden unterschieden werden kann und die Volksangehörigen untereinander in eine Beziehung der Gleichheit treten können.“ Dazu werden in der Regel kulturelle Eigenschaften, Sprache, Religion oder „noch undeutlichere Kriterien wie die einer historischen Schicksalsgemeinschaft“ hinzugezogen. Die „ethnische Homogenität einer ‚Nation‘ ist daher nichts ‚Naturwüchsiges‘, sondern weitgehend das Produkt einer kulturell behaupteten Identität und einer politisch durchgesetzten Gleichheit“. Die so hergeleiteten Eigenschaften, durch die ein Volk zur Nation wird, „betreffen ein Kollektiv. Das ‚Volk‘ wird als eine vorpolitische Wesenheit gedacht, der einzelne über seine zugeschriebene Merkmalsgleichheit dieser Kollektivität subsumiert.“ Hier entsteht demzufolge die Nation „nicht als politisch verfaßter Solidaritätsverband von Staatsbürgern, sondern erscheint als eine dem Individuum gegenüber höherrangige vorpolitische Wesenheit“, mit der Folge, daß die Volksnation „verfassungsindifferent“ ist. „Ihrer Begründung nach ergibt sich keine Notwendigkeit, die politische Binnenordnung über gleiche Bürgerrechte und demokratische Teilhaberechte zu legitimieren.“<sup>85</sup>

Lepsius stellt hier gleichsam idealtypisch eine Denkfigur vor, die in den politischen, staatsrechtlichen und anderen Debatten des 19. und 20. Jhds. in Deutschland und anderswo eine zentrale Rolle gespielt hat, bis hin zu der mörderischen Konstruktion des Nationalsozialismus von der „Volksgemeinschaft“. Bei näherem Hinsehen sind „Volk“ oder Ethnos das Resultat von Zuschreibung, der Selbstzuschreibung und stärker noch der Fremdzuschreibung und einer entsprechenden Abgrenzung vom Fremden im Innern. Das hat wenig mit einer angeblich naturwüchsigen Abstammung zu tun. Es sind kulturelle – selbstverständlich nicht voraussetzungslose – Konstrukte, weshalb nicht nur Nationen auch heute noch entstehen können, denken wir nur an die Nationsbildungsprozesse nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens, sondern auch Ethnien, was derzeit an der Ethnisierung der Ostdeutschen in Deutschland zu besichtigen ist.

---

<sup>85</sup> M. Rainer Lepsius: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 235-237.

Am anderen Pol steht die *Staatsbürgernation*. Sie „konstituiert sich über die individuellen staatsbürgerlichen Gleichheitsrechte und die Verfahren der demokratischen Legitimation der Herrschaft durch die Staatsbürger. Die Außenabgrenzung ergibt sich durch den räumlichen Geltungsbereich der Verfassungsordnung, und zwar unabhängig davon, ob außerhalb der Staatsgrenzen Personengruppen leben, die ethnisch oder kulturell oder historisch eine Merkmalsgleichheit mit dem demokratisch verfaßten Staatsvolk haben.“ Hier ergeben sich erhebliche Folgen für die Binnenordnung: Die Staatsbürgernation ist nicht verfassungsneutral. „Die Gewährleistung der individuellen Bürgerrechte und die verfassungsmäßig kontrollierte Legitimationsgabe für das Herrschaftssystem sind unverzichtbar, da diese ja gerade die Kriterien sind, über die sich die ‚Staatsbürgernation‘ konstituiert.“<sup>86</sup> So ist die Frage nach der Nation nicht weiter zu diskutieren, ohne die Demokratiefrage zu stellen.

---

<sup>86</sup> Ebenda, S. 242f.





## II. Die Nation in Deutschland und die Linken

### 1. Das Scheitern einer demokratischen Nationsbildung und imperialistischer Krieg

Paris war schon unter dem Frankenkönig Chlodwig 486 Zentrum seines Reiches, seit den Kapetingern im 10. Jhd. dann dauerhaft Hauptstadt des französischen Königreichs. London war ständige Hauptstadt Englands seit dem 11. Jahrhundert. In Deutschland dagegen wanderte die Zentrale zu dieser Zeit noch immer von Pfalz zu Pfalz, Stauferkaiser Friedrich II. residierte in Palermo, Krönungen fanden in Rom, Aachen und später in Frankfurt (am Main) statt, kaiserliche Hauptstadt waren dann abwechselnd Wien und Prag. Während die Konstituierung der Nation in Frankreich und England einigermaßen eindeutige äußere Grenzen sowie ein Zentrum vorfand, hatten die Deutschen beides nicht. Volk und Nation konnten keine Einheit bilden, so daß die Entwicklung einer Staatsnation – wie in Frankreich – verunmöglicht war; die „Reichsnation“ war der Reichsadel, der innerhalb der Reichsgrenzen seine eigene territoriale Staatsbildung betrieb. Der oben beschriebene Mechanismus des Zerfalls von Imperien bewirkte, daß der Machtzerfall des Reiches auf der einen und die Stärkung der Territorialherrschaften auf der anderen Seite sich gegenseitig bedingten; am Ende zerstörte der preußisch-österreichische Dualismus das Reich. Dabei war die alte römisch-christliche Reichsidee, als Verbindung von Reich und mit sakralem Glanz umgebener Kaiserwürde, als Sinnbild des christlichen Abendlandes bereits am Ausgang des Mittelalters verblaßt, realpolitisch nach dem Verlust der italienischen Besitzungen und der Aneignung Burgunds durch die französische Krone ohnehin auf die deutschen Besitzungen zurückgestutzt.

Dennoch bezog sich das Denken über die Nation in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder auf jenes alte Reich. „Fragt man nach der höhern Obrigkeit, die alles lenkt“, schrieb Goethe in seinem Alterswerk *Wilhelm Meisters Wanderjahre*, „so findet man sie niemals an Einem Orte; sie zieht beständig umher, um Gleichheit in den Hauptsachen zu erhalten und in läßlichen Dingen einem jeden seinen Willen zu gestatten. Ist dies doch schon einmal im Lauf der Geschichte dagewesen: die deutschen Kaiser zogen umher, und diese Einrichtung ist dem Sinne freier Staaten am allergemähesten. Wir fürchten uns vor einer Hauptstadt...“<sup>1</sup> Ist der Bezug auf Frankreich hier nur indirekt und verhalten, so hatte Herder fast dreißig Jahre früher ganz direkt geschrieben: „Wenn Sprache das Organ unserer Seelenkräfte, das Mittel unsrer innersten Bildung und Erziehung ist, so können wir nicht anders als in der

---

<sup>1</sup> Goethes Werke, Zehnter Band, Stuttgart 1882, S. 373.

Sprache unsres Volks und Landes gut erzogen werden; eine sogenannte französische Erziehung (wie man sie auch wirklich nannte) in Deutschland muß deutsche Gemüter notwendig mißbilden und irreführen.“<sup>2</sup> Selbst der alte Spötter Heine, der am Ende zu dem Fazit kommt: „So brauchen wir gar keinen Kaiser“, weil wir ja eigentlich auch Republikaner sein wollen, beschreibt in *Deutschland – Ein Wintermärchen* sein Unbehagen an den deutschen Zuständen unter Bezug auf den Kaiser Rotbart im Kyffhäuser.<sup>3</sup> Im Prozeß seines Werdens zur Nation ist Deutschland kein ‚normaler‘ Territorialstaat, immer nur teilidentisch mit sich selbst, das es wurde, und zugleich mit einem ganz anderen, das es eigentlich und wahrhaftig sein sollte oder wollte. „Es muß in der deutschen Geschichte eine partielle Diaspora geben zwischen dem Resultat der Geschichte, diesem Deutschland, und demjenigen, für das immer gearbeitet wurde, ohne daß es Resultat wurde, das andere Deutschland. Zwischen beiden besteht schärfster Antagonismus, der beide unreal macht.“<sup>4</sup>

So ist die Nationalstaatsbildung in Deutschland durch drei Faktoren geprägt: realpolitisch haben die Napoleonischen Kriege den Deutschen eingebleut, daß sie eine eigene Nation werden müssen, um nicht dauerhaft der gefestigt französischen zu unterliegen, was den überwiegenden nationalen Bestrebungen eine antifranzösische Ausrichtung gibt, die bis 1945 anhält; sie weiß sich in ihrer Identitätsbildung nicht selbstsicher in der Geschichte zu verorten, weil ihr historischer Bezug das diffuse alte Reich ist, das alles mögliche war, nur nicht Vorläufer einer Nation; sie hat weder im geographischen Raum, was die Grenzen anbetrifft, noch im sozialen Raum, was ihre gesellschaftlichen und politischen Träger sind, klare Konturen. Besonders tragisch wirkte sich dies im Scheitern des Versuchs der Revolution von 1848/49 aus, über die Paulskirchenverfassung die Nationalstaatsbildung zu betreiben. „17 Monate lang, vom März 1848 bis zum Sommer 1849, schien er zum Greifen nahe, der Traum von einem demokratischen und geeinten Deutschland. Nie zuvor waren die Deutschen so selbstbewußt und ihrer Bürgerrechte so sicher gewesen. Nie zuvor auch hatten sie sich mutiger an die Reform ihres in 39 Staaten zersplitterten Landes gemacht, und nie zuvor wurden die autoritätshörigen Deutschen so verunsichert wie in den Wochen und Monaten dieser Revolution.“ So beschrieb *Der Spiegel* im Februar 1998 die Grundsituation der deutschen Revolution 1848/49, nicht ohne den Hintergedanken, daß hier der eigentliche historische Bezug der demokratischen Verfaßtheit der heutigen Bundesrepublik Deutschland liegt.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Johann Gottfried Herder: Briefe zur Beförderung der Humanität, Bd. 2, Berlin, Weimar 1971, S. 161.

<sup>3</sup> Heines Werke in fünf Bänden, Bd. 2, Berlin, Weimar 1967, S. 131ff., Zitat S. 134.

<sup>4</sup> Oskar Negt, Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt a.M. 1981, S. 392.

<sup>5</sup> „Es lebe die Republik“, in: *Der Spiegel*, Nr. 7 vom 9. 2. 1998, S. 45.

Das Problematische begann, wie in anderen Revolutionen auch, man denke nur an die englische oder französische, mit der Frage nach der Souveränität.<sup>6</sup> Die Paulskirchenversammlung „entstand in den Frühlingstagen der Revolution von 1848, und sie blieb auch deren ureigenstes Kind. Es war ihr bestimmt, zur revolutionären Überwindung des reaktionären Systems der Fürsten- und Adelherrschaft in Deutschland beizutragen, dazu bestanden reale Möglichkeiten. Und es gebrach diesem Parlament, wenigstens anfänglich, auch nicht an der politischen Autorität, ‘den Herren >von Gottes Gnaden< den Daumen aufs Auge zu setzen... und dem deutschen Volke endlich einmal Genugtuung und Recht zu verschaffen’. (Friedrich Engels)<sup>7</sup> Bei wem sollte nun aber die Souveränität liegen? Nach der Staatstheorie fehlt den Gliedstaaten eines Bundesstaates die Souveränität, umgekehrt sind im Staatenbund nur die Gliedstaaten, nicht der Gesamtstaat souverän, und genau dies war 1848 das große Problem, eines der maßgeblichen Hindernisse.

Die Entscheidung der Frage nach der Kompetenz der Nationalversammlung einerseits und der der Fürsten andererseits, nach der ‚Kompetenzkompetenz‘ war eine der entscheidenden Weichenstellungen, die das Schicksal der Revolution bestimmten. Fraktionen im heutigen Sinne gab es nicht. Im Parlament saß eine *konservative Rechte*, die eigentlich das Vorrecht der Fürsteherrschaft verteidigte, neben einer *liberalen Mitte*, die im Grunde die parlamentarische Vertretung des liberalen Bürgertums war. Sie stellte durch ihre Erfolge in den Wahlen die zahlenmäßig stärkste und tonangebende parlamentarische Gruppierung in der Paulskirche und war an der Durchsetzung günstiger Bedingungen für eine Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse interessiert. Eine Revolution mit Waffengewalt und Guillotine lehnte sie allerdings – verängstigt durch die Erfahrungen der Französischen Revolution – strikt ab. Ihre Einstellung zur Volkssouveränität war daher ambivalent.<sup>8</sup> Die gemäßigten Liberalen waren keine demo-

---

<sup>6</sup> „Als Souveränität wird die dem modernen Staat eigentümliche, höchste, nicht abgeleitete, allumfassende, unbeschränkte Hoheitsgewalt bezeichnet. Der Staat hat sie nach außen (völkerrechtlich), welches zum einen die rechtliche Unabhängigkeit bedeutet, d.h. ausschließlich dem eigenen Willen unterworfen zu sein. Zum anderen postuliert die äußere Souveränität auch die formale Gleichheit aller Staaten. Allerdings kann die formale Souveränität der Handlungen, besonders nach außen, durch die außenpolitischen sowie die wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Verflechtungen mit anderen Staaten oder Bündnissen eingeschränkt werden.“ (Arno Mohr, Bernhard Claussen: Grundzüge der Politikwissenschaft, München, Wien 1997, S. 617.) Souveränität des Staates nach innen (staatsrechtlich) dagegen bedeutet, daß er die Verfügungsgewalt über seine inneren Angelegenheiten hat. In bezug auf die innere Souveränität ist Träger der Souveränität grundsätzlich derjenige, der über das Recht verfügt, Kompetenzen zuzuweisen oder zu verändern (Kompetenzkompetenz). In der klassischen Begründung durch Jean Bodin ist dies ein Souverän, der von Gott eingesetzt und sein Beauftragter auf Erden ist, der Fürst, der nur durch Gott beschränkt wird. Mit dem Voranschreiten der Idee der Volksherrschaft, der Demokratie und des Republikanismus wurde daraus die Vorstellung von der Parlaments- bzw. Volkssouveränität.

<sup>7</sup> Gunther Hildebrandt: Die Paulskirche - Parlament in der Revolution 1848/49, Berlin 1986, S. 5.

<sup>8</sup> Wie Furet betonte, lag der Schatten der französischen Revolution von 1789 über dem ganzen 19. Jahrhundert. Nichts fürchtete der Bürger 1848 mehr als neuerliche „Unordnung“. So wird der Bürger „aus Angst zum Traditionalisten“. „Zwar hat er die Menschenrechte aus der Taufe gehoben, doch heute macht ihm die Fre i-

kratischen Republikaner; mehrheitlich traten sie für einen deutschen Bundesstaat mit einer starken Zentralgewalt ein und waren bereit, in der inneren Staatsorganisation die Beibehaltung des Dualismus von fürstlicher Regierungsgewalt und gewählter Volksvertretung als „konstitutioneller Monarchie“ zu akzeptieren.<sup>9</sup> Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt sollte möglichst ohne revolutionäre Störungen auf dem Wege von Reformen und im Einvernehmen mit dem Adel herbeigeführt werden. Sie forderten also, bei Erhaltung der Monarchischen Grundgestalt, die Eingrenzung der Rechte des Herrschers, die Gründung eines deutschen Bundesstaates, die Verankerung bürgerlicher Freiheiten und die Sicherung wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten und somit die Verabschiedung einer bürgerlich- fortschrittlichen Verfassung.<sup>10</sup> Allerdings reflektierten die Meinungen innerhalb der Fraktion den preußisch-österreichischen Dualismus hinsichtlich der Führung des künftigen deutschen Bundesstaates: Die einen waren für Preußen an der Spitze, die anderen für Österreich. Allein die *demokratische Linke* trat für eine demokratische Republik ein und vertrat am entschiedensten den Gedanken der Volkssouveränität. Doch auch ihre Losung hieß: demokratischer Fortschritt mit Mäßigung! Das bedeutete, die Herrschaft des Adels zu beseitigen, aber möglichst ohne die Anwendung revolutionärer Gewalt, die Macht der Könige beenden, aber mit Hilfe von Gesetz und Verfassung.

Als es nun darum ging, dem deutschen Gefüge rasch einen obersten Repräsentanten zu geben, stand der liberalen Mehrheit die erste Probe auf das Gelingen ihrer Kompromißlösung mit Adel und Fürsten bevor. Zunächst wollten sie die Meinung der Monarchen und Minister einholen und ggf. deren Forderungen berücksichtigen. Man müsse, so formulierte die bürgerlich-liberale „Deutsche Zeitung“ diesen Standpunkt, wenn es um die Bestellung eines Reichsoberhauptes gehe, den Fürsten die Mitsprache einräumen, „denn das deutsche Reichsoberhaupt soll nicht allein über ein Volk gesetzt sein, sondern auch über eine Reihe von Königen und Fürsten, die über die Fürstenverfassung also notwendig ein Recht haben müssen mitzusprechen“.<sup>11</sup> Die Fürsten sollten bewogen werden, die von der Paulskirche eingesetzte Reichsgewalt zu respektieren. Heinrich von Gagern (1799-1880) sagte in seiner Eröffnungsrede als

---

heit und noch mehr die Gleichheit angst. Er war der Vater der Demokratie, in der jeder Mensch allen anderen gleichgestellt und durch das soziale Gefüge mit ihnen verbunden ist... Doch die Demokratie hat die Instabilität ihrer Regierungen und die Bedrohung durch die Masse, das heißt die Armen, offenkundig gemacht. Nun verunsichern die Prinzipien von 1789, die dem Bürger einst seinen aufsehenerregenden Eintritt in die Weltgeschichte ermöglichten, diesen mehr denn je. (Francois Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 25f.)

<sup>9</sup> Vgl. Wilhelm Ribhegge: Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 3-4/1998, S. 16.

<sup>10</sup> Gunther Hildebrandt, a.a.O. (FN 7), S. 66.

<sup>11</sup> Zitiert nach: ebenda, S. 83.

Präsident der Nationalversammlung: „Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland; für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation.“ Damit hat er, als eine zentrale Figur des damaligen Liberalismus, die verfassungsgebende Gewalt allein für die Nationalversammlung in Anspruch genommen. Über seine Formulierung: ‚Souveränität der Nation‘ wurde in der einschlägigen Literatur seither diskutiert, was er damit gemeint haben möge. „Man hat Gagern unterstellt er habe bei dieser Äußerung einen versteckten Unterschied zwischen National- und Volkssouveränität gemacht“, mit diesem Ausdruck habe er die „Souveränität der Fürsten“ nicht geleugnet, sondern sie „als einen Bestandteil in die Souveränität der Nation aufgenommen.“<sup>12</sup> Jedenfalls hat er die Souveränität der Nationalversammlung gemeint. Das war Geltungsanspruch gegenüber Adel und Fürsten auf der einen und gegenüber der revolutionären Volksbewegung auf der anderen Seite. In der Frage des Regierungsoberhauptes wurde der Antrag auf ein Direktorium bald abgelehnt, Preußen bzw. die Fürsten bestanden auf einen der ihren als Reichsverweser, im Gegenzug setzte von Gagern durch, daß das Parlament und nicht die deutschen Fürsten den Reichsverweser zu wählen hatten. Dies wurde dann der österreichische Erzherzog Johann (1782-1859), der schon gegen Napoleon gekämpft hatte, als vergleichsweise liberal galt, und der das Amt auch ernst zu nehmen sich anschickte.

Sein Scheitern – und mit ihm das des Paulskirchenprojektes – resultierte aus der Schwierigkeit zu bestimmen, welche Territorien zu einem geeinten Deutschland gehören sollten, und wer als Deutscher zu gelten habe. Die Gründung des deutschen Nationalstaates stand vor dem Problem seiner äußeren Grenzen und geriet dabei in Konflikt mit den Nationalbewegungen seiner Nachbarn. Dies waren zunächst „die Polenfrage“ und die „tschechische Frage“. Die Politik Preußens gegenüber Polen gehörte zu den schwierigsten politischen Komplexen, mit denen sich die Paulskirchenversammlung befassen mußte. Polen, Ende des 18. Jhds. zwischen Preußen, Österreich und Rußland aufgeteilt, genoß noch Anfang der 1830er Jahre große politische Sympathie in Deutschland.<sup>13</sup> Bis 1848 waren alle Versuche des polnischen Volkes, seine Unabhängigkeit wiederzuerlangen, niedergeschlagen worden. Im Frühjahr 1848, im Umfeld der europäischen Revolutionen, erhoben sich nun im Großherzogtum Posen, dem von

---

<sup>12</sup> Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Stuttgart 1988, S. 621.

<sup>13</sup> Nach dem „Novemberaufstand“ 1830/31 in „Kongepolen“, dem russisch beherrschten Teil Polens, und seinem Scheitern flohen zehntausende polnische Patrioten ins Ausland. In den deutschen Kreisen, die für die eigene nationale Einigung und demokratische politische Verhältnisse eintraten, gab es eine beachtliche „Polenbegeisterung“, Hunderte „Polenvereine“ und an die tausend „Polenlieder“ wurden gezählt. (Gerd Koenen: ‚Vormärz‘ und ‚Völkerfrühling‘ – ein deutsch-polnischer Honigmond? in: Ewa Kobylinska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München, Zürich 1993, S. 79ff.)

Preußen besetzten Teil Polens, die polnischen Patrioten gegen die Teilungsmacht. Im Vorparlament zur Frankfurter Nationalversammlung war noch bekräftigt worden: „Die Versammlung erklärt die Teilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken.“<sup>14</sup> Unter den kleinbürgerlich-demokratischen Kreisen, auch den Abgeordneten hatten viele ihre Sympathie gegenüber der polnischen Aufstandsbewegung bekundet. Konservative und z.T. liberale Nationalisten in Deutschland sprachen dagegen in aller Öffentlichkeit gegen die Unabhängigkeit Polens. Die Parteinahme für Polen sei „allein schon deswegen verwerflich, weil sie dazu beitrage, das Ansehen Preußens und seines Königs in den Augen des deutschen Volkes herabzusetzen.“<sup>15</sup> Die Niederwerfung des Posener Aufstandes durch preußische Truppen war der erste größere Erfolg der europäischen Konterrevolution.

Die Frankfurter Nationalversammlung mußte sich mit dieser Situation auseinandersetzen. Billigte sie die nationalrevolutionären Bewegungen in Posen, stellte sie sich gegen Preußen; nahm sie den Standpunkt gegen die polnische Nationalbewegung ein, stellte sie – selbst die Institutionalisierung der Revolution in Deutschland – sich auf die Seite der Konterrevolution. Ein beträchtlicher Teil des (in Bezug auf die deutschen Dinge) liberalen Bürgertums befürchtete zudem, daß bei einem Erfolg der Bewegung in Polen ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen beeinträchtigt würden, und hatte bereits in Reichskategorien zu denken begonnen.<sup>16</sup> In der Polendebatte der Nationalversammlung stellten sich schließlich die meisten Redner der Liberalen und der Rechten auf die Seite Preußens. Hatten die Anträge des von den Liberalen beherrschten völkerrechtlichen Parlamentsausschusses noch den Passus enthalten, den in Westpreußen lebenden Polen eine „ungehinderte volkstümliche Entwicklung“ und „die Gleichberechtigung ihrer Sprache“ zu gewähren, so nahmen die Redner der Konservativen kein ‚Blatt vor den Mund‘ und erklärten, die Polenfrage könne nicht nach Recht und Gesetz entschieden werden, denn „die Pflicht der eigenen Selbsterhaltung“ und „das Gebot der nationalen Ehre“ sprächen dafür, daß Posen in der Hand der Deutschen bleiben müsse.<sup>17</sup> Auf der Linken entgegnete Arnold Ruge (1802-1880), namhafter demokratischer Publizist des Vormärz, daß die deutsche Nation nicht frei werden könne, wenn sie fortfahre, ein Volk wie das polnische zu unterdrücken. „Es würde nichts nützen, wenn wir hier unsere Freiheit allein feststellen, diese Politik wäre unedel, sie wäre reaktionär, und sie wäre unvorteilhaft. Wir müssen

---

<sup>14</sup> Zitiert nach: Gunther Hildebrandt, a.a.O. (FN 7), S.29.

<sup>15</sup> Ebenda, S.116.

<sup>16</sup> Ebenda, S.115.

<sup>17</sup> Ebenda, S.120.

nicht wider, sondern mit den anderen Völkern handeln, und die neuen Verhältnisse in dieser Sache nur durch Verträge mit den anderen Völkern festsetzen.“<sup>18</sup> Ruges Plädoyer hatte die Nationalisten nicht sonderlich beeindruckt, die Nationalversammlung bestätigte das preußische Vorgehen, doch hatte er den wunden Punkt getroffen. Die Deutschen wollten den neuen deutschen Staat konstituieren, beanspruchten demzufolge für ihn Souveränität, und genau diese wollten sie den anderen Nationen nicht gewähren. Friedrich Engels kommentierte dies in der *Neuen Rheinischen Zeitung* mit der Feststellung, die Versammlung habe die polnischen Teilungen sanktioniert und damit deren Schmach „von den Schultern der deutschen Fürsten auf ihre eigenen Schultern gewälzt“.<sup>19</sup>

Ähnlich verhielt es sich bei der „tschechischen Frage“. Nach dem Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung in den tschechischen Ländern, der von den habsburgischen Behörden wohlwollend geduldet wurde, beschäftigte sich die Frankfurter Nationalversammlung in den Sommermonaten 1848 auch mit der Entwicklung in den tschechischen Ländern. Teile des tschechischen und des in Böhmen lebenden deutschen Bürgertums wollten eine begrenzte Selbständigkeit der tschechischen Länder. Nationalistisch und antitschechisch eingestellte Kreise der deutsch-böhmischen Bourgeoisie plädierten dagegen für einen engen Anschluß Böhmens an Deutschland. In der Debatte der Frankfurter Nationalversammlung zur „tschechischen Frage“ wurde betont, daß Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien – mit überwiegend tschechischer Bevölkerung – zu Recht Bestandteil des Deutschen Bundes seien und auch bleiben müßten; die österreichische Regierung erhielt freie Hand in den tschechischen Gebieten. Eine eigenständige nationale Vertretung wurde den Tschechen nicht zugestanden. Es war dies Moment der größeren Frage, was denn nun „Deutschland“ sein sollte. Ein deutschnational-hegemoniales Modell (kleindeutsche Lösung) ging davon aus, daß die Deutschösterreicher in den deutschen Bundesstaat einbezogen werden sollten, und die übrigen von Österreich beherrschten Gebiete diesem als weiterem Bund zugeordnet werden sollten. Auf der anderen Seite standen die Vertreter einer großdeutsch-mitteuropäischen Vorstellung (großdeutsche Lösung), wonach eine enge Verbindung zwischen einem – gegebenenfalls – föderativ aufgegliederten, österreichischen Gesamtstaat mit dem deutschen Bundesstaat angestrebt wurde. Die Nationalversammlung war in ihrer großen Mehrheit davon ausgegangen, daß die Deutschösterreicher dem deutschen Nationalstaat angehören. Eine kleindeutsche Lösung, die Österreich außerhalb des neuen Bundesstaates beließ, wurde von der großen Mehrheit der

---

<sup>18</sup> Zitiert nach: ebenda, S.122.

<sup>19</sup> Die Polendebatte in Frankfurt, in: MEW, Bd. 5, Berlin 1964, S. 319.



Abgeordneten und ebenso von der deutschen Öffentlichkeit abgelehnt. Aber eine befriedigende Lösung, die den österreichischen Interessen Rechnung trug, war nicht zu finden.

Bald war der Habsburgische Reichsverweser wieder von der Bildfläche verschwunden, am Ende gab der österreichische Staatskanzler Schwarzenberg einer zentralistischen Gesamtstaatsverfassung eine Absage und der preußische König schlug die Krone eines kleindeutschen Staatswesens aus der Hand der Paulskirchenversammlung aus. Die letzte Sitzung der Nationalversammlung wurde am Abend des 18. Juni 1849 geschlossen, weitere wurden per Militärbefehl unterbunden. Die Reichsverfassungskampagne, der bewaffnete Kampf für die Durchsetzung der Verfassung, vornehmlich in Süddeutschland, endete mit der Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juli 1849 und der anschließenden Exekution jener Revolutionäre, derer man habhaft werden konnte. „Im Nachhinein ist festzuhalten, daß die Unfähigkeit, die deutsche Frage in befriedigender Weise zu lösen, wesentlich zum Scheitern der Revolution von 1848/49 beigetragen hat, nicht zuletzt wegen der vielfach allzu massiven nationaldeutschen, und zuweilen ausgesprochen imperialistischen Begehrlichkeiten der Akteure, die auf die nationalen Interessen der anderen europäischen Völker nur unzureichend Rücksicht nahmen.“<sup>20</sup>

In den Zwiespältigkeiten des Scheiterns der Revolution von 1848/49 waren wesentliche Konfliktlinien der nachmaligen deutschen Geschichte in gewissem Sinne vorgezeichnet; ihre Niederlage hatte weitreichende Folgen für den Verlauf der Nationsbildung. Vier Punkte sind hier besonders hervorzuheben. **Erstens** hatte diese Niederlage die Botmäßigkeit des deutschen Bürgertums unter Fürstenhäuser und Adel erhärtet und die Ängste vor den Unterschichten bekräftigt. Je stärker der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Arbeiterschaft (oder –klasse) mit dem Voranschreiten der kapitalistischen Wirtschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse prägte, desto mehr lehnte es sich an den vom Adel beherrschten Staat an. Bismarck, seit 1862 preußischer Ministerpräsident, ging bald ein Bündnis mit der bürgerlichen Nationalbewegung ein, um ihren wirtschafts-, zoll- und währungspolitischen Forderungskatalog zu erfüllen, zugleich aber die Realisation des demokratisch-gesellschaftspolitischen Teils zu verhindern. Seinem ‚revolutionären‘ Programm, das er 1866 auf den berühmten Satz brachte: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden“,<sup>21</sup> unterwarf sich das Bürgertum bereitwillig. Nach seiner Verwirklichung 1871 sollte diese

---

<sup>20</sup> Wolfgang Mommsen: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ...“, in: Das Parlament, Bonn, Nr.3-4 vom 16.01.1998, S. 8.

<sup>21</sup> Zitiert nach: Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S.617.

Subordination des Bürgertums unter den junkerlich-preußischen Staat von Dauer sein. Es war nicht der Akteur der Nationsbildung, der es historisch hätte sein sollen. Deutschland war ein Wirtschaftsgebilde, das eine hohe Dynamik möglich gemacht hatte, politisch aber war es nicht an Menschen- und Bürgerrechten oder demokratischen Mitwirkungsrechten orientiert.

Das Deutsche Reich in seinem inneren Zustand war so, wie Sebastian Haffner anmerkte, ein Staat „unter falschem Management. Die wirtschaftlich absinkenden, langsam parasitär werdenden preußischen Junker, die nicht wußten, wie ihnen geschah, hatten plötzlich einen modernen Industriestaat zu führen. Das kapitalistische Bürgertum, seit 1849 an Verantwortungslosigkeit gewöhnt und durch Verantwortungslosigkeit verwöhnt, suchte draußen die Macht, die ihm drinnen verwehrt war, und drängte auf außenpolitische Abenteuer. Und die sozialdemokratischen Arbeiter, objektiv die stärkste Reserve der Nation, die willigen Erben der Verantwortung, auf die das Bürgertum verzichtet hatte, waren ‘Reichsfeinde’.<sup>22</sup> Diese Unterwerfung hielt bis zur militärischen Niederlage Deutschlands, Resultat jener außenpolitischen Abenteuer, im Jahre 1918 an. Es folgten die sozialdemokratische Revolution im November 1918<sup>23</sup> und die Weimarer Reichsverfassung, die recht eigentlich Folge der Revolution war. Ein Dutzend Jahre später fanden sich weder im Bürgertum noch in der Arbeiterschaft genügend Kräfte, die bereit waren, die junge Demokratie zu verteidigen. Das Hitlerregime stellte gleichsam den Status quo ante wieder her, den der Verantwortungslosigkeit für das Bürgertum, verkoppelt mit dem Drang zu außenpolitischen Abenteuern, und es hatte gegenüber dem Bismarck-Reich den zusätzlichen „Vorzug“, daß die eigenständigen Organisationen der Arbeiterschaft, deren Kraft in den Schicksalstagen des Novembers 1918 spürbar war, zerschlagen wurden. Das Resultat war der 8. Mai 1945.

**Zweitens** hatte die Art und Weise der von Bismarck durch Königgrätz 1866 erzwungenen kleindeutschen Lösung der „deutschen Frage“ zur Folge, daß einerseits all jene ausgeschlossen waren, die im Sinne der vorgefundenen ethnisch-kulturellen Verhältnisse bzw. der „Kulturation“ sich eigentlich dazurechneten, 1848 auch dazugerechnet worden waren, jetzt aber ferngehalten wurden, insbesondere die Deutschösterreicher und die Sudetendeutschen im von Habsburg beherrschten Böhmen und Mähren. Nach 1918 sollte sich zeigen, daß die Österreicher (in den Grenzen des Versailler Systems) sich für nicht allein lebensfähig ansahen und den Anschluß an Deutschland anstrebten, der dann von Hitler auf seine Weise 1938 vollzogen

---

<sup>22</sup> Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin 1993, S. 7/8.

<sup>23</sup> Ich folge hier Haffners Argumentation in jenem Buche (FN 22).

wurde, und die Sudetendeutschen sich zu willigen Mitwirkenden an der Zerschlagung der Tschechoslowakei erbaten. Andererseits lebten in jenem Deutschen Reich auch zahlreiche Angehörige anderer Nationalitäten, Polen im Gefolge der polnischen Teilungen, Dänen und Franzosen im Ergebnis der Kriege von 1864 und 1870/71 und der mit diesen erzwungenen Grenzziehungen. Nach der Volkszählung von 1880 hatte das Deutsche Reich 45,23 Mill. Einwohner, unter diesen 3,25 Mill. „Nicht-Deutsche“ (7,18 % der Gesamtbevölkerung), darunter 2,65 Mill. Polen, Litauer und Tschechen (5,86 %), 140.000 Dänen (0,31 %) und 280.000 Franzosen (0,62 %).<sup>24</sup>

Nach 1871 war man in Europa im allgemeinen geneigt, „den deutsch-französischen Krieg als den letzten und entscheidenden Schritt in einem Prozeß anzusehen, durch den, beginnend mit der Französischen Revolution, die europäische Gesellschaft nach den Regeln des Nationalismus neu geformt wurde. Nach 1871 konnte keine der europäischen Großmächte ernsthaft behaupten, ihre nationalen Ambitionen seien unerfüllt. Nationalismus und revolutionäre Demokratie, die die vorhergehende Generation so sehr beunruhigt hatten, schienen sich erschöpft zu haben.“ Dies erwies sich jedoch als schwerer Irrtum. „In Wirklichkeit hatte sich der Geist des Nationalismus, nachdem er den Westen umgeformt hatte, nach Osteuropa verlagert.“<sup>25</sup> Und dort ist er, wie die Entwicklungen seit 1989/1990 zeigen, noch immer mit der ‚Umformung‘ befaßt, worauf noch zurückzukommen ist. Dieses Phänomen wurde allerdings bereits am Ende des 19. Jhds. unterschätzt. Man nahm im Westen an, „die einzigen Nationen, die mitzählten, seien eben die ‚historischen‘ Völker, die aus dem Boden des karolingischen Reiches gewachsen waren, während die Ansprüche der slawischen Völker im Osten nur allzu bereitwillig beiseite geschoben wurden.“<sup>26</sup> Es war ein Herabschauen, von West nach Ost in Europa, von den ‚historischen‘ Völkern auf die anderen, die so als unhistorisch und also minderwertig zu gelten hatten, von den Großmächten auf die kleineren Staaten und Völker. Deutschland, der Parvenü unter den Großmächten, glaubte zugleich, uralt und seit Kaiser Rotbart besonders berechtigt und auserkoren in Europa zu sein – in der Heldenbedichtung nach 1871 spielte die Betonung jener Kontinuität und Erfüllung, das Bild von „Kaiser Weißbart“ (Wilhelm I.) neben Kaiser Rotbart (dem Sagenumwobenen vom Kyffhäuser) eine spezifische Rolle.<sup>27</sup> Der Historiker sagt, Deutschland sei nach dem Abgang von Bismarck 1890 „ruhelos, ehrgeizig

---

<sup>24</sup> Vgl. Meyers Konversations-Lexikon, Bd. 4, Leipzig 1888, S. 814.

<sup>25</sup> Geoffrey Barraclough: Das europäische Gleichgewicht und der neue Imperialismus, in: Golo Mann (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte, Bd. 8, Berlin, Frankfurt a.M. 1991, S. 731.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Auch Theodor Fontane bereimte, mit Datum vom 16. Juni 1871, „Kaiser Blanchebart“. Siehe: Hermann Schillmann (Hrsg.): Geschichte des neuen Deutschen Reiches in Gedichten, Berlin 1894, S. 296f.

und unvorsichtig“ geworden, „sich seiner Macht bewußt und begierig, seine Möglichkeiten auszunutzen“. Es war die stärkste Macht in Europa geworden und träumte unter Wilhelm II. „den Traum von der Weltpolitik“. <sup>28</sup> Dessen Konsequenz war der erste Weltkrieg.

Der Nationalstaat der Deutschen, wie er 1871 entstanden war, wurde weithin als unvollendet angesehen. Zugleich entsprang die neue, aggressive Bewegung am Ende des 19. Jhds. sowohl der Stärke, der wirtschaftlichen<sup>29</sup> und militärischen Dynamik des Landes und der raschen Bevölkerungsentwicklung,<sup>30</sup> als auch jenem Gefühl der Minderwertigkeit. Die Maßlosigkeit, die Kaiser Wilhelm II. verkörperte, war die Maßlosigkeit des Anspruchs. Deutschland trat in das Zeitalter des Imperialismus als nationale Macht ein, artikulierte aber ein Herrschaftsprogramm, das eher dem des mittelalterlichen Reiches ähnelte, also mit der wirklichen Nation nur insofern zu tun hatte, als daß sie gleichsam an der Spitze einer kontinentaleuropäischen Herrschaftspyramide stehen sollte. Waren bereits die diesbezüglichen Kriegsziele für den ersten Weltkrieg wirr und unreal,<sup>31</sup> so konnten die für den zweiten Weltkrieg, aufgeladen von der mörderischen Rassenideologie des Nationalsozialismus, überhaupt nur um den Preis immer größerer Verbrechen, schließlich der Vernichtungspolitik – nicht nur mit dem Ziel der Vernichtung der europäischen Juden, sondern insbesondere auch gegen die slawischen Völker – ins Auge gefaßt werden. Die Unklarheit der Verortung im Raum wurde zur Grenzenlosigkeit der Eroberung, die Nichtachtung der kleineren und vor allem der slawischen Völker Osteuropas zum erklärten Willen, sie auszurotten. Der amerikanische Historiker und Publizist Henry Adams schrieb im Jahre 1897: „Nach meiner Meinung liegt das Zentrum der Neuordnung, wenn eine Neuordnung kommen soll, in Deutschland, nicht in Rußland oder bei uns. Im Zeitraum der letzten Generation, seit 1865, ist Deutschland das große Störelement in der Welt gewesen, und ehe nicht seine expansive Kraft erschöpft sein wird, sehe ich die Möglichkeit weder eines politischen noch wirtschaftlichen Gleichgewichts.“<sup>32</sup> Am Ende des zweiten Weltkrieges war diese Kraft erschöpft. Sucht man nach den tieferen Ursachen für die deutsche

---

<sup>28</sup> Geoffrey Barraclough, a.a.O. (FN 25), S. 736.

<sup>29</sup> Im langfristigen Vergleich (1913=100) lag die Gesamtproduktion Deutschlands 1870 bei 29,9, 1896 schon bei 59,0, die Leistung von Industrie und Handwerk 1870 bei 18,8 und 1896 bei 49,9. (Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1991, S. 271.)

<sup>30</sup> Die Bevölkerung des Reiches steigt bis 1914 auf 67,8 Mill., d.h. gegenüber 1871 um 28 Mill. Das war eine Steigerung um insgesamt 70 %; das mittlere jährliche Bevölkerungswachstum lag um 1%. So waren die Deutschen um die Jahrhundertwende auch das im Durchschnitt jüngste Volk auf dem europäischen Kontinent. (Vgl. Ebenda, S. 9; Michael Stürmer: Berlin als Hauptstadt des Reiches, Industriemetropole und Finanzplatz, in: Berlin und seine Wirtschaft, Berlin, New York 1987, S. 85.)

<sup>31</sup> Vgl. Weltherrschaft im Visier, Berlin 1975, S. 78ff.

<sup>32</sup> Zitiert nach: Geoffrey Barraclough, a.a.O. (FN 25), S. 737.

Schuld, die in den Verbrechen der beiden Weltkriege liegt, so muß man unweigerlich auf die Unfähigkeit treffen, im 19. Jhd. auf demokratische Weise die Nation konstituiert zu haben.

Die fehlende Identität des Bürgers als Staatsbürger, statt des Untertanen, und die mangelnde demokratische Verfaßtheit einerseits sowie die innere Ungewißheit, wo denn die Grenzen Deutschlands liegen, andererseits, führten **drittens** zu einem ethnischen Verständnis der Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Das ethnische Argument war bereits im 19. Jhd. Moment der offiziellen Politik. Demgegenüber verwies schon Friedrich Engels, in der Polemik gegen die preußische Volkstumspolitik in Posen 1848/49, darauf, daß es historisch falsch ist, die Bevölkerungszahlen nach ethnischen Gesichtspunkten zusammenzustellen. So sei es ein wesentlicher Unterschied, ob es sich um preußische Beamte handelt, die im Gefolge der Teilungen Polens dort hinkamen, oder aber um ehemalige Untertanen des polnischen Königs, die seit 200 Jahren in dieser Gegend leben. Die Deutschen seien seit dem Mittelalter in die verschiedensten Richtungen ausgewandert. Es wurde gleichsam zu ihrem „Beruf, die Pfahlbürger der Weltgeschichte zu werden“, was sie namentlich dadurch bewiesen, „daß sie bis auf den heutigen Tag den Kern der Kleinbürgerschaft von ganz Ost- und Nordeuropa, ja von Amerika bilden. In Petersburg, Moskau, Warschau und Krakau, in Stockholm und Kopenhagen, in Pest, Odessa und Jassy, in New York und Philadelphia sind die Handwerker, Krämer und kleinen Zwischenhändler zum großen, oft zum größten Teil Deutsche oder von deutscher Abkunft. In allen diesen Städten gibt es Stadtviertel, wo ausschließlich deutsch gesprochen wird... Die Sachlage ist gerade in Polen am klarsten. Die deutschen Spießbürger, die dort seit Jahrhunderten ansässig sind, haben sich von jeher ebensowenig zu Deutschland gerechnet wie die Deutschen in Nordamerika... Sie sind, soweit es in den dezentralisierten Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts möglich war, Polen geworden, deutsch redende Polen, sie hatten längst vollkommen verzichtet auf allen Zusammenhang mit dem Mutterlande.“<sup>33</sup> Nach neueren Schätzungen sind seit 1600 über sieben Millionen Deutsche nach Nordamerika, in das Gebiet der heutigen USA, ausgewandert; insgesamt etwa 60 Mill. US-Amerikaner gelten als deutschstämmig.<sup>34</sup> Kein vernünftiger Mensch kommt heute auf die Idee, diese seien einem – wie auch immer gearteten – ‚deutschen Projekt‘, um einen modernen Terminus zu benutzen, zuzuordnen. Die Deutschstämmigen in den USA sind Teil der amerikanischen Nation. Dies gilt dann auch für die Deutschstämmigen im Osten Europas.

---

<sup>33</sup> Die Polendebatte in Frankfurt, a.a.O. (FN 19), S. 320f.

<sup>34</sup> Vgl. Rede des amerikanischen Geschäftsträgers, James D. Bindenagel, über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in einer neuen Welt, in Stuttgart am 17. November 1996, in: Internationale Politik, Bonn, Nr. 2/1997, S. 107.

Hier aber hat Hitler versucht, die deutschen Minderheiten aus Rumänien, Ungarn usw. zum Spielball seiner Volkstumspolitik im Gefolge des betriebenen Eroberungskrieges zu machen. Die in rassistischem Sinne ethnisch definierten Deutschen wurden bereits in den ersten Kriegsjahren massenhaft umgesiedelt; die Vertreibungen begannen nicht mit dem Vormarsch der Sowjetarmee auf deutsches Territorium in der Schlußphase des Krieges, sondern beispielsweise mit der Umsiedlung von Rumäniendeutschen in das besetzte polnische Gebiet. Dieses ethnische Verständnis der Volkszugehörigkeit wurde erleichtert durch das überkommene, von den Nazis vorgefundene Verwaltungsdenken, wie es etwa im deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 zum Ausdruck kam. Diese Staatsangehörigkeit wurde durch Geburt erworben, wenn die Eltern bzw. ein Elternteil Deutsche sind, bei nicht-ehelichen Kindern, wenn die Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit hat; durch Annahme an Kindes statt durch einen Deutschen oder durch Einbürgerung, über die die Behörden zu entscheiden haben. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt in diesem Sinne fest (Art. 116 GG), daß Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, „wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“. Der gewollte Unterschied zwischen den Deutschen, die diese Staatsangehörigkeit schon haben, und den ‚Volkszugehörigen‘, die sie rasch erwerben können, ist hier konstitutiv. Er bot der Bundesrepublik in der Zeit des Kalten Krieges die Möglichkeit, jeden DDR-Bürger einzubürgern, wie auch die massenhafte Einbürgerung der Rumäniendeutschen seit den 1970er Jahren oder der Rußlanddeutschen seit den 1980er Jahren zu vollziehen, auch wenn deren Vorfahren im 14. oder 18. Jhd. dort hingewandert waren und mit dem ‚Mutterland‘ Jahrhunderte lang nichts zu tun hatten. Es handelt sich hier um ein vorpolitisches, vornationales „Volkszugehörigkeits“-Verständnis, das noch heute praktiziert wird, etwa in Gestalt der Zuwanderung jener ‚Spätaussiedler‘.

**Viertens** schließlich zog die Niederlage der Revolution von 1848/49 auch ein gestörtes Verhältnis der sozialistischen Arbeiterbewegung zu dieser deutschen Nation nach sich. Nach den Vorstellungen von Marx und Engels sollte der große deutsche Nationalstaat – im Sinne jener Revolution, mit republikanischer Verfassung und demokratischen Rechten – der Boden sein, auf dem der Kampf um die anvisierte soziale Frage auszutragen war. Der Internationalismus der Arbeiterbewegung wurde vorgestellt als gleichberechtigter Verkehr zwischen national organisierten Arbeiterparteien. Insofern war eine starke Arbeiterpartei in einem großen Deutschland, das gleichrangig neben anderen europäischen Nationen steht, der beste Beitrag

der deutschen Arbeiter zur internationalen Sache des Sozialismus. Die Gründung des kleindeutschen Staates, die zudem durch ‚Blut und Eisen‘ und nicht von unten, darunter die Arbeiterschaft, erfolgte, wies der Arbeiterbewegung einen Platz in der Ecke der ‚vaterlandslosen Gesellen‘, der ‚Reichsfeinde‘ zu. Diese antwortete, indem sie Preußen eine deutsche Sendung grundsätzlich absprach; Franz Mehring bezeichnete den altpreußischen Staat als eine „russische Satrapie“, emporgekommen in dem „jahrhundertlangen Verwesungsprozesse des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, „selbst ein Produkt der Verwesung, deren Spuren er an Haupt und Gliedern trug“.<sup>35</sup> Das war natürlich etwas anderes, als die offiziellen Selbstbelobigungen des preußisch-kaiserlichen Staatswesens. Zugleich vergaß die Arbeiterbewegung der Bourgeoisie ihr Versagen 1848/49 nicht, sah in dieser jedoch die historisch zum Untergang verurteilte Klasse, die mit „Nationalitätenhaß und Chauvinismus“ auf einen Krieg zusteuern mußte, wie August Bebel schrieb, der notwendig „der letzte Krieg“ sein mußte: „Der politisch-militärische Zustand Europas hat eine Entwicklung genommen, die leicht mit einer großen Katastrophe endigen kann, welche die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt.“<sup>36</sup> Da so alles transitorischer Zwischenzustand sein mußte, war es nicht erforderlich, sich auf die real existierende Gesellschaft und die tatsächliche Nation einzulassen.

Das Nationale wurde, seit jener frühen Zeit, den Rechten überlassen. Das Verhältnis der deutschen Linken zur Nation war so – traditionell und mehrheitlich – ablehnend, zugleich verknüpft mit antipreußischer Aversion einerseits und antibürgerlicher Perspektive andererseits. Die Bewilligung der Kriegskredite 1914 durch die SPD, die seitens der Rechten in der Partei durchgesetzt wurde, erwies sich als untauglich, den Geruch nationaler Unzuverlässigkeit loszuwerden, wie die Geschichte der Weimarer Republik zeigen sollte. Zugleich scheiterten die Bestrebungen der KPD, das Nationale wieder von links zu besetzen, Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre wie in Gestalt des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ während des zweiten Weltkrieges, das zu stark als Ausprägung sowjetischer Interessen wahrgenommen wurde. Auch der bei ihrer Gründung erhobene Anspruch der SED, die „beste nationale Kraft“ zu sein,<sup>37</sup> wurde nicht so recht geglaubt. Im Westen mißlang derweil Kurt Schumachers Versuch, die Politik der SPD auf einer Linie nationaler deutscher Interessen zu verorten. Adenauer machte die „Westbindung“ populär, der gegenüber die SPD wiederum als nicht der patriotischen Aufgabe des Tages gewachsen denunziert wurde.

---

<sup>35</sup> Franz Mehring: Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte (1906), in: Ders.: Krieg und Politik, Herausgegeben von Ernst Engelberg, Bd. 2, Berlin 1961, S. 39.

<sup>36</sup> August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1913, S. 317-319.

<sup>37</sup> Grundsätze und Ziele der SED, in: Dokumente der SED, Berlin 1948, S. 10.

## 2. Verhältnisse und Interpretationen in der BRD

Die Bundesrepublik Deutschland (alt) war - ganz anders, als in DDR-Geschichtsdarstellungen immer behauptet - etwas Neues in der deutschen Geschichte. Zunächst unter dem Gesichtswinkel, welche sozialen und politischen Kräfte sie trugen. Die Besatzungsmächte waren mit der Absicht angetreten, Vorkehrungen zu treffen, daß die Deutschen nicht noch einmal die Welt in einen Krieg zu stürzen vermögen. Daß die westlichen Besatzungsmächte einerseits und die Sowjetunion andererseits unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorstellungen hatten, wie dies zu bewerkstelligen sei, war nicht verwunderlich, hatten sie doch in ihrem Inneren unterschiedliche politische und gesellschaftliche Ordnungen. Dabei konnten die Besatzungsmächte jedoch nicht allein auf sich gestellt in Deutschland Politik machen, sondern sie bedurften deutscher politischer Kräfte, die dies mit trugen. Dabei präferierte jede Besatzungsmacht jene, die ihr politisch und konzeptionell nahestanden, die sowjetischen Behörden die deutschen Kommunisten, die westlichen Behörden die bürgerlichen Kreise. Beide rangen auf ihre Weise um die Sozialdemokratie - im Osten, um sie in die kommunistisch dominierte Einheitspartei einzuordnen, im Westen, um sie als eine tragende Säule des demokratischen Projekts zu stärken.

Nach empirischen Daten aus der britischen Zone ergaben Umfragen bis 1949, daß eine deutliche Mehrheit der Meinung war, der Nationalsozialismus sei ‚eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt wurde‘<sup>38</sup> – das bedeutet: die Einführung der Demokratie im Westen war für deutsche Verhältnisse eine ebenso neue Sache, wie die des Sozialismus im Osten. Die Akzeptanz der Demokratie durch die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik erfolgte dann Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre, mit dem ökonomischen Erfolg des „Wirtschaftswunders“.<sup>39</sup> Die britische Besatzungspolitik folgte im wesentlichen einer Konzeption, die von drei Prämissen ausging: Deutschland sollte ein Land stabiler, demokratischer Regierungsform werden; dabei sollten sich die Deutschen auf die liberalen Traditionen ihrer eigenen Geschichte beziehen – damit die demokratischen Verhältnisse nicht zu sehr als Oktroy der Besatzungsmacht erscheinen; die Deutschen sollten ihres nationalen Dünkels verlustig gehen und alle Völker, insbesondere ihre slawischen Nachbarn, die Polen und die Tschechen, als gleichwertig anerkennen. Aus britischer Sicht war die dauerhafte Demokratisierung Deutschlands die eigentliche Lösung des deutschen Problems.<sup>40</sup> Unter den amerikanischen

---

<sup>38</sup> Vgl. Erwin K. Scheuch: Zeitenwende, in: BISS public, Berlin, Heft 6/1992, S.69/70.

<sup>39</sup> Ebenda, S.77.

<sup>40</sup> Die Geschichtsschreibung bezieht sich hier auf eine Veröffentlichung Robert Birleys in der Londoner „Times“ am 8. Mai 1945. Vgl. Kurt Jürgensen: Die britische Besatzungspolitik 1945-1949. Zur Frage nach einer



Eliten, die sich mit Deutschlandpolitik befaßten, gab es Mitte der 1940er Jahre zwei Konzeptionen. Die eine setzte auf re-education, die massenweise Umerziehung der Deutschen, die andere präferierte den institutionellen Umbau, in der Erwartung, daß das Handeln unter veränderten Kontextbedingungen, innerhalb von Institutionen, die als demokratische geschaffen sind, mittel- und längerfristig demokratische Denk- und Verhaltensweisen bewirken und verstetigen werde.<sup>41</sup> In der Praxis verknüpften sich die beiden Linien. Nachdem die massenhafte re-education sich als vergleichsweise fruchtlos erwiesen hatte, setzten die beiden angelsächsischen Mächte Ende der 1940er Jahre auf junge Intellektuelle, die die re-education erfolgreich durchlaufen hatten und an wichtigen Schaltstellen der Politik, der Medien und der Wissenschaft installiert wurden. Sie sollten die Gewähr bieten, daß das Projekt der Demokratisierung Deutschlands von Dauer ist, als „eine Elite von hohem intellektuellem Rang für die praktische und politische Führung..., von deren persönlicher Qualifikation die Massen ihre Orientierung erhalten“ (Birley).<sup>42</sup>

So wurde die Bundesrepublik politisch etwas anderes als das vorherige Deutschland, geprägt von einem Grundsatzkonsens hinsichtlich der demokratischen Ordnung, der liberalen Freiheitsrechte und einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialordnung. Teile des Bürgertums, die sich auf parlamentarisch-demokratische Traditionen Deutschlands beriefen, und die mehrheitssozialdemokratisch geprägte Arbeiterschaft trugen diese Verhältnisse sozial; Kräfte, die ursprünglich vom Zentrums-Lager kamen, sowie die Sozialdemokratie trugen sie politisch. Beide waren einst die „Reichsfeinde“ Bismarcks, beide hatten, abgesehen von kurzen Perioden während der Weimarer Republik, Deutschland nie regiert.

Das gilt auch politisch-geographisch – Deutschland hatte seine politischen Zentren während der vergangenen Jahrhunderte vor allem in Wien und in Berlin, nicht am Rhein. Die Bundesrepublik aber entstand als ein „Rheinbund-Deutschland“ mit einer Bevölkerung, die zu großen Teilen in einer auf 1815 bzw. 1866 zurückgehenden antipreußischen Tradition stand. (Das Rheinland und Westfalen waren mit dem Wiener Kongreß an Preußen gefallen; im Kriege 1866 hatten die meisten deutschen Staaten auf Seiten Österreichs gestanden, vor allem Bayern, Württemberg und Baden, aber auch Hannover, Kurhessen und Nassau. Die drei letzteren

---

Konzeption in der britischen Deutschlandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 6 vom 31. Januar 1997, S. 17 und 28/29.

<sup>41</sup> Vgl. Erwin K. Scheuch: a.a.O. (FN 38), S. 65.

<sup>42</sup> Zitiert nach: Reinhart Maurer: Bemerkungen über Habermas, in: Konturen des Gemeinsinns. Festschrift - Peter Furth zum 65. Geburtstag, Berlin 1995, S.145. Persönliches dazu beispielsweise bei: Joachim Seyppel: Umwege nach Haus. Nachtbücher über Tage 1943 bis 1973, Berlin, Weimar 1974, S. 91ff.

waren nach jenem Krieg, gegen alle legitimistischen Bedenken, durch Bismarck Preußen einverleibt worden, wie auch Schleswig und Holstein. Übrigens verbunden mit einer Reihe unangenehmer Vergegenwärtigungen für die alten Eliten, Offiziere, Beamte, Lehrer und Pfarrer, die zuvor dem alten Regime gedient hatten.) Adenauer hat diese Richtung seinerseits zielstrebig verfolgt. So hat er im Dezember 1945 einem Vertreter der britischen Besatzungsmacht gegenüber erklärt, der größte Fehler, den die Briten je in ihren Beziehungen zu Deutschland gemacht hätten, sei gewesen, mit dem Wiener Kongreß „törichterweise Preußen an den Rhein gebracht“ zu haben.<sup>43</sup> Die britische Labour-Regierung unter Attlee wiederum hatte im Sommer 1946, bereits vor dem bekannten Beschluß der Siegermächte von 1947 über die Auflösung Preußens, mit der Gründung Nordrhein-Westfalens einen weitreichenden Schritt getan, gerade um den Schwerpunkt Deutschlands von der Spree an den Rhein zu verlagern, lange vor der Gründung der Bundesrepublik und der Entscheidung über Bonn als Regierungssitz.<sup>44</sup> Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik mit ihrem westlichen Schwergewicht und ihrer westlichen Verankerung war Grundlage für ihre Attraktivität im Jahre 1990, die die Mehrheit der DDR-Bürger die rasche Vereinigung wählen ließ.

Es sind Tiefenschichten des deutsch-amerikanischen Verhältnisses auszumachen, die eben nicht nur unter der Perspektive der 1990er Jahre zu betrachten sind. Sehr zum Leidwesen Bismarcks hörten die Deutschen auch nach der Reichsgründung nicht auf, nach Amerika auszuwandern. Zwischen 1864 und 1914 sind etwa 3 Mill. Menschen aus Deutschland in die USA ausgewandert.<sup>45</sup> Es war in vielem der Mythos des „Go West“, der die Affinität der Deutschen gegenüber Amerika bewirkte. Dagegen halfen nach 1945 auch die umsichtigen Bemühungen der hochgebildeten sowjetischen Kulturoffiziere in Deutschland nichts. Die Amerikaner hatten den Wettlauf um die Deutschen gewonnen, bevor er überhaupt begonnen hatte. Eine Antwort auf die Frage nach den spezifischen Beziehungen der alten Bundesrepublik bzw. ihrer politischen Klasse zu den Vereinigten Staaten bedarf darüber hinaus der Thematisierung ihrer historischen Voraussetzungen. Die kommunistische Bedrohung, nicht zuletzt angesichts von Berlin-Blockade, Februar-Putsch in der Tschechoslowakei 1948, kommunistischem Sieg in China 1949 und Korea-Krieg, wurde im bürgerlichen Deutschland durchaus als real empfunden. Die spezifische Anlehnung an den Westen, vor allem die USA, war die Konsequenz dessen. Die Eigenheiten der deutschen Spaltung und Zweistaatlichkeit hatten demzu-

---

<sup>43</sup> Zitiert nach: Wilhelm Ribhegge: „Preußen im Westen“. Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 28 vom 7. Juli 1995, S. 42.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>45</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, a.a.O. (FN 29), S. 30.

folge nicht nur die besondere Subordination der DDR-Führung unter Moskau, sondern auch der bundesdeutschen politischen Klasse gegenüber Washington zur Folge. Zugleich blieb die Fixiertheit auf das re-education-Personal bzw. die von ihm herangebildeten nächsten Generationen. Bald nach der deutschen Vereinigung schrieb etwa ein Autor von der RAND-Corporation, es bräuchte keine Sorgen (aus amerikanischer Sicht?) um den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik zu geben, solange die Außenpolitik in den Händen einer westdeutschen Elite bliebe.<sup>46</sup> Dies erklärte sowohl, weshalb das außenpolitische Personal aus der DDR nahezu rückstandslos abgewickelt und vom außenpolitischen Dienst der Bundesrepublik grundsätzlich nicht übernommen wurde, als auch, weshalb bestimmte Themen in der deutschen öffentlichen Debatte grundsätzlich bekämpft werden, solange sie in den Großmedien als nicht freigegeben gelten.

Aus den bewegten Wintertagen des Jahres 1990 wurde berichtet, daß es angesichts der Vorbehalte Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf die deutsche Einheit sowie des Hinhaltens der Sowjetunion die USA waren, die den Weg außenpolitisch zu öffnen bereit waren; am 9. Februar fand das offizielle Treffen des amerikanischen Außenministers James Baker mit Präsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse statt, bei dem er um die Zustimmung der sowjetischen Seite zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands warb. Seine Begründung lautete, daß ein Deutschland unter der Voraussetzung der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte und gebunden an die NATO-Beschlüsse berechenbarer sei, als eines außerhalb der NATO, dafür aber vielleicht mit eigenen Atomwaffen. Ansonsten werde das Gebiet der DDR von Aktivitäten und Operationen der NATO ausgespart, und zudem die NATO „um keinen Zentimeter in Richtung Osten“ ausgeweitet.<sup>47</sup> Abgesehen davon, daß dies auch eine Abrede zwischen den USA und der Sowjetunion war, keine andere „Osterweiterung“ der NATO vorzunehmen, als die um das Territorium der DDR (worauf jene russischen Politiker verweisen, die sich durch die reale „Osterweiterung“ jetzt hintergangen fühlen), so ist doch eindeutig, daß eine dauerhafte Kontrolle über die Deutschen Moment der amerikanischen Europapolitik und der Präferenzierung der NATO geblieben ist. Als Gegenleistung der Kohl-Regierung für die befördernde Rolle der USA im Prozeß der deutschen Vereinigung muß wohl die mehrfache Bekundung des früheren Kanzlers angesehen werden, die USA hätten ein ‚dauerhaftes Wohnrecht‘ im ‚Haus Europa‘, was immer das bedeuten mag.

---

<sup>46</sup> Vgl. Ronald D. Asmus: Deutschland im Übergang. Nationales Selbstvertrauen und internationale Zurückhaltung, in: Europa-Archiv, Nr. 8/1992.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat ein eigenartiges Gefüge mentaler Bindungen an die USA, institutioneller Strukturen vertraglicher und gewohnheitsrechtlicher Art sowie informeller Subordinationsstrukturen vorgefunden, denen sie nicht ausweichen konnte, ob sie wollte oder nicht. Auch die wirtschaftlichen Dependenz sind in Rechnung zu stellen. (Hier soll nur darauf verwiesen werden, daß der Handelsumsatz zwischen Europa und den USA um etwa 50 Prozent höher liegt als der transpazifische der USA, und der Handel Deutschland-USA mit in beiden Richtungen etwa 80 Mrd. US-Dollar in etwa ausgeglichen ist.<sup>48</sup> Allerdings nutzen die USA ihre militärisch-technische Überlegenheit auch dazu, den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit „nichtwirtschaftlichen“ Mitteln zu führen. Der Schaden der staatlich betriebenen High-Tech-Wirtschaftsspionage der USA gegen die deutsche Wirtschaft beträgt nach Schätzungen etwa 40 Milliarden DM jährlich.<sup>49</sup>)

Der Kern der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, ob in der alten oder der neuen Ausdehnung, ist das, was kurz „Westbindung“ genannt wird. In dem gegenwärtigen innenpolitischen Offizialdiskurs in Deutschland wird sie oft verkürzt auf die Subordination unter USA-Politik und NATO, im positiven Bezug wie in der Ablehnung. So finden etwa Veranstaltungen an Universitäten, in denen die Hegemonialpolitik der USA kritisiert wird, regelmäßig ein ideologisches Echo, in dem unterstellt wird, dies sei ein „rechter“ Diskurs; wer die Außenpolitik der USA kritisiere, wolle insgeheim Bismarcks autoritäre Herrschaft oder Hitlers Expansionspolitik wiederaufnehmen. Genau betrachtet ist die Westbindung aber zweierlei: es ist die Bindung an westliche Werte, westliche Demokratie, wie sie die angelsächsischen Nationen und Frankreich früher und auf anderem Wege erreicht hatten als Deutschland; und es ist eine Bindung an westliche zwischenstaatliche Strukturen und Bündnissysteme. Aus der Sicht der Adenauerschen Politik der Westbindung schien beides identisch oder zumindest unentrinnbar miteinander verflochten. In Wahrheit jedoch sind es zwei verschiedene „Westbindungen“. Die Herauslösung Deutschlands aus der NATO ist durchaus denkbar, ohne daß sie notwendig mit der Wiedereinführung autoritärer Herrschaft in Deutschland oder einseitiger deutscher Machtpolitik in Europa verbunden sein muß. Im Gegenteil, ein gefestigt demokratisches Deutschland könnte durchaus die Vorzüge seiner Mittellage in Europa nutzen wollen, ohne erneut zur Gefahr für seine Nachbarn zu werden. Es ist ein Irrglaube, daß Deutschland im NATO-Verbund zu bleiben genötigt wäre, wenn dies nicht seinen eigenen definierten

---

<sup>47</sup> Michael R. Beschloss / Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991, Düsseldorf u.a. 1993, S. 244f.

<sup>48</sup> Vgl. James D. Bindenagel: a.a.O. (FN 34), S. 106f.

<sup>49</sup> Vgl. Angriff aus dem All, in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 13/1999, S. 95.

Interessen entspräche. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn es diese in den dort getroffenen Entscheidungen wiederfindet.

Die Eurozentriertheit deutscher Politik bis 1945 war nicht nur der einfachen Verlängerung der preußischen Tradition geschuldet. Sie war Sinnen und Trachten der deutschen Staatspolitik, die zu den beiden Weltkriegen geführt hatte, weil sie die deutsche Machtausdehnung in erster Linie in Europa sah. Und sie war Großmachtpolitik im Sinne der Ausdehnung des Reichsgebietes. Schon vor dem ersten Weltkrieg war in Deutschland die Idee des „Herrenvolkes“ lanciert worden. Insofern erschien für Masaryk jener Krieg als Auseinandersetzung zwischen der imperialen Idee und der demokratischen, die in der Anerkennung des Rechts auf Selbständigkeit für alle Staaten, nicht nur der großen, sondern auch der kleinen, im Völkerbund und in den demokratischen Idealen, „wie sie in Amerika formuliert und teilweise schon verwirklicht wurden“, ihren Ausdruck fanden.<sup>50</sup> Mitte der 1980er Jahre faßte Dan Diner den Unterschied zwischen jener Ausgangslage und der Situation der Bundesrepublik wie folgt: „Der Gegensatz zwischen westlicher, auf weltmarktlichem Universalismus beruhender, wesentlich abstrakt-tauschförmiger und informeller Ausdehnung und der kontinental bestimmten gewaltförmigen deutschen imperialen Expansion liegt nicht in der Produktionsweise begründet. Bei beiden handelt es sich um kapitalistisch verfaßte Gesellschaften. Gleichzeitig handelt es sich aber um zwei verschiedene ‚civic cultures‘ ... – um zwei unterschiedlich geartete politische Formen im Kapitalismus. Von der moralischen und historischen Bedeutung her gesehen, handelt es sich freilich um einen Unterschied ums Ganze. Die atlantische Integration der Bundesrepublik Deutschland ist demnach nicht nur ein bündnispolitischer Vorgang. Es handelt sich um eine weltmarktlich flankierte Integration in eine andere politische Kultur, die Kultur der *civil society* als westlicher Zivilisation.“<sup>51</sup> Nach dem Scheitern des kommunistischen Herrschaftssystems wurde dieses Weltmarkt- und Kultursystem auf den Osten Europas erstreckt. Deutschland ist Teil dieses kulturellen Gefüges.

Welches ideologische Dach erhebt sich nun über diesem Gebäude? Das Links-Rechts-Bild verfängt nicht unbedingt. Daß Hitlers Vernichtungs- und Raubpolitik auf der Rechten zu verorten ist, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Bismarcks Innenpolitik kann auch nur als konservativ und so, unter anderen Bedingungen als 1930 oder 1942, als rechts angesehen

---

<sup>50</sup> T. G. Masaryk: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918, Berlin 1925, S. 32/33; 347-351, Zitat S. 351.

<sup>51</sup> Dan Diner: Imperialismus, Universalismus, Hegemonie. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Weltgesellschaft, in: Iring Fetscher / Herfried Münkler (Hrsg.): Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 357.

werden; seine Sozialpolitik, die die Netze der staatlich garantierten Sozialversicherung angesichts des Kapitalismus aber überhaupt erst geschaffen hat – wo wäre die analytisch anzusetzen? Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den USA, ist dies nun eine ‚linke‘ oder eine ‚rechte‘ Fragestellung? Aus der Sicht der ‚68er, die in den 1960er Jahren massiv gegen den Vietnam-Krieg der USA demonstrierten, waren sie selbst links und die Befürworter des Vietnam-Krieges, und sei es nur aus Gründen der Bündnis-Subordination der BRD unter die USA, logischerweise rechts. Heute kommt eine sich selbst als ‚links‘ einordnende studentische Jugend dagegen daher – wie oben schon erwähnt – und denunziert eine Sichtweise, die Hegemonialpolitik der USA kritisch anzugehen versucht, als ‚rechts‘. ‚Links-Sein‘ hieße dann heute: ‚Von den USA lernen, heißt siegen lernen...‘? Das einzige, was hier zunächst festzustellen scheint, ist, daß derlei ideologiekritische Analysen nicht auf einem Links-Rechts-Kontinuum vorzunehmen sind. Gleichwohl gilt, daß die Untersuchung der Denkgebäude hilfreich ist, um bestimmte politische Verhaltensweisen zu verstehen. Es waren vor allem drei Grundpositionen, die die (vorherrschenden) Vorstellungen in der BRD von der eigenen politischen Existenz geprägt haben.

**Erstens** gründete sich die Bundesrepublik von vornherein als Vorgriff auf den (künftigen) deutschen Gesamtstaat. Carlo Schmidt, Hauptvertreter der SPD in den Verhandlungen zum Grundgesetz in Herrenchiemsee, erläuterte dies laut Protokoll am 17. August 1948 wie folgt: „Will man einen Staat, so ergeben sich zwei Möglichkeiten. Die eine ist ein Weststaat, d.h. ein echter Staat, der sich aber bewußt auf das Gebiet Deutschlands beschränkt, das heute unter der Jurisdiktion der drei westlichen Besatzungsmächte steht. Eine solche Wahl setzt voraus, daß es ein Weststaatsvolk gibt, daß also die Menschen dieses Weststaats entschlossen sind, sich nur noch in der Gruppierung als Weststaatsvolk als oberster Substrat zu fühlen. Eine solche Unterscheidung würde notwendig einen separatorischen Vorgang darstellen, auch wenn sie in bester Absicht getroffen würde. Die Folgen brauche ich Ihnen im einzelnen wohl nicht auszumalen. Die andere Möglichkeit geht sehr weit: Das deutsche Volk, verkörpert in den deutschen Ländern des Weststaatsgebiets, erklärt, daß es in der Zeit, in der Mittel- und Ostdeutschland außerstande sind, sich auch nur relativ frei zu entscheiden, treuhänderisch für das gesamte deutsche Volk die Aufgabe übernimmt, die deutsche Bundesrepublik zunächst im Westen aufzurichten, dies aber ausdrücklich mit dem Anspruch auf Repräsentanz Gesamtdeutschlands. Das wäre also nicht ein Weststaat, sondern ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren... Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit

allen Mitteln zu betreiben wäre. Demgemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.“<sup>52</sup> Das politische Agieren der BRD in allen deutschen Angelegenheiten seit 1949, ihre Politik gegenüber der DDR, einschließlich der Jahre des Alleinvertretungsanspruchs, und so auch die oben beschriebene Position in der Staatsbürgerschaftsfrage gewinnen hier einen spezifischen Kontext, dessen Kern in der eigenen Identitätsbestimmung liegt. Die Geschichte des früheren Gesamtstaates wurde stillschweigend vorausgesetzt, dann brauchte die real gegründete BRD keine eigene Identitätsarbeit; sie war der eigentliche deutsche Staat. Zugleich aber reproduzierte dieses Vorgehen unter veränderten Bedingungen jene Zwieheit von realem Deutschland im Diesseits und gedachtem in einem jenseitigen Vorstellungsraum, auf das Oskar Negt und Alexander Kluge verwiesen hatten.<sup>53</sup>

**Zweitens** wird die allenthalben als Glaubensbekenntnis verwendete These von der Westbindung als großer historischer Leistung auf die Denkfigur vom *deutschen Sonderweg* gestützt: „Gibt man die These vom deutschen Sonderweg als notwendigen Bestandteil des politischen Bewußtseins dieser Bundesrepublik auf..., dann bricht man dem deutschen politischen Bewußtsein der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg gewissermaßen das Rückgrat.“<sup>54</sup> Es wäre einerseits eine hohe Verantwortung für eine schlichte These, wenn von ihrer Aufrechterhaltung eine ganze politische Kultur abhinge. Andererseits gilt offenbar auch für die real existierende westliche Gesellschaft, daß wissenschaftliche Annahmen in Ideologie verwandelt werden, die dann ihrerseits nicht dagegen gefeit sind, in den Rang weltanschaulicher Bekenntnisse erhoben zu werden. Wer die These vom deutschen Sonderweg problematisiert oder gar in Frage stellt, gilt aus dieser Perspektive ein "Neonationaler", was immer das sein mag. Alle wesentlichen Debatten zur Verfaßtheit der BRD und ihrer Entwicklung fanden in einer Konstellation statt, da die Ausklammerung einer wirklichen Problematisierung der Nation Voraussetzung war. Die ‚nationale‘ Position artikulierte sich wieder auf der Rechten, Strauß und Dregger unter den Politikern oder Ernst Nolte unter den Historikern wollten der ‚Schmach der Vergangenheit‘ entrinnen, das ‚Büßergewand‘ ablegen und mit dem Blick nach vorn ‚aus dem Schatten Hitlers‘ heraustreten. Die links-liberale Positionierung stellte sich dagegen unter Verweis auf den ‚Zivilisationsbruch, aus dem die Bundesrepublik hervorgegangen ist‘, der

---

<sup>52</sup> Zitiert nach: Rolf Badstübner: Das Irredenta-Phänomen, in: Die Weltbühne, Berlin, Nr. 9/1985, S. 271.

<sup>53</sup> Siehe FN 4 dieses Kapitels.

<sup>54</sup> Kurt Sontheimer, Ein deutscher Sonderweg? In: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 333; zitiert bei: Bruno Schoch, Die Ambivalenz der Normalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Heft 7/1996, S. 807.

eine wie auch immer geartete „Normalisierung“ ausschlieÙe.<sup>55</sup> Die Auseinandersetzung im *Historikerstreit* 1986 ging um die Deutungshoheit im Geschichtsdiskurs, am Ende um die Abwehr des Versuchs, „die Behandlung des NS-Systems dadurch zu verändern, daß schmerzende Fragen durch entlastende Deutungen ersetzt wurden“.<sup>56</sup> Das Dagegensetzen verband sich zugleich mit der Ablehnung des „amorphen Begriffs von ‚Identität‘“, mit dem lediglich Neokonservative Schindluder treiben würden, und dem Bestehen darauf, daß „normativer Bewertungsmaßstab“ nur „die Aufklärungsidee von einer Gesellschaft gleichberechtigter Staatsbürger“ sein könne.<sup>57</sup> Dann braucht es nur Gesellschaft, keine Gemeinschaft; man könne seine Identität jenseits der Nation finden. Von hier ist es nur ein kurzer Weg zu einer Position, wie sie kürzlich artikuliert wurde: Die Linke habe ihr Verhältnis zur Gesellschaft zu klären; sie habe Gerechtigkeit für alle Menschen anzustreben, da sei für Nation kein Platz.<sup>58</sup>

**Drittens** wird diese Denkhaltung noch verstärkt durch die Bestimmung des *Verfassungspatriotismus*, der bei Sternberger noch auf ein positives Verhältnis zum ‚Vaterland‘ und Loyalität gegenüber dem Staat bezogen ist,<sup>59</sup> bei Habermas aber sich in die Höhen der Abstraktion verflüchtigt. Kulturelle Identität löse sich „von Gesellschaftsformation und Staatsform“, „Nationalität von der Staatsangehörigkeit“ und mache „den Platz frei für die politische Identifikation mit dem, was die Bevölkerung jeweils an der Nachkriegsentwicklung des eigenen Staates für bewahrenswert hält“. Es sei dies eine stärkere Differenzierung „als im Nationalstaat alter Prägung“. Dabei würden „die Identifikationen mit eigenen Lebensformen und Überlieferungen überlagert von einem abstrakter gewordenen Patriotismus, der sich nicht mehr auf das konkrete Ganze einer Nation, sondern auf abstrakte Verfahren und Prinzipien bezieht“.<sup>60</sup> So schwebt der Geist in seiner Freiheit über den Wassern, und es macht nichts, wenn die Erde wüst und leer ist, denn seine Freiheit braucht keinen Ort – könnte man, in Abwandlung heiliger Texte (1. Mose 1, 1-2), ironisch sagen. Die Konsequenz dessen bedeutete nämlich, daß das Individuum als atomos, als Monade in der Weltgesellschaft allein auf sich gestellt ist und niemanden braucht, als seinen Anwalt. Vorausgesetzt, er kann diesen bezahlen.

---

<sup>55</sup> Jürgen Habermas: *Vergangenheit als Zukunft*, München 1993, S. 40.

<sup>56</sup> Joachim Perels: Wer sich verweigerte, ließ das eigene Land im Stich. In der Historiker-Debatte wird auch der Widerstand umbewertet, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. Dezember 1986.

<sup>57</sup> Hans-Ulrich Wehler: *Geschichtswissenschaft heutzutage: Aufklärung oder ‚Sinnstiftung‘?* (1989), in: Ders.: *Die Gegenwart als Geschichte*, München 1995, S. 200f.

<sup>58</sup> Dies jetzt die Querverbindung zu gewissen Positionierungen innerhalb der PDS. Vgl. Klaus Lederer: *Die Linke und ihr Verhältnis zur Nation*, in: *Disput*, Berlin, Nr. 11/2000, S. 24ff.

<sup>59</sup> Vgl. Dolf Sternberger: *Der Begriff des Vaterlandes*, in: Ders.: *Staatsfreundschaft. Schriften*, Bd. IX, Frankfurt a.M. 1980.



### 3. Die DDR und die deutsche Nation

Eine Antwort auf diese Frage, wie denn die DDR in die Ganzheit deutscher Geschichte einzuordnen ist, muß bei einer historischen Verortung der Spaltung Deutschlands ansetzen. Natürlich war die Teilung Deutschlands Ergebnis des zweiten Weltkrieges und des Untergangs des Hitler-Reiches. Die Besatzungsmächte haben in ihrem jeweiligen Besatzungsbereich jene politischen Kräfte präferiert, die ihnen politisch am nächsten standen. Oftmals wird, um von daher die nachfolgende Entwicklung im Osten Deutschlands zu erklären, auf die internen Pläne, Vorhaben und Konzeptionen der sowjetischen Führung unter Stalin 1944/1945 verwiesen. Die Entwicklung im Osten Deutschlands nach 1945 ist in der Tat von den weltpolitischen Konzepten Stalins nicht zu trennen (wie auch die Entwicklung im Westen Deutschlands nicht von den Konzepten der USA, Großbritanniens und Frankreichs), aber nicht allein aus diesen zu erklären. Um die Verhältnisse in Deutschland zu gestalten, bedurfte es deutscher politischer Kräfte, die eigene politische Interessen und Pläne verfolgten, die mit denen der jeweiligen Besatzungsmacht zusammentrafen. Dies war ein wechselseitiges Verhältnis: die Besatzungsmacht suchte sich jene politischen Kräfte, die ihren politischen Zielen entsprachen, und unterstützte sie; die unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen Kräfte in Deutschland suchten ihrerseits die Unterstützung jeweils jener Besatzungsmacht, deren Grundinteresse mit dem ihren im Wesentlichen übereinstimmte. (Das sieht man beispielsweise an den Biographien: Genscher und Mischnick kamen aus dem Osten und wirkten im Westen; Honecker, Heinz Hoffmann und Herbert Warnke aus dem Westen und waren hohe Funktionäre im Osten.) Die tatsächliche Entwicklung in Deutschland nach 1945 war das Ergebnis des Wirkens der Siegermächte *und* der verschiedenen deutschen politischen Kräfte. So ist die Entstehung und Geschichte der DDR Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte und daher Folge des verbrecherischen Eroberungskrieges, den Deutschland unter Führung Hitlers begonnen und verloren hatte. Sie ist zugleich Teil des Versuches der Sowjetunion, ihren Machtbereich bis nach Mitteleuropa auszudehnen und zu erhalten.

Es sind allgemeine weltgeschichtliche Bedingungen der Existenz der DDR und die spezifisch deutschen Umstände zu unterscheiden. Die besondere deutsche Natur der Existenzbedingungen der DDR liegt darin, „die staatliche Konstituierung einer der Bürgerkriegsparteien in der Revolution von 1918/19 zu sein. Was sich vierzig Jahre, von 1949 bis 1989, in Deutschland in Entgegensetzung gegenüberstand, waren die Parteien der linken Reichstagsmehrheit von 1917 (SPD, Zentrum, Linksliberale) einerseits und die revolutionären Sozialisten andererseits, die

---

<sup>60</sup> Jürgen Habermas: Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bun-

in der Revolution die angenommene Alternative – Nationalversammlung oder Rätemacht – im Widerspruch zueinander entscheiden wollten. Die Phrase ‚Rechtsstaat oder Arbeiter-und-Bauern-Macht‘ ist nur eine andere Benennung des von der Revolution gestellten Problems.<sup>61</sup> Angesichts der konkreten historischen Konstellationen, der Niederlage der Linken 1919, der Unfähigkeit der Deutschen, auch der Arbeiterparteien, 1933 Hitler zu verhindern bzw. während des Krieges zu stürzen, hatte dies eine besondere Bereitschaft der deutschen Kommunisten zur Subordination unter die Führung der KPdSU zur Folge, womit ihre Abhängigkeit von den Entscheidungen in Moskau existentielle Bedingung für die DDR wurde. „Sucht man also den Standort der Deutschen Demokratischen Republik... in der deutschen Geschichte zu bestimmen, so wird man finden, daß sie die mit Hilfe der russischen Kommunisten und ihrer siegreichen Roten Armee Staat gewordene linke Opposition von 1918/19 (KPD sowie Teile der USPD) ist. Die personelle Kontinuität in der Gründergeneration der DDR ist ganz unverkennbar. Und wenn diese sich nach dem Mai 1945 um viele Personen erweiterte, die 1918/19 durchaus nicht zur linken Opposition gehörten, so muß die Erfahrung mit dem deutschen Faschismus in Rechnung gestellt werden, die 1945/46 die Annahme einer sozialistischen Perspektive Deutschlands in sehr weiten Bereichen der politischen Akteure als Selbstverständlichkeit erscheinen ließ – von der Sozialdemokratie in der Repräsentanz Grotewohls bis Schumachers bis zum Ahlener Programm der CDU, von den Kommunisten nicht zu reden. Daß die DDR unter Besatzungsrecht entstanden ist, bedeutet nur eine konkrete geschichtliche Bedingung des Handelns der linken Opposition. Dieses Schicksal teilt sie mit der Bundesrepublik. Es macht also keine Spezifik der deutschen Politik nach 1945 für sich aus. Es besagt nur, daß sie unmittelbar in die internationale Politik eingebettet realisiert werden mußte. Aber das ist für die deutsche Geschichte schlechthin kein neuartiges Phänomen. Die DDR als spezifisch deutsches Geschehen zu verstehen, heißt, sie als Erbin des deutschen Kommunismus zu denken. Und der ist wahrhaftig ein hausgemachter Geselle, kein in die deutsche Geschichte hineingeschmuggelter ‚Agent einer ausländischen Macht‘.“<sup>62</sup>

Die DDR war etwas Neues in der deutschen Geschichte, im Vergleich zu aller Staatlichkeit, die es in Deutschland bis 1945 gegeben hatte. Dieses Los teilte sie mit der alten Bundesrepublik. Von ihren Verfechtern wurde sie immer als eine eigene Antwort auf das Hitler-Reich

---

desrepublik (1987), in: Ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, Leipzig 1990, S. 167, 173.

<sup>61</sup> Peter Ruben: Thesen zu einem Vortrag auf der Tagung des Politischen Clubs Potsdam e.V. zum Thema: „Wirklichkeiten in der DDR – Strukturen und Handlungsmuster“, Januar 1993.

<sup>62</sup> Peter Ruben: Vom Platz der DDR in der deutschen Geschichte, in: Berliner Debatte Initial, Heft 2-3/1998, S. 23f.

verstanden. Krieg und Faschismus sollten niemals wieder möglich sein. Diese Antwort nahm jedoch typologisch die Gestalt des sowjetischen, stalinistischen Sozialismus an. Dessen bewußte Träger blieben eine Minderheit in der DDR-Gesellschaft. Der Antifaschismus und die proklamierte Lösung der sozialen Frage in ihrer kommunistischen Gestalt sollten dem kommunistischen Herrschaftssystem eine eigene Legitimität geben, die nicht nach der zahlenmäßigen Zustimmung in der Gesellschaft fragte. Die Abschaffung des kommunistischen Herrschaftssystems in der DDR wurde dagegen von der Mehrheit der Bevölkerung bewirkt und vollzogen. Das Legitimationspotential, wie groß es auch immer gewesen sein und worin es auch bestanden haben mag, war wirtschaftlich, politisch und geistig am Ende der 1980er Jahre aufgebraucht.

Auch die DDR wurde übrigens – was sie in ihren späteren Selbstdarstellungen aus erklärbaren Gründen geflissentlich verschwieg – als Vorgriff auf ein künftiges Gesamtdeutschland gegründet, versuchte also ihre Identität nach der gleichen Logik, wie sie Carlo Schmidt für die Bundesrepublik begründete, aus dem ganzen Deutschland abzuleiten, um nicht ein regionales herleiten zu müssen. Wilhelm Pieck sagte in seiner Antrittsrede als Präsident der DDR am 11. Oktober 1949: „Ich werde mich stets als Sachwalter der Interessen des ganzen deutschen Volkes betrachten, das sich, wie ich fest überzeugt bin, noch eine große, reiche und helle Zukunft erarbeiten und erringen wird.“ Und weiter: „Die Freude und Genugtuung des deutschen Volkes über die wiedererlangte Souveränität, über die Gründung eines selbständigen freien Deutschlands, unsere Deutsche Demokratische Republik, wird getrübt durch die Tatsache, daß Deutschland durch die westlichen Besatzungsmächte zerrissen wurde. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben und alle unsere Kräfte daransetzen, daß die Spaltung Deutschlands überwunden und die Einheit Deutschlands hergestellt wird.“<sup>63</sup> Die Spalter waren natürlich die anderen, die Bundesrepublik „Trizonesien“, wie es in der SED-Propaganda damals hieß, und nicht legitimiert. Otto Grotewohl sagte in diesem Sinne in seiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsident der DDR am 12. Oktober 1949: „Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen... Diese systematisch betriebene Spaltungspolitik versuchten sie mit der Bonner Verfassung zu maskieren, die nur eine Ausführungsbestimmung des Besatzungssta-

---

<sup>63</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Berlin 1954, S. 12, 14.

tuts ist.<sup>64</sup> Die Protagonisten des Kommunismus in Deutschland<sup>65</sup> bezweckten nicht die anti-kapitalistische Gegengesellschaft auf dem Boden nur der Sowjetisch Besetzten Zone, sondern in ganz Deutschland. Insofern war bereits die Gründung der beiden deutschen Staaten ein Mißerfolg für das kommunistische Vorhaben.

Die historische Niederlage auf deutschem Boden – und insofern war der Ausgang der Systemauseinandersetzung zwischen „Sozialismus und Kapitalismus“ auf deutschem Boden ein wesentliches Moment des Ausgangs dieses Kampfes in Europa – wurde in den 1950er Jahren immer offensichtlicher: trotz aller Denunziation als ‚faschistischer Putsch‘ war natürlich klar, daß am 17. Juni 1953 die Arbeiter, auf die man sich nach marxistischer Glaubenslehre bei der Legitimationsbeschaffung so gern berief, auf der Straße waren;<sup>66</sup> 1956, nach der Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik, wurden die jungen Männer Westdeutschlands mit großer Geste aufgefordert, dieser in Richtung DDR zu entfliehen – nur kam niemand; Ende der 1950er/ Anfang der 1960er Jahre verstärkte sich wieder die Fluchtbewegung aus der DDR in Richtung Westen. So war der Mauerbau am 13. August 1961 das Eingeständnis der Niederlage im Systemwettbewerb bei offener Grenze in Deutschland. Die SED-Führung erklärte dies mit westlicher Propaganda und geheimdienstlichen Störmanövern – die es im Kontext des kalten Krieges natürlich gab, die aber wirkliche historische Bewegungen, politische und soziale Kräfte nicht substituieren können – und hoffte auf die nächste Generation. Die damals jungen Menschen, die dann in der abgeschlossenen DDR aufwuchsen, mit dem ‚sozialistischen‘ Bildungswesen und den weitgehend von der Partei kontrollierten Sozialisationsinstanzen, sollten die ‚neuen Menschen‘, die ‚wahrhaften Erbauer‘ der neuen Gesellschaft werden. Es waren vornehmlich diese Jahrgänge und ihre Kinder, die durch die Fluchtbewegung via Ungarn oder Prag bzw. die Demonstrationen in der DDR 1989 den Sturz des kommunistischen Herrschaftssystems und die Beseitigung der kommunistischen Ordnung bewirkten. In diesem, historischen Sinne ist der Umbruch von 1989/90 die Ratifikation der Niederlage der kommunistischen Vorhaben von 1945/49 wie des Konzepts der Rätewacht von 1919.

Das Verhältnis der DDR, der SED zur Nation war unentschieden, verschlungen, ambivalent. Im Jahre 1961, zum 15. Jahrestag der SED und zum 75. Geburtstag von Ernst Thälmann, ließ

---

<sup>64</sup> Ebenda, S. 20f.

<sup>65</sup> Siehe Kap. I, S. 42, FN 81.

<sup>66</sup> Denen gegenüber die linken, antifaschistischen Intellektuellen jedoch mißtrauisch waren, hatten die „kleinen Leute, die jetzt nach Freiheit riefen“, doch eben noch die Naziherrschaft unterstützt, zumindest geduldet. So solidarisierten sie sich, zumindest stillschweigend, mit der politischen Macht. Der 1953 sichtbar gewordene Bruch der Intellektuellen mit der Arbeiterschaft zog sich durch alle Krisenprozesse der DDR bis 1989 und beeinflusste auch die Schlußphase der DDR. (Siehe: Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen, Berlin 1999.)

die SED-Führung dessen *Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen* veröffentlichen, 1944 im Zuchthaus Bautzen geschrieben, zu einem Zeitpunkt, da die Niederlage des Hitlerreiches absehbar war. Der einsame Mann in der Zelle hatte während der langen Haftjahre seine Identität, als kommunistischer Parteiführer und als deutscher Arbeiter, verteidigt. Er hegte nun, 1944, die Hoffnung, er werde die Naziherrschaft überleben, um danach am Aufbau des Neuen in seinem Sinne mitzuwirken, und vermutete gleichzeitig, die Nazimächtigen würden ihn um so sicherer umbringen, je näher die Front rückt. Der Text, der aus dem Zuchthaus geschmuggelt wurde und nicht im Hinblick auf Macht, Einfluß, Parteikarrieren usw. interpretiert werden kann, sondern nur als persönliches Zeugnis im Angesicht der Geschichte anzusehen ist, enthält u.a. folgende Passage: „Ich bin kein weltflüchtiger Mensch, ich bin ein Deutscher mit großen nationalen, aber auch internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrung und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen!“<sup>67</sup> Da er um die Heimtücke und die Niedertracht, das Verbrecherische der Herrschaft und der Kriegsführung der Nazis wußte, konnte sein Bezug auf „Stolz“ und „Ritterlichkeit“ nur meinen, daß es Hitler und die NS-Herrschaft waren, die das Nationale der Deutschen mißbraucht und verraten hatten. Er wollte denen nicht zubilligen, Deutschland zu vereinnahmen, ihnen die Nation nicht überlassen. War Thälmann ‚rechts‘, weil er betonte, daß er Deutschland liebt? War die KPD nun ‚rechts‘? Nein, er – wie die deutschen Kommunisten jener Zeit überhaupt – ging lediglich davon aus, daß die Nation der Boden ist, auf dem die sozialen Kämpfe ausgetragen werden, daß es einen Zusammenhang der Sprache, der Kultur, der Geschichte gibt, und nicht nur einen des ökonomischen Interesses oder einer wie auch immer verfaßten Staatsordnung, der zwischen den kämpfenden Klassen besteht.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Ernst Thälmann: *Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen*, Berlin 1961, S. 73.

<sup>68</sup> In dem hier betrachteten Zusammenhang ist es unerheblich, welche Rolle Thälmann bei der Stalinisierung des internationalen und deutschen Kommunismus gespielt hat. Insofern, als Thälmann die ‚proletarische Härte‘ des Kommunismus, die seine stalinistische Variante im Unterschied zu Intellektuellen wie Rosa Luxemburg, Paul Levi oder Ruth Fischer ausmachte, verkörperte, erweist sie sich im Nachhinein als Kehrseite der Verbrechen des imperialistischen Zeitalters. Hitler ist nicht, wie Ernst Nolte meint, die Antwort auf den Kommunismus, sondern der Terror des Stalinismus eine Reaktion auf den Terror der Schützengräben des ersten Weltkrieges, Hitlers Herrschaft, Krieg und Vernichtungspolitik dagegen dessen Steigerung zum Exzeß. Für die National-Kriege und die Klassenkriege des 20. Jahrhunderts gilt, was für alle Kriege der Geschichte gesagt wer-

Die Veröffentlichung jenes Textes zum April 1961 war noch Nachklang des gewollt gesamt-nationalen Bezuges, den die SED in Bezug auf die DDR aufrechterhalten wollte, der aber für sie selbst bereits heikel war und mit dem Mauerbau am 13. August 1961 seine Wirkungsmöglichkeit endgültig eingebüßt hatte. Hernach folgten Rückzugsgefechte. Es gehörte zwar immer zum Selbstverständnis der DDR, daß sie der Gipfel der deutschen Geschichte sei. So hieß es etwa in einem offiziellen Geschichtswerk der 1970er Jahre: „Mit der siegreichen sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten das Vermächtnis aller großen Klassenkämpfe der deutschen Geschichte, der frühbürgerlichen Revolution des 16. Jahrhunderts, der Revolution von 1848/1849, der Novemberrevolution von 1918 und der nachfolgenden Klassenkämpfe des deutschen Proletariats und seiner Verbündeten sowie des antifaschistischen Widerstandskampfes verwirklicht.“<sup>69</sup> Aber die Frage nach der deutschen Nation blieb unscharf. Ulbricht hatte in der Verfassung der DDR von 1968 noch definiert, daß sie „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ ist (Art. 1). Demnach war die Nation größer als der Staat, der Staat aber auf diese Nation. Honecker hatte diesen Satz 1974 ändern lassen, daß die DDR nunmehr „ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ sei (Neufassung des Art. 1), was vorher ja auch offiziell das Selbstverständnis war, jetzt hatte sie aber keinen nationalen Ort mehr.

Im Hintergrund stand in der 1970er Jahren ein Versuch der SED-Führung, eine eigene DDR-Nation zu proklamieren. In der marxistisch-leninistischen Rabulistik erfolgte die Herleitung, hier durch Politbüro-Mitglied Hermann Axen, wie folgt: (1) Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat habe „immer den Kampf um die Führung der Nation“ in sich eingeschlossen; (2) die 1945 zutage liegenden „Ergebnisse der imperialistischen Katastrophopolitik“ hätten bewiesen, „daß die Großbourgeoisie weder willens noch fähig war, die Interessen der Nation zu wahren“; (3) die SED habe lange für „eine einheitliche, antifaschistisch-demokratische Republik“, d.h. eine DDR zwischen Oder und Rhein gekämpft, doch habe „die Bildung eines separaten westdeutschen Staates“ dies verhindert und „letztlich zur Zerstörung der Einheit der deutschen Nation“ geführt; (4) es gäbe zwar ethnische Elemente, Besonderheiten der Sprache, Sitten, Traditionen, doch diese würden nicht das Wesen der Nation bestimmen; entscheidend sei vielmehr die klassenmäßige Struktur; daher würde sich, dies die Kon-

---

den kann: „Es hat noch keinen Krieg gegeben, in dem die Gegner nicht wechselseitig aufeinander Einfluß nahmen“. (Frank Thiess: Die griechischen Kaiser. Die Geburt Europas, Augsburg 1992, S. 810.)

<sup>69</sup> Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Grundriß, Berlin 1978, S. 15.

klusion (5), eine eigene „sozialistische Nation in der DDR“ entwickeln, die sich „grundsätzlich von jeder kapitalistischen Nation durch ihr geistiges Antlitz“ unterscheide. Damit, so die Schlußfolgerung, könne es zur Bundesrepublik nur äußere Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts geben.<sup>70</sup> Alfred Kosing kam es dann zu, dazu die entsprechende theoretische Untersetzung zu liefern, und formulierte die Folgerung seinerseits so: „Als das entscheidende Machtmittel und Instrument der herrschenden Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus hat der sozialistische Staat der DDR eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Herausbildung der sozialistischen Nation unter den besonders komplizierten Bedingungen der Spaltung eines ehemals einheitlichen Landes und Staates gespielt.“ Die Annäherung an die anderen sozialistischen Nationen – im sowjetischen Herrschaftsbereich, wäre heute zu sagen – und die „Abgrenzung speziell von der kapitalistischen deutschen Nation“ in der BRD seien demzufolge „keine willkürliche Politik“, sondern zwei Seiten einer Medaille.<sup>71</sup> Institutionen wurden umbenannt, beispielsweise die Deutsche Akademie der Wissenschaften in Akademie der Wissenschaften der DDR, und dies massenhaft, nur bei DDR, SED und der Zeitung „Neues Deutschland“ ließ sich das schlecht machen und unterblieb also. Die Nationalhymne der DDR wurde nicht mehr gesungen, nur noch zu allerlei offiziellen Anlässen intoniert, ohne daß Honecker einen neuen Text auf die ‚sozialistische Nation‘ fertigen ließ. Im Umfeld der Raketenstationierungen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre wurde von Zeit zu Zeit auf die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden in Europa, auf ihre Verantwortungsgemeinschaft, verwiesen. Im Selbstverständnis gab es bei Leuten wie Honecker wohl immer eine leise Hoffnung, daß die ‚Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution‘ schließlich auch um die BRD keinen Bogen machen würde. Ansonsten aber blieb es bei Honeckers schlichter Formel, daß sich die beiden deutschen Staaten nicht vereinigen ließen, weil „Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser“.<sup>72</sup> Das Bild war immer falsch: Feuer und Wasser ergeben Dampf, und der sprengte schließlich – um in solcher Bildersprache zu bleiben – im Herbst 1989 den Kessel des kommunistischen Herrschaftssystems. Hans Modrows Entscheidung, die alte, noch immer gültige Hymne der DDR wieder zu singen, gehörte dann schon einer anderen Zeit an. Es war die Hoffnung, daß das sich nun vereinigende Deutschland jenes werden sollte, über dem „die Sonne schön wie nie“ scheinen sollte.

---

<sup>70</sup> Hermann Axen: Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR (Vortrag am 7. Juni 1973), Berlin 1973, Zitate S. 6, 7, 9, 10, 12, 19.

<sup>71</sup> Alfred Kosing: Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin 1976, S. 222.

<sup>72</sup> So auch bei seinem Besuch in der BRD am 7. September 1987, in: Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus, Berlin 1987, S. 13.

#### 4. Die Linke und die deutsche Nation nach der Neu-Vereinigung 1990

Was hatte sich aus jener verschlungenen Konstellation nach 1945 für die Linke in Deutschland und ihr Verhältnis zur Nation ergeben? Vier Punkte sind hier zunächst festzuhalten.

**Erstens** hatte der Gebrauch oder Mißbrauch des Wortes Nation, nun in einem eng völkischen bzw. rassistischen Sinne, durch den Nationalsozialismus anscheinend bekräftigt, daß sich dem ganzen von links nicht Positives abgewinnen ließ, daß es eine rechte Veranstaltung war und nur bleiben konnte. Der Versuch der Thälmann'schen KPD, die Nation von links zu buchstabieren, war Episode geblieben und konnte nach 1945 im Angesicht der Naziverbrechen und der deutschen Teilung nicht wieder aufgenommen werden.

Es war **zweitens** auch der Versuch der Sozialdemokraten, in Gestalt von Schumacher wie von Grotewohl,<sup>73</sup> gescheitert, das deutsche Interesse gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten. Die deutsche Spaltung war dann, unter Aufsicht der Besatzungsmächte im Interesse ihrer Einflußsicherung im kalten Krieg, das gemeinsame Werk von Adenauer und Ulbricht, die sich wechselseitig die Argumente ihrer jeweiligen politischen Existenz lieferten.

**Drittens** hatte die SED ein eigenes Konzept der Lösung der deutschen Frage nicht zu realisieren vermocht. Vielmehr hatte ihre Herrschaft, die Tatsache, daß „der Sozialismus“ auf deutschem Boden die praktizierte stalinistische Gestalt der DDR angenommen hatte, jedwede sozialistische Alternative in Deutschland überhaupt diskreditiert. Nachdem die KPD bei den Bundestagswahlen 1953, nach dem 17. Juni, den Wiedereinzug ins Parlament mit 2,2 Prozent deutlich verfehlt hatte, waren alle Versuche, parteipolitisch links von der SPD wirksam zu werden, auf Jahrzehnte zu einem Sektendasein verurteilt.<sup>74</sup> Alle ideologischen Debatten dort hatten notwendig Sektencharakter: es ging stets um die ‚richtige‘ Einstellung innerhalb der Gemeinde, nicht um politischen Einfluß in der Gesellschaft.

So hatten **viertens** schließlich weder die Linken in der auslaufenden DDR – nicht die, die aus der SED kamen, und ebenfalls nicht die aus der Systemopposition, die auch nach dem Realsozialismus noch linke Positionen vertraten – noch die Linken in der Bundesrepublik (alt) eine Vorstellung von der „deutschen Frage“, geschweige denn von deren Lösung. Die jünge-

---

<sup>73</sup> Gemeint ist hier Grotewohls ursprüngliches Konzept von einer gesamtdeutschen SPD, die sich dann, gestützt auf diesen Zusammenhang, als der stärkere Partner mit der KPD zusammenschließen sollte und so die stärkste politische Kraft in Deutschland sein sollte. Hier sei nur auf seine Rede vom 14. September 1945 in Berlin verwiesen, in der er die Sozialdemokratie als „Sammellinse“ gesamtdeutscher politischer Willensbildung präsentierte. Schumacher antwortete mit der Ablehnung einer Parteibildung für alle vier Besatzungszonen, Pieck und Ulbricht beschleunigten die sowjetzonale Vereinigung, in der die KPD, in Verbindung mit der sowjetischen Besatzungsmacht, den stärkeren Part spielen konnte. Auch die Besatzungsmächte wollte keine starke gesamtdeutsche Arbeiterpartei, so daß sich dann die Sowjetunion einseitig auf die Kommunisten und die Westmächte auf Adenauer konzentrierten. Zitiert nach: Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996, S. 107.

<sup>74</sup> Die Frage, ob die Grünen eigentlich eine linke Partei sind, oder nicht doch die Ökopartei eines Teils der bürgerlichen Jugend von 1968, soll hier unerörtert bleiben.



ren Generationen im Westen, die nach dem Kriege geborenen, hatten sich zunehmend mit der real existierenden BRD arrangiert, genossen die Vorzüge des behaglichen wirtschaftlichen Daseins und der gesicherten Bürgerrechte, sahen die Westbindung als dauerhaft und nicht in Zweifel zu ziehen an und empfanden keinen Mangel in der deutschen Teilung. „Auf Potenzstörungen wären wir vorbereitet gewesen, auf Prostata, Zahnersatz, Menopause, auf ein zweites Tschernobyl“, schrieb der Schriftsteller Patrick Süskind, Jahrgang 1949 und so alt wie die Bundesrepublik, aus Anlaß der deutschen Neu-Vereinigung, „auf Krebs und Tod und Teufel – bloß nicht auf ‚Deutsch-land-ei-nig-Va-ter-land‘!“.<sup>75</sup> Die Linken unter diesen Kindern der BRD dachten im Grunde nicht anders. Nation war kein Thema, höchstens das alter Männer an Biertischen oder alter Politiker in Sonntagsreden, aber nicht ihres.<sup>76</sup> Sie teilten die Habermas'sche Intention, daß höchstens Verfassungspatriotismus angesagt war. Und wer Horkheimer/Adornos *Dialektik der Aufklärung* verinnerlicht hatte, der wußte, daß „Kollektiv“ etwas Negatives ist, das „dem Einzelnen immer wieder“ etwas „antut“, daß immer wieder ein „Mißverhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv“ besteht,<sup>77</sup> das nur durch die Distinktion des Einzelnen von Vergemeinschaftung aufzulösen ist. „Kollektiv“ konnotiert mit „Führer“,<sup>78</sup> also nicht mit Freiheit, und „Nation“ mit „Rasse“.<sup>79</sup> Von hier aus, von der Negativ-Bewertung des Kollektivbegriffs im Westen bei anhaltend positiver Besetzung im Osten haben dann etliche deutsch-deutsche Mißverständnisse, auch unter Linken, nach 1990 ihren Ausgang genommen, von der Bewertung der Kinderkrippen in der DDR bis zum Sprach-

<sup>75</sup> Patrick Süskind: Deutschland, eine Midlife-crisis, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 17. September 1990.

<sup>76</sup> Es gab wenige Ausnahmen, Versuche auch in der BRD das Nationsthema von links zu besetzen, die allerdings nicht wirklich Anklang fanden und sich nicht durchsetzen konnten. Einer, der es verschiedentlich versucht hat, ist Peter Brandt. In einem Text, zusammen mit Herbert Ammon, aus dem Jahre 1981 heißt es beispielsweise: „Eine auf Veränderung des Status quo bezogene Analyse setzt ein mit der Funktion der DDR und der Bundesrepublik in den jeweiligen Paktsystemen als Hauptstützen der Supermächte. Dieser Tatbestand ist kein Zufall, sondern hat maßgeblich mit der Rolle der deutschen Spaltung als Garanten des Systems von Jalta, der Teilung Europas zwischen den Blöcken, zu tun. Die Verkrallung der staatlich fixierten kapitalistischen und staatsbürokratischen Ordnungen auf deutschem Boden ineinander verhindert seit Jahrzehnten erfolgreich eine Transformation oder auch nur Bewegung der politisch-sozialen Strukturen hüben wie drüben und begünstigt die Ausgrenzung Oppositioneller als (mindestens ‚objektiv‘) ‚imperialistische Agenten‘ bzw. als ‚Partei der DDR in der Bundesrepublik‘ (E. Nolte). Es liegt daher vor allem im Interesse einer linken Politik, diese gegenseitige Blockierung aufzuheben. Man kann die deutsche Frage ‚radikal‘ im Sinne der Volkssouveränität und des Selbstbestimmungsrechtes stellen – demokratische ‚linke‘ Grundprinzipien, auf denen das Egalitäts- und Emanzipationsdenken gegenüber internen und externen Herrschaftsstrukturen überhaupt erst aufbaut. Die Parole lautet dann ‚Befreiung‘ des deutschen Volkes von Fremdbestimmung durch den westdeutschen Kapitalismus und die ostdeutsche Bürokratie von ihren jeweiligen Hegemonialmächten, die den Deutschen qua Siegerrecht diese Strukturen verordnet haben. Wir halten als Kritiker beider auf deutschem Boden ‚real existierenden‘ Systeme an diesem genuin linken Prinzip fest, fragen aber angesichts relativ stabiler Machtverhältnisse in beiden Teilstaaten und Paktsystemen bei gleichzeitig unvorhersehbaren eruptiven Destabilisierungsprozessen nach den Bedingungen ihrer Realisierung.“ (Herbert Ammon, Peter Brandt: Wege zur Lösung der „Deutschen Frage“. Der emanzipatorische Anspruch der Linken unter dem Zwang zur Realpolitik, in: Befreiung, Berlin, Heft 21/April 1981, S. 42f.)

<sup>77</sup> Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main 1991, S. 258, 215.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 271.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 185.

Feminismus des großen „I“. Diese Mißverständnisse wiederum erleichterten es der konservativen Propaganda, das Geschäft der Total-Denunziation der DDR zu betreiben, um jedwedes Nachdenken in Deutschland über sozialistische Alternativen präventiv zu verunmöglichen. Es gab zunächst keinen ernsthaften linken Widerstand dagegen, sieht man von den letztlich nicht ernst zu nehmenden Versuchen im Osten ab, die DDR so schönzureden, wie sie von den Konservativen schlechtgeredet wurde. Die Geringschätzung der Nation ist ein Kernpunkt jener eigenartigen Hilflosigkeit der Linken in den entscheidenden Tagen und Wochen 1989/1990.

Wie kam es nun zur deutschen Neu-Vereinigung im Jahre 1990? Nimmt man die Nation als sozialhistorische Kategorie und nicht als ideologische Schimäre, dann ist auf einer hohen Abstraktionsebene zunächst klar: Wenn die deutsche Teilung eine Folge der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen im Ergebnis des von Hitler begonnenen deutschen Aggressionskrieges war, der direkten Begegnung der Truppen und schließlich der dauerhaften Interessen der Hauptmächte des kalten Krieges auf deutschem Boden, dann mußte das Ende des kalten Krieges die „deutsche Frage“ historisch wieder aufs Tapet bringen. Die Frage aber bleibt, ob dies notwendig in Gestalt der deutschen Vereinigung geschehen mußte. Allein die Existenz der „Mauer“ bewies, daß sich eine eigenständige Nation im Rahmen der DDR eben gerade nicht herausgebildet hatte. Gewiß, die Westdeutschen konnten ohne die DDR leben, die Ostdeutschen aber hatten immer hinter die Mauer sehen wollen, hatten dies im Westfernsehen – so weit es denn reichte – auch stets getan und im Laufe der 1980er Jahre, als Honecker, um Dampf abzulassen, mehr Privatreisen in die BRD von Menschen, die noch keine Rentner waren, zugelassen hatte, dann auch mit eigenen Augen können. Und siehe: es sah anders aus, als die Propaganda der SED immer dargestellt hatte. Hinzu kam der Verlauf des Zerfallsprozesses des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems in den ‚Farben der DDR‘. Die DDR hatte sich im Grunde immer zwischen den sowjetischen Interessen einerseits und dem deutschen Kontext andererseits befunden. Beides beeinflusste sich gegenseitig. Die DDR war seit den Reparationsleistungen der 1940er Jahre an die Volkswirtschaft der UdSSR gebunden, export- wie importseitig, seit 1950 eingebunden in den Wirtschaftsverbund RGW. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den „Bruderländern“ Anfang der 1980er Jahre (politische Entwicklung in Polen, zunehmende wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion, Ölpreiserhöhung) führten nicht zum Kollaps, weil Milliardenkredite der Bundesrepublik, z.T. eingefädelt über Franz Josef Strauss, dies verhinderten. Das heißt, die eintretende Entkräftung des sowjetischen Imperiums führte bereits unter Honecker – jenseits allen Abgrenzungsgeschwätzes – zu einer Verstär-

kung der faktischen Anbindung der DDR an die Bundesrepublik. Nach 1985 bemühte sich der Generalsekretär, den Perestroika-Forderungen in der DDR gerade nicht zu entsprechen; zu diesem Zwecke wurden vermehrt Medienmeldungen über die Schwierigkeiten, Probleme und Unruhen in der Sowjetunion und anderen Reformländern, wie Polen und Ungarn lanciert. Das Ergebnis war aber gerade nicht eine stärkere Identifikation mit der real existierenden DDR – Trotz alledem! –, sondern eine Abwendung vom „Sozialismus“. So, wie die Ergebnisse der Perestroika in der Sowjetunion waren, konnte man ein solches Projekt, das ja in der DDR noch gar nicht begonnen hatte, nicht unterstützen. Die Ausstrahlung der Perestroika auf die DDR ging Ende 1988/ Anfang 1989 deutlich zurück. Ein wachsender, zuvor systemtragender Teil der DDR-Bevölkerung, wandte sich, das ist auch an den damaligen internen Stimmungsberichten der Staatssicherheit ablesbar, von einem Projekt möglicher Reformen des „Sozialismus“ ab.<sup>80</sup> Es ist dies die Lage, in der sich dann im Herbst 1989 die Rufe „Wir sind das Volk!“ in „Wir sind ein Volk!“ verwandelten. Das Einfordern einer nationalen Solidarität der westdeutschen Bevölkerung qua Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde von einer Mehrheit der DDR-Bürger als Ausweg aus der eigenen, nun prekären Lage angesehen – jedenfalls läßt das Wahlergebnis zur ersten freigewählten Volkskammer vom 18. März 1990 keine andere Interpretation zu.<sup>81</sup> Und der damalige Bundeskanzler lächelte von den Tribünen und versprach, daß er dies richten werde. Die Menschen wollten keine ‚neuen Experimente‘, sondern ‚das Bewährte‘ der BRD, wußten aber nicht, daß es ein solches Experiment, die Überstülpung eines ganzen Staats-, Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftssystems auf eine völlig anders geartete Gesellschaft, die ihrerseits innerlich nicht wirklich darauf vorbereitet war, noch nie gegeben hatte.

---

<sup>80</sup> Vgl. Erhard Crome, Jochen Franke: DDR-Bürger und Perestroika. Eine Rekonstruktion unter Verwendung von Stimmungsberichten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1-2/1997, S. 155ff.

<sup>81</sup> Der Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg merkt dazu an: „Der Ausspruch: ‚Wir sind ein Volk‘ ist eigentlich das Anrufen nationaler Tradition, vielleicht schon Nationalismus.“ Zugleich betont er, daß diese ostdeutsche akzentuierte Perspektive, im Unterschied zu einer westdeutschen, eher verhaltenen, nach wie vor unverzichtbar ist, weil wir „in der alimentierten Sonderzone Ost leben, die zu einem Drittel vom Westen ernährt wird. Schon darum müssen wir jeden Tag anmahnen: ‚Wir sind ein Volk, eine Nation!‘, sonst hören die anderen auf zu zahlen.“ (Dietrich Mühlberg: Katalog politisch-kultureller Probleme, die auch wissenschaftliche Anstrengungen verlangen, Ms., Oktober 2000, S. 2.) Auch wenn „ein auf blutmäßige Abstammung der Deutschen gegründetes Modell der nationalen Gemeinschaft der Deutschen ohne Zukunft“ sein dürfte, wurde „nach dem Wegfall der sozialistischen Sicherheiten die ethnische Solidarität zu einer wichtigen Ressource“ und konnte „neuerliche Bindungskräfte mobilisieren“. Selbst wenn sich der Ruf ‚Wir sind ein Volk‘ eher „als Kaschierung für die Gier nach Banane und D-Mark erweisen sollte: der Zwang zu solch völkischer Mystifikation“ besteht für die Ostdeutschen weiter. „Auf lange Zeit ist die Teilgesellschaft der Ostdeutschen auf die Alimentierung durch den reichen Westen angewiesen; für sie ist die ‚nationale Solidarität‘ darum eine Lebensgrundlage, die sie ethnisch oder kulturell gegründet verstehen müssen.“ Daher gilt: „aus der sozialen Perspektive der Ostdeutschen sind nationale Einheit und Solidarität ein weit wichtigeres Gut als für Westdeutsche. Nur sie haben starke soziale Motive, nationale Bindungen in besonderer Weise hoch zu bewerten.“ (Dietrich Mühlberg: Kulturelle Differenz als Voraussetzung innerer Stabilität der deutschen Gesellschaft? In: Hans Misselwitz, Katrin Werlich (Hrsg.): 1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Berlin 2000, S. 255.)

Es handelt sich hier, so meine These, nicht um eine „Wiedervereinigung“ – dazu lag das Gemeinsame zu lange zurück, waren die inneren Verhältnisse und die generationalen Erfahrungshorizonte in beiden Staaten zu unterschiedlich. Die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin Mushaben, die sich seit 15 Jahren mit den politischen Generationen in der westdeutschen Bundesrepublik bzw. in Deutschland beschäftigt, kommt ihrerseits zu der Folgerung, daß es die ältere Generation war, die die Vereinigung gemacht hat, angefangen mit Willy Brandts Diktum: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, bis zu Kanzler Kohl und Ministerpräsident de Maizière. Mushaben schreibt: „Wäre die Wende etwa fünf Jahre später zustande gekommen, hätte es wohl nicht zu einer Wiederherstellung der deutschen Einheit in dieser Form kommen können. Bis dahin hätte man im Osten voraussichtlich eine andere, eher reformorientierte Machtkonstellation vorgefunden (da Honecker selbst schon erkrankt war und viele SED-Mitglieder die Notwendigkeit einer radikalen Umkehr eingesehen hatten). Im westlichen Teil der Nation wäre die nächste Generation, inklusive der Frauen, ein großes Stück weiter aufgerückt (besonders in den Bundestag). Daß Frauen weniger Wert auf ‚nationales Tun und Gehabe‘ legen, habe ich woanders dargelegt. Nach meinem Empfinden sind die ostdeutschen BürgerInnen der mittleren Generationen eher bereit, sich zu einer *neuen nationalen Identität* zu bekennen, vorausgesetzt, daß sie an der Definition dieser deutschen (sprich nationalen) Identität als Gleichberechtigte teilnehmen dürfen. Eins hat die DDR im Laufe ihrer 40jährigen Existenz geschafft, was in der BRD nie gelungen war, nämlich die Wörter ‚Liebe‘ und ‚Vaterland‘ immer wieder in einem Satz unterzubringen, z.B. in der Wendung ‚Liebe zum sozialistischen Vaterland‘. Für viele Ostdeutsche ist der Begriff Vaterland positiv besetzt geblieben, auch wenn sein sozialistischer Charakter das Volk 1989 dazu veranlaßt hat, andere Facetten dieses Vaterlandsbezuges zu betonen, z.B. Deutschland als *einig* Vaterland. Westdeutsche Angehörige der Lange-Marsch-Generation (der 68er – E.C.) hatten dagegen – nach schwerwiegenden politischen und persönlichen Auseinandersetzungen darüber, *was Deutsch/r sein nicht heißen darf* – Ende der achtziger gerade eine Entwicklung hin zu einer unverbindlichen, *postnationalen* (und dennoch ausdrücklich bundesrepublikanischen) Identität vollzogen, mit der sie glaubten, gut leben zu können.“<sup>82</sup> Am Ende zitiert Mushaben Antje Vollmer (Grüne und derzeit Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), die 1991, auch unter ausdrücklichem Verweis auf das Generationen-Problem, geschrieben hat: „Diese alten Männer haben es gut gemeint mit uns. Sie haben eine freie und demokratische Republik aufgebaut. Sie haben eine freie und kritische Presse ermöglicht. Sie haben sogar eine politische

Opposition geschaffen, die sich als regierungsfähig erwiesen hat. Jetzt wollen sie uns einen letzten Gefallen tun, fünfundvierzig Jahre nach dem Kriegsende wollen sie uns Deutschland zurückgeben, und nicht mal ein nationalistisches. Nein, einfach ein zivilisiertes Land.<sup>83</sup>

Max Weber hatte in seiner vielzitierten Antrittsvorlesung 1895 in Freiburg in ziemlich offen imperialistischer Manier gesagt: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.“<sup>84</sup> Vergleicht man unter diesem Gesichtspunkt die deutsche Vereinigung von 1990 mit der von 1871, ist das einzige, was übereinstimmt, die Kostspieligkeit.

Alles andere ist anders. Die Vereinigung von 1990 wurde nicht Ausgangspunkt für irgend etwas, schon gar nicht für eine eigene deutsche Weltmachtpolitik. Es ist Abschluß, im engeren Sinne des Wendeprozesses in der DDR, der deutschen Teilung bzw. Zweistaatlichkeit, des kalten Krieges, der Nachkriegsgeschichte, im weiteren Sinne des spezifischen deutschen Nationsbildungsprozesses. Nation und parlamentarische Verfaßtheit, Schutz der Menschen- und Bürgerrechte sind in eins gesetzt. Der Reichsgedanke gehört der Vergangenheit an. Mit dem veränderten Staatsbürgerschaftsrecht beginnt sich auch hier die Waage zugunsten der Staatsbürgernation zu neigen. Das Land hat klare, festgeschriebene Grenzen. War die Vereinigung von 1871 Resultat preußisch-deutscher Kriege, erfolgte die Vereinigung 1990 nach dem friedlichen Abtreten des europäischen Kommunismus von der Bühne der Weltgeschichte. Die Vereinigung erfolgte mit Zustimmung der europäischen Nachbarn und eingebettet in eine europäische Struktur, die mit der Europäischen Union eine feste, dauerhafte Grundlage hat. Die politische Linke in Deutschland stand diesem Entwicklungsprozeß eher skeptisch bis kritisch gegenüber, der von Teilen der ostdeutschen Bürgerschaft und der regierenden, konservativen politischen Klasse Westdeutschlands realisiert wurde. Die neu-vereinigte deutsche Nation ist seither die unhintergehbare Grundlage jedweden politischen Handelns in Deutschland.

Im Unterschied zu Webers Zeiten gibt es auch keine starke politische Rechte, die dies in Frage zu stellen in der Lage wäre. So heißt es etwa bei jungen Westdeutschen (der Autor des

---

<sup>82</sup> Joyce Marie Mushaben: Ost-West-Identitäten: Generationen zwischen Wende und Wandel, in: Berliner Debatte Initial, Heft 3/2001, S. 85 (Hervorhebungen im Original).

<sup>83</sup> Zitiert nach: Ebenda, S. 86.

<sup>84</sup> Zitiert nach: Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 629.

zitierten Textes war zum Zeitpunkt dessen Erscheinens 27 Jahre alt), die sich ausdrücklich von national-konservativen Positionen wie den „Linken“ der 68er abgrenzen: „Für uns ist die Geschichte unseres Landes sehr jung. Deutschland, das ich und die meisten meiner Altersgenossen als Heimatland betrachten, beginnt 1945. Davor liegen 12 Jahre der Dunkelheit und des Grauens (auch den Ausdruck: ‚Zeit des Bösen‘ finde ich nicht übertrieben). Aber auch in den vielen Jahrhunderten davor, in denen das Bismarckreich oder das Heilige Römische Reich Deutscher Nation Bestand hatten, gibt es eigentlich nichts, womit wir uns heute identifizieren oder worauf wir stolz sein könnten. Unser Land ist das liberale, bescheidene, aufgeklärte Deutschland, und dieses gibt es nun einmal erst seit gut 50 Jahren. 1945 war die Stunde Null, der Neubeginn. Es gibt keine Kontinuität, auch wenn Nationalkonservative sie immer wieder beschwören wollen... Was im zwischenmenschlichen Bereich richtig ist – Bescheidenheit, Offenheit, Höflichkeit, Zurückhaltung – kann für Nationen nicht falsch sein. Deutschland ist mit seiner außenpolitischen ‚Kultur der Zurückhaltung‘ anderen Nationen hier voraus. Die von den Neurechten geforderte ‚Normalisierung‘ wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.“<sup>85</sup> Vielleicht kann man eine solche Aussage auch als eine Art Minimalkonsens aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes sehen, in der Frage des nationalen Zusammenhalts ansehen, gleichsam als die Geschäftsgrundlage für die Austragung der künftigen politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes.

---

<sup>85</sup> Jörg Tremmel: 68er und 89er – Zeit für einen Generationswechsel, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Die 68er – Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen, Freiburg i.Br. 1998, S. 234f.

### III. Nation und Europäische Union

#### 1. Nation, Nationalstaat und EU – Integration und Regionalisierung

Zu den beliebten Themen des Debattierens der europäischen Integration in deutschen Gesprächsrunden gehören Vorschriften der Europäischen Kommission über die Länge von Gurken oder die Krümmung von Bananen, die vorgeblich überbordende Bürokratie in Brüssel oder die Härte des Euro im Vergleich zum Mythos D-Mark. Diese scheinbar vertraute Vorgehensweise soll hier nicht befolgt, sondern die europäische Problematik in ihrer historischen und weltpolitischen Dimension erörtert werden. Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union hat nicht nur Konnotationen mit dem Kalten Krieg und Bezüge zur Weltmarktkonkurrenz, sondern ist zuerst und vor allem die institutionalisierte Lösung der Friedensfrage im innereuropäischen Kontext, die historische Antwort auf die Frage der Ursachen und Folgen der Nationenkriege in Europa, besonders die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

In den linken Debatten in Deutschland ist dies bisher kaum ausreichend zur Kenntnis genommen worden. Eine Ursache dafür liegt sicher in der Geschichte des marxistischen Denkens. Wie oben erwähnt, hatten Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest betont, mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation falle die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.<sup>1</sup> In der verkürzten Rezeption dieses Diktums wurde die „Klassenfrage“ jahrzehntelang hypertrophiert, die Friedensfrage in erster Linie als deren Ableitung gesehen, und die Nation als lediglich reaktionäre Veranstaltung interpretiert. Das führte zu dem beschriebenen traditionell gestörten Verhältnis zu allem „Nationalen“; die Unterschätzung oder Vereinstigung der Sicht auf die EU ist die Kehrseite dessen. In seiner Erklärung des ‚Europäischen Wunders‘, der weltgeschichtlich erstmaligen Entstehung kapitalistischer Industriegesellschaften ausgerechnet in Europa, verweist der Historiker Paul Kennedy u.a. darauf, daß es „die Existenz einer Vielfalt wirtschaftlicher und militärischer Machtzentren“ war, die eine Vereinigung des Kontinents verhinderte.<sup>2</sup> Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für das ‚Europäische Wunder‘, etwa im Vergleich zu China oder dem Osmanischen Reich, in denen das Herrschaftssystem des Großreiches die Öffnung eines Entwicklungspfadens in Richtung Industriegesellschaft verhinderte. Diese europäische Vielfalt war jedoch eine des ‚Wettstreits‘,

---

<sup>1</sup> Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O. (Vorbem., FN 1); siehe oben, S. 2.

<sup>2</sup> Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte (Kap. I, FN 24), S. 54.

der bis in das 20. Jahrhundert hinein eine militärische, kriegerische Dimension hatte.<sup>3</sup> Trotz der national-staatlichen, konkurrenzförmigen Strukturiertheit bildete Europa zugleich immer auch ein Ganzes, worauf schon Toynbee hingewiesen hatte. Edgar Morin betonte: „Wir müssen das Einheitliche im Vielgestaltigen und der Vielgestaltige im Einheitlichen untersuchen, ohne daß das Einheitliche das Vielgestaltige absorbiert oder umgekehrt. Wir müssen begreifen, daß komplexe Zusammenhänge nicht nur aus sich gegenseitig ergänzenden, sondern auch aus konkurrierenden und antagonistischen Elementen bestehen, und müssen begreifen, daß jedes im Werden begriffene Phänomen zu seinem Verständnis eine komplexe Verbindung von Ordnung, Unordnung und Organisation benötigt. Europa beginnt zu verschwimmen, wenn man versucht, eine klar definierte Vorstellung davon zu erlangen; es zerfällt, sobald man es als eine Einheit zu erkennen glaubt... Außerdem muß man die Idee von einem einheitlichen, klar abgegrenzten, harmonischen Europa aufgeben, muß die Vorstellung einer europäischen Uressenz oder –substanz widerlegen, muß den Gedanken überwinden, daß vor allen Streitigkeiten und Antagonismen schon ein Europa existiert habe. Im Gegenteil, gerade die Uneinigkeit macht Europa aus. Erst durch das Auseinanderbrechen der Christenheit konnten solche ureigenen europäischen Realitäten wie die Nationalstaaten, der Humanismus und die Wissenschaft entstehen, und erst durch die Auseinandersetzungen und Antagonismen zwischen den Nationalstaaten konnte sich der Begriff Europa verbreiten und durchsetzen.“<sup>4</sup>

In der Mitte des 20. Jahrhunderts war – abgesehen von der Erfindung der Atombombe, die als eine Konsequenz der Ver-Industriegesellschaftlichung des Krieges anzusehen ist, und den Krieg als eine „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ (Clausewitz)<sup>5</sup> zumindest zwischen den Großmächten verunmöglichte – aus europäischer Perspektive zweierlei deutlich geworden. Das okzidentale West- und Mitteleuropa hatte im Gefolge der beiden Weltkriege seine vormals beherrschende Stellung in der Welt wesentlich an die USA und die Sowjetunion, tendenziell auch an China (Sitz im UNO-Sicherheitsrat), abtreten müssen; die Kriege hatten zu verheerenden Zerstörungen, nicht aber zum Vorherrschen einer der Mächte geführt. Heinrich Mann schrieb dazu, noch während des zweiten Weltkrieges, allerdings rückwärts, auf den Krieg von 1870/71 projiziert: „die militärischen Auseinandersetzungen

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 55ff.

<sup>4</sup> Edgar Morin: Europa denken, Frankfurt a. M. u.a. 1988, S. 28f. Toynbee: a.a.O. (Kap.I, S. 28).

<sup>5</sup> Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Berlin 1957, S. 728, 911f.



gen mächtiger Nationen sind vergeblich, sie entscheiden nichts, da immer dieselben, wenigen Gegner, soweit man zurückdenkt, aufeinanderstoßen. Die Kriege in Europa hatten bisher – nur bis auf uns – einen begrenzten, einmaligen Zweck, – der auch anders zu erreichen war.“<sup>6</sup>

Am Beginn des 20. Jahrhunderts schien es das deutsche Dilemma zu sein, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Rußland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das alltägliche Gefüge; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. Daher Mann's obige Einschränkung – „nur bis auf uns“. Die von Deutschland angezettelten beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts fallen heraus aus der gemeinten Reihung. „Der Anzettler und Führer des letzten Rückfalles der Deutschen in ihre Angriffskriege... hat den vorigen Angriffskrieg noch überboten mit einem zweiten, der nichts mehr zu beweisen hatte. Bewiesen war, daß Deutschland nicht siegen kann... In dem trostlosen Bewußtsein, daß er, um es mit Europa aufzunehmen, weder der Stärkere noch der Berufene sei, hat Hitler... zu der Auskunft der Verzweiflung gegriffen. Blitzkrieg – ist das Eingeständnis, man könne nur mit einem Tag Vorsprung an das Ziel kommen, dann nie wieder. Totaler Krieg – heißt deutlich, daß die lebenden Nationen niemals wirklich besiegt sind: man muß sie umbringen. Verzweifelte Betrüger allein gehen sogar in einen Krieg, der eine äußerste Erprobung ihres Volkes sein soll, mit lauter Lügen. Aber Herrenvolk, Lebensraum, Geopolitik und jeder andere Schwindel sind verspätete Antworten auf das eine machtvolle Wort, das Europa einst wirklich erobert hat: Freiheit.“<sup>7</sup> Nach der militärischen Besiegung Deutschlands standen nicht nur seine Rückgewinnung für den Geist der Freiheit, sondern zugleich seine Einordnung in ein neues europäisches Staatengefüge auf der Tagesordnung, verbunden mit der Beendigung des Zeitalters der kriegerischen Auseinandersetzungen. „Aus diesem Krieg“ – schrieb der französische Sozialist und Ministerpräsident der Volksfrontregierung von 1936, Léon Blum (1872-1950), im Frühjahr 1941 im Gefängnis der Vichy-Regierung – „müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein.“<sup>8</sup> Das

---

<sup>6</sup> Heinrich Mann: Ein Zeitalter wird besichtigt, Berlin 1947, S. 9.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>8</sup> Zitiert nach: Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990, S. 15.

meinte nicht nur die weltpolitische Dimension, die sich dann in der UNO verkörperte, sondern zunächst den europäischen Zusammenschluß, mit Beschränkung der nationalen Souveränität zugunsten einer supranationalen Struktur, die über eigene Einrichtungen und eigene Führung verfügen sollte.

Insofern ist die Montanunion, wie sie gemäß Schuman-Plan<sup>9</sup> und den konzeptionellen Vorstellungen Jean Monnets<sup>10</sup> in der ersten Hälfte der 1950er Jahre geschaffen worden war, zunächst als friedenssichernde Einrichtung zu verstehen. Die Verzahnung der Gesamtheit der (west-)deutschen und der französischen Kohlen- und Stahlproduktion zielte auf die damals kriegsentscheidenden Wirtschaftszweige; sie sollte Deutschland und Frankreich dauerhaft aneinander binden, dieser Bindung eine materielle Grundlage geben; ihre Einordnung in eine Gemeinschaft, der auch Italien und die BeNeLux-Staaten angehörten, hob sie zugleich aus dem bilateralen deutsch-französischen Kontext heraus (die historische Versöhnung stand ja erst am Anfang), um sie so politischen Tagesinteressen zu entheben. Im Gefolge der Integration sollten Bedingungen entstehen, daß, modern gesprochen, die Kosten eines Austritts aus dem Verbund, aus welchem politischen oder wirtschaftlichen Grund auch immer, stets größer sind als die Kosten, die den beteiligten Staaten aus der Vergemeinschaftung entstehen. Die Zusammenfügung Europas auf politischer Ebene sollte zugleich befördert werden. Die supranationale Institutionalisierung in Gestalt einer Hohen Behörde sollte einen eigenen Träger, ein Subjekt der Gemeinschaftsinteressen schaffen, um den Gesamtprozeß der national-staatlichen, außenpolitisch-diplomatischen Ebene zu entziehen, ihn aus der traditionellen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit herauszuheben. Dem diene auch die Errichtung eines supranationalen Beamtenapparates: niemand, der dort angestellt wird, soll wieder darauf angewiesen sein, im diplomatischen o.ä. Dienst seines Herkunftslandes Karriere machen zu müssen; nur so ist er/sie auch Träger des Gemeinschaftsinteresses und nicht Vertreter seines Landes in Brüssel. Der vom Schuman-Plan bis zur Europäischen Union und den Vertragswerken von Maastricht und Amsterdam zurückgelegte Weg hat jene Annahmen bestätigt. Die nachmalige Institutionalisierung ist den damals vorgenommenen Weichenstellungen gefolgt. Bevor über „Demokratiedefizite“ und „Bürokratie“ im heutigen EU-Gefüge debattiert wird, sollten daher die

---

<sup>9</sup> Robert Schuman (1886-1963) machte als Außenminister Frankreichs 1950 den Vorschlag zur Montanunion.

<sup>10</sup> Jean Monnet (1888-1979) war 1919-23 stellv. Generalsekretär des Völkerbundes, im Kriege in den USA, Anfang der 1950er Jahre Ideengeber für die Montanunion, 1952-55 erster Präsident deren Hoher Behörde.

historischen Dimensionen und ihre friedenspolitische Funktion in den Blick genommen werden.

Es war also folgerichtig, daß im Umfeld der deutschen Vereinigung 1989/90 die Frage auf die Tagesordnung rückte, ob das deutsche Dilemma wiederkehre. Die neue Stufe der europäischen Integration im Rahmen der EU ist die Antwort darauf, die Vertiefung der Zusammenarbeit (auch) die logische Folge der deutschen Vereinigung und der Euro deren schließliche Konsequenz. Jene Deutschnationalen unterschiedlicher Couleur, die versuchten, zur ‚Rettung der D-Mark‘ Stimmung zu machen, um den Euro zu verhindern, wußten genau, was sie taten. Im Unterschied zu den Gefühls-Linken, die mit einer scheinbar sozialen Argumentation gegen den Euro am Ende in jenem national-orientierten Sinne optierten. Wer für ein Abbremsen oder eine Reduzierung der europäischen Integration eintritt, votiert – unabhängig von seinen vorgebrachten Argumentationsfiguren – für einen „Rückruf in die Geschichte“ im Sinne der Rückkehr zur Nationalstaaten-Konkurrenz und zum deutschen Dilemma.

Diesseits von weltrevolutionären Träumen über Alternativen zum Kapitalismus, nachdem der Sozialismus von einer ‚Wissenschaft‘ wieder zur Utopie geworden ist, sind zunächst die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen zu nehmen, wie sie sind. „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“ Diese Charakterisierung der großen Entwicklungslinien von Produktivkräften und Weltwirtschaft, wie sie Marx und Engels vor 150 Jahren vornahmen,<sup>11</sup> scheint heute ihre tatsächliche Realisierung zu finden. Die Globalisierung von Waren- und Finanzmärkten wurde zur Tatsache und zugleich zur Bedingung für den Reichtum der Nationen und die Wohlfahrt der Menschen in ihnen. Dabei gilt: „Viele der verbreiteten Ansichten, Erwartungen und Handlungsvorschläge sind von den praktischen Interessen unterschiedlicher Ak-

---

<sup>11</sup> Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O. (FN 1), S. 466.

teure geprägt.“<sup>12</sup> Die Globalisierung als gleichsam offenes Projekt, dessen Realisierung zwischen den Akteuren im internationalen Bereich wie innerhalb der Staaten und Nationen ebenso umkämpft ist, wie seine politischen und wissenschaftlichen Interpretationen, soll hier nicht weiter erörtert werden. Wesentlich jedoch ist, daß sich die ökonomische Konkurrenz auf die innerhalb der sog. Triade verlagert hat, also zwischen EU-Europa, Nordamerika (USA und NAFTA) sowie dem asiatisch-pazifischen Raum (Japan in Verbindung mit den „Tigerstaaten“ und China).

Die gegenwärtige weltpolitische Position der USA wird durch ihre weltwirtschaftliche Lage abgestützt, zu der auch die Rolle des US-Dollars als Reservewährung gehört. Die Finanzkrise in Asien hat gezeigt, wie verletzlich einzelne nationale Währungen gegenüber der globalisierten Währungsspekulation sind (vor einigen Jahren mußte auch die Bank of England gegenüber der Großspekulation passen). Größere Wirtschaftseinheiten, „Staatsgemeinschaften mit kontinentalem Zuschnitt“ sind dem nicht in gleichem Maße ausgeliefert. „Dies war einer der Gründe, die Europäische Union zu schaffen, und ist einer der Antriebe, den Euro einzuführen, der allein in der Lage ist, dem Dollar Paroli zu bieten.“<sup>13</sup> Auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten muß die Vertiefung der europäischen Integration im Gefüge deutscher Interessen an vorderster Stelle rangieren.

Bereits Max Weber hatte darauf verwiesen, daß moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“. Daraus, daß im Staatssozialismus „beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren“ wären, leitete er ab, warum Sozialismus nicht funktionieren könne.<sup>14</sup> Im Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte hat sich

---

<sup>12</sup> Helmut Wiesenthal: Globalisierung. Soziologische und politikwissenschaftliche Koordinaten eines unbekanntes Terrains, in: Berliner Debatte Initial, Heft 5/1996, S. 38.

<sup>13</sup> Helmut Wagner: Asiens Finanzmisere. Profiteure und Bankrotteure der Globalisierung, in: WeltTrends, Berlin, Nummer 19/Sommer 1998, S. 98.

<sup>14</sup> Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik, hg. von Michael Sukale, Stuttgart 1997, S. 248.

der umgekehrte Prozeß vollzogen. Das Wort von der „Standortkonkurrenz“ ist nur eine euphemistische Umschreibung der Subordination der national-staatlichen politischen unter die internationalisierte/globalisierte wirtschaftliche Gewalt. Vor diesem Hintergrund unterstrich André Gorz bezüglich der Auseinandersetzungen um den Euro, wir hätten es „mit einer neuen Form von Klassenkampf zu tun“: „Das globalisierte heimatlose Finanzkapital gegen die Geburt eines supranationalen europäischen Staates. Bisher ist es dem Finanzkapital gelungen, die Nationalstaaten weitgehend zu entmachten und unter Berufung auf die sogenannten Marktgesetze seinem Diktat zu unterwerfen... Das ist die gegenwärtige Lage. Aus ihr gibt es keinen nationalen Ausweg. Wohl aber einen supranationalen. Ein supranationales Staatengebilde von der Größe der EU könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für seine Mitgliedstaaten wiederherstellen.“ Für Deutschland sieht Gorz eine Alternative zu diesem Euro, die Ausdehnung der D-Mark-Zone in Europa, als „Juniorpartner der Hegemonie des Dollars“.<sup>15</sup> Das Problem ist, den sozialstaatlichen „Rheinischen Kapitalismus“ auf dem supranationalen Wege, dessen Instrument der Euro werden soll, zu verteidigen gegen die Zumutungen der reinen Lehre des Marktes. Die politische Schlachtordnung in dieser Frage ist schief; unabhängig vom jeweils Gesagten (auch der scheinbar „linken“ Positionierungen) unterstützt der Gegner des Euro die Befürworter des reinen Marktes, und zugleich die machtpolitisch prekäre D-Mark-Zone sowie den Abbau der Sozialstaatlichkeit. Man mag die Rückgewinnung sozialpolitischer Gestaltungskraft auf der europäischen Ebene vielleicht nicht als nationales Interesse verstehen; Interesse der Arbeitnehmer und sozial Schwachen ist es allemal.

Die Europäische Union befindet sich heute in einem eigenartigen Schwebestadium zwischen mehr als Staatenbund und noch nicht Bundesstaat. In diesem Zustand wird sie noch lange Zeit verbleiben, da die Nation als Gestalt des Zusammenlebens der Menschen gemeinschaftlichen Typs in absehbarer Zeit nicht verschwinden wird. Dennoch tendiert die Europäische Union zu gewaltenteilender Ausformung ihrer Institutionen. Im schrittweisen Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments, von den Haushaltsrechten bis zu seiner Rolle bei der Bestellung der Europäischen Kommission, vollziehen sich Entwicklungen nach, wie sie sich auf nationaler Ebene in der Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie gegenüber dem Gottesgnadentum der absolutistischen Könige in den vergangenen Jahrhunderten abgespielt haben. Dabei werden auch die Kompetenzen der Kommission sich erweitern müssen, hin zu einer Quasi-

---

<sup>15</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1. August 1997.

Regierung Europas, während der Europäische Rat zu einer Art Zweiter (Staaten- bzw. Nationen-) Kammer wird, die zwar weitgehende Veto-Rechte, aber nicht wie bisher das maßgebliche Entscheidungsrecht haben wird. Auf dem Wege dorthin werden noch viele Hindernisse zu überwinden sein. Die innere Logik der bereits eingeleiteten Entwicklungsprozesse läuft jedoch in diese Richtung. Um so mehr gewinnt das Subsidiaritätsprinzip, die klare Abgrenzung der Kompetenzen von Unions-, nationalstaatlicher und regionaler Ebene an Bedeutung. Am Ende dessen rückt auch die Vergemeinschaftung sensibler Felder der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Tagesordnung, bisher bevorzugte Gebiete nationaler Souveränitätsbekundung.

Die Osterweiterung der Europäischen Union ist logische Konsequenz der Großen Europäischen Wende von 1989/90, der Umbrüche in Osteuropa. Der Sturz der kommunistischen Herrschaftssysteme erfolgte, zumindest in Ostmitteleuropa, auch unter der Losung „Zurück nach Europa!“. Gesellschaften, wie die Ungarns oder Polens, haben die Unterordnung unter das sowjetische Gesellschaftsmodell bzw. die Einordnung in das sowjetische Imperium immer auch als kulturelle Zumutung empfunden. Insofern ist der Antrag auf EU-Beitritt nicht in erster Linie der Griff nach der Banane, sondern Konsequenz des Systemwechsels sowie der eigenen Geschichte und Identität. Dabei können sich die ostmitteleuropäischen Staaten und Regierungen auf die westeuropäischen Bekundungen berufen. So wurde in der Präambel des Vertrages über die Gründung der EWG von 1957 formuliert, sie sei verbunden „mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu den gleichen hohen Zielen bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen“. Im Artikel 237 hieß es: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“<sup>16</sup> Nach 1989 konnten die osteuropäischen Völker alle erklären, daß sie sich „zu den gleichen hohen Zielen“ von Demokratie, freier Presse und Marktwirtschaft bekennen, und sie stellten den Antrag. Nun begann jedoch die innere Logik des Vereinswesens zu walten. Organisationssoziologisch ist dies keineswegs überraschend. Wie bei jedem Verein entscheiden auch hier die gesatzte Ordnung und die Mitglieder, also jene, die dem Verbund bereits angehören, wer außerdem eintreten darf, und die anderen, die nicht hinein wollen oder dürfen, sind draußen. Der Unterschied zwischen den Dazugehörenden und den Anderen bleibt stets bestehen; es ändert sich nur ihre Zahl und die Grenze der Ausdehnung des Gefüges. Der Kompromiß besteht nun darin, daß die Osterweiterung schrittweise vor sich gehen soll, verbunden mit spezifischen Übergangsformen und -

---

<sup>16</sup> Zitiert nach: Curt Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 285, Bonn 1990, S. 160 und 177.

fristen. Das historische Wesen des Prozesses aber ist, daß die in der EU verkörperten Strukturen auf Ostmittel- und Südosteuropa erstreckt werden.

Für die Regionen (im Sinne kleinerer Einheiten, als es die Nationalstaaten sind) hat die EU nicht nur Bedeutung als Träger von Ausgleichsmaßnahmen in den Ländern (Strukturfonds, Kohäsionsfonds; Regionalförderung für Gebiete mit Entwicklungsrückstand, mit Strukturwandlungsprozessen, für dünn besiedelte Regionen, den ländlichen Raum), sondern mit den vielfältigen Euro-Regionen auch in den grenznahen Räumen die Ländergrenzen übergreifend. Hier wirken die Instrumente der Union gerade ausgleichend unter Unionsperspektive und ausdrücklich über die nationale Regelungskompetenz hinausweisend. Hinzu kommt, und dies wird meist übersehen, daß allein die Existenz der EU dazu beiträgt, regionale Konflikte, in denen sich eigentlich Auseinandersetzungen um nationale Identitäten manifestieren, zu entschärfen. So heißt es etwa im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik Kataloniens: „Wenn eine Region per definitionem Teil eines Ganzen ist, stellt eine Nation zum einen eine besondere Einheit dar und muß zum anderen auch in den anderen Einheiten vertreten sein. Die Region hingegen handelt in ihrer Projektion nach außen mit einer besonderen Funktionalität, mehr nicht. Sie ist nicht gezwungen, das Bedürfnis ihrer Bürger nach universaler Repräsentation ihres Verbandes zu befriedigen, da dies über den Gesamtstaat bereits geschieht. Sollte sich eine Region jedoch auch als Nation begreifen, kann sie auf eigene universale Repräsentation nicht verzichten. Sie würde sich ihren Handlungsspielraum selbst beschneiden. Daraus abgeleitet sucht Katalonien folgende Ziele in seiner internationalen Politik zu verwirklichen: a) seine nationale Eigenständigkeit wiederzuerlangen und zu sichern, b) die wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und seine Kultur zu verbreiten.“<sup>17</sup> Hier zeigt sich, vor dem Hintergrund der in den vorstehenden Kapiteln untersuchten Zusammenhänge und historischen Kontexte, daß der Nationsprozeß nicht ein für allemal abgeschlossen ist, sondern ein lebendiger Entwicklungsvorgang bleibt. Dies kann zu Nationskonstituierungsprozessen durch Zusammenschluß führen, siehe deutsche Vereinigung von 1990, oder auch durch Absonderung.

Nationale Eigenständigkeit im Sinne Petschens muß aber nicht notwendig die Herausbildung eines souveränen (im völkerrechtlichen Sinne) Staates sein. Es kann auch eine wachsende

---

<sup>17</sup> Santiago Petschen: Kataloniens internationale Politik: Zum auswärtigen Handeln einer spanischen *Comunidad Autónoma*, in: Raimund Krämer (Hrsg.): Regionen in der Europäischen Union, Potsdamer Textbücher Band 1, Berlin 1998, S. 146.

Selbständigkeit in vor allem wirtschaftlichen und kulturellen Belangen sein, bei Fortbestehen einer mehr oder weniger lockeren Verbindung mit dem bisherigen Gesamtstaat. In ähnlichem Sinne gilt für Schottland: „Ob also der nationalistischen Option einer eigenstaatlichen Mitgliedschaft Schottlands in der EU verstärkte Attraktivität zukommt, hängt weiterhin vor allem von der pragmatischen Fähigkeit der britischen Zentralregierung ab, schottische Interessen in ihrer Makrodiplomatie zu integrieren.“<sup>18</sup> Aus der Sicht der Nation und des Nationalstaates wird politische Autorität in zwei Richtungen abgegeben, nach „oben“, an supranationale Institutionen, und nach „unten“, an subnationale, regionale Einheiten.<sup>19</sup> Damit wird das Verhältnis zwischen dem Gesamtstaat, der historisch als Nationalstaat konzipiert und realisiert war, und der Region, die sich selbst als Nation versteht, zu einer Frage der politischen Aushandlung zwischen der Regionalvertretung und der Zentralregierung, nicht mehr hierarchischer Gewaltanwendung, wie sie für die Herausbildungsphasen der Nation charakteristisch war. Entwicklungen wie in Nordirland oder im Baskenland widersprechen dem nicht grundsätzlich; die Zentralregierung antwortet mit Gewalt, weil die Separatisten zur Gewalt gegriffen haben, und dies gerade deshalb, weil sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die zu vertreten sie vorgeben, hinter sich haben. Auf jeden Fall verweisen die Beispiele Katalonien und Schottland darauf, daß eine pragmatische Lösung – anders als etwa im Prozeß des Zerfalls der Habsburger Monarchie oder Jugoslawiens – gerade deshalb möglich ist, weil die beteiligten Akteure über die Kompetenz Madrids oder Londons sie zu vertreten verhandeln, nicht aber auch nur auf die Idee kommen, aus der EU austreten zu wollen.

So, wie die EU die Bedeutung der inneren Grenzen relativiert hat, indem sie bei deren grundsätzlicher Anerkennung diesen durch Vertiefung der Zusammenarbeit und Realisation der Freiheit der Bewegung der Personen, Dienstleistungen und Waren ihren trennenden Charakter genommen hat, so relativiert sie auch die Bedeutung der einst für heilig gehaltenen nationalen Unabhängigkeit, ja den Nationalstaat selbst. In diesem Sinne meint denn auch Dietrich Mühlberg, nicht ohne ironischen Unterton: „Angesichts der aktuellen föderalen Aufregungen gegenüber Hauptstadtansprüchen und den zentralistischen Ambitionen der Berliner Republik kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein föderal denkender Bundeskanzler Stoiber recht

---

<sup>18</sup> Klaus Stolz: Scotland Europa: Paradiplomatischer Akteur einer staatslosen Nation? In: ebenda, S. 141.

<sup>19</sup> Unter Bezugnahme auf den amerikanischen Politikwissenschaftler James Rosenau dazu Raimund Krämer: Regionen als internationale Akteure – Eine Vorverständigung, in: ebenda, S. 13.



bald die Auflösung des von Preußen geschaffenen deutschen Nationalstaates forciert, alle seine Rechte und Pflichten an den europäischen Staat abgibt und die jetzigen Bundesländer zu drei bis vier überlebensfähigen Regionen der Europäischen Union zusammenschließt. Damit wären die Bayern den ruinierten Osten los, weil mit der Auflösung des Nationalstaats dann auch die Zahlungspflicht für Ostdeutschland an Brüssel überginge. (Umgekehrt, das sei angemerkt, markierte das Ende der sog. Transferzahlungen auch das Ende des deutschen Nationalstaats!)“<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Dietrich Mühlberg: Aufregungen wegen europäischer Kultur, Ms., 10. Januar 2001, S. 4.

## 2. Die Nation im Angesicht globaler Herausforderungen

### und Handlungsräume für linke Politik

Die Nation, soviel haben die bisherigen Untersuchungen gezeigt, ist eine eigenständige, sozialhistorisch begründete Verbindungsweise zwischen Menschen. Das Gellner'sche Modell erweist sich als hinreichend erklärungs-fähig: Mit der Nationalökonomie entstand der moderne Staat, der die einheitliche Rechtsordnung, den einheitlichen Entwicklungsraum für die Wirtschaft und das vereinheitlichte Bildungssystem mit schuf und sicherstellte. Die Entscheidung darüber, welche Sprache diesen Prozeß trug und die gleichsam vormoderne – sich in diesem Prozeß allerdings selbst modernisierende – Voraussetzung für die Nationsbildung abgab, war nie voraussetzungslos, bei einigen der größeren Völker auch im Grunde von vornherein klar, bei anderen, kleineren oder multinational bzw. multikulturell zusammengesetzten das Ergebnis politischer Kämpfe oder auch unmittelbarer Gewaltanwendung. Unter veränderten Bedingungen, bei Nachlassen oder Demokratisierung der Staatsgewalt konnte diese Entscheidung durchaus auch wieder in Frage gestellt werden, etwa in Katalonien. In Einzelfällen sind auch mehrsprachige nationale Zusammenhänge möglich, was etwa in Gestalt der Schweiz zu besichtigen ist. (Hier spielt dann eine Gruppe von Sprachen die Rolle, die sonst der Sprache der Hochkultur zukommt, was allerdings in diesem konkreten Falle nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß die hochkulturelle Sprachpflege des Deutschen in Deutschland, des Französischen in Frankreich und des Italienischen in Italien erfolgt.)<sup>21</sup> In anderen Fällen läßt die Kohäsionskraft des ‚Schmelztiegels‘ nach, wie im Falle der USA. Dennoch bleibt, daß die Verteilung von Berufschancen vorwiegend über Kenntnis und Beherrschung der jeweiligen Hochkultur vermittelt wird, so daß diejenigen, die sich dem nicht stellen, auf die sozial niederen Beschäftigungen abonniert bleiben oder lediglich in ihrem kulturell-ethnischen Ghetto, wenn es denn genügend groß ist, begrenzte Aufstiegschancen haben, was etwa Teile der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland oder der Hispanos bzw. Chinesen in den USA betrifft.

Die Nation und der ihr zugehörige Staat sind in Europa und darüber hinaus voranzusetzen als historisch gewachsene Organisations- oder Lebensformen menschlicher Gesellschaft, die gewiß nicht – oder nicht mehr – die ihnen im 19. Jahrhundert zugeschriebene Potenz haben, von der Weltgesellschaft und der Weltwirtschaft einerseits und dem wachsenden Gewicht der Regionen andererseits schrittweise relativiert werden, aber doch ihren Platz und ihr Gewicht in der Geschichte längerfristig behalten. Als solche ist die Nation und ihr Staat auch Träger national-staatlicher Interessen, die im Verhältnis zu anderen Nationen und Staaten sowie zu anderen Akteuren der internationalen Beziehungen zu realisieren sind. Die Bestimmung dieser nationalen Interessen erfolgt in der jeweiligen Gesellschaft gemäß politischer bzw. Verfassungsordnung durch die in ihr wirkenden politischen Kräfte, Interessengruppen und sozialen Kräfte. Insofern ist es wie mit dem Wählen – wer nicht hingeht, muß hinnehmen, was die anderen gewählt haben. Wer sich an der Interessendefinition und -artikulation nicht beteiligt, und sei es, weil er/sie dies für die falsche, weil „nicht-linke“ Frage hält, muß ggf. zur Kenntnis nehmen, daß die anderen mittlerweile etwas entschieden haben. Alle Debatten um Politikfähigkeit, politischen Einfluß, Gegenmächte usw. nehmen hier ihren Ausgang.

In den politischen und sozialen Kämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts hat sich das ursprüngliche Modell der (US-) amerikanischen und französischen Revolution durchgesetzt, das die Nation mit den Bürger- und Menschenrechten in eins setzt und die Verfassung zur Voraussetzung hat. Vor diesem Hintergrund wird denn auch die Zugehörigkeit zur Nation immer vorherrschender nach den Regeln der Konstituierung der Staatsbürgernation und nicht nach denen einer völkischen Nation bestimmt, was in

---

<sup>21</sup> Das Wort „Parasit an seinen Nachbarn“, das Gellner benutzt, soll hier nur erinnert werden (siehe S. 28 dieser Studie, Kap. I, FN 54).

der veränderten deutschen Staatsbürgerschaftsgesetzgebung – wie immer man diese auch als noch unzureichend betrachten mag – sowie in den anhaltenden Einbürgerungs- bzw. Zuwanderungsdebatten gleichsam exemplarisch seinen politischen Ausdruck findet. So bleibt hervorgehoben, nochmals mit den Worten von Peter Ruben, „daß die Nation keine bloße Ethnie ist, eine besondere unter speziellen Naturbedingungen oder unter spezifischen sozialen Umständen handelnde Volksgruppe, mehr oder weniger von den Ereignissen des Weltverkehrs betroffen. Sie ist vielmehr das Ergebnis politischer Konstituierung unter Voraussetzung der Teilnahme am Weltmarkt. Völker werden Nationen, indem ihre Individuen Staatsbürger werden, indem der Citoyen auftritt, der die Konstitution, die Verfassung, zur ideellen Bedingung seines politischen Verhaltens macht. Eine Nation ohne Verfassung ist so wenig vorhanden wie eine polis ohne nomos. Und eine Verfassung, die nicht die politische Gleichheit der in ihr definierten Staatsbürger deklariert, bedeutet nur die Karikatur der Idee nationaler Konstitution. In diesem Sinne ist die Bildung einer Nation stets die ideelle Antizipation einer stände- und klassenfreien Gemeinschaft. Und eben darin besteht die Attraktivität und Macht der Idee der Nation.“<sup>22</sup> Die deutsche Vereinigung wie die Verselbständigung der vormaligen Sowjetrepubliken und die Nationalkriege auf dem Territorium des alten Jugoslawien zeigen, daß das Bild von der „verspäteten“ oder „zu späten“ Nation falsch ist. Der Nationsbildungsprozeß als Moment der Modernisierung hält auch im 21. Jhd. an und ist idealiter erst abgeschlossen, wenn die Weltgesellschaft zur Gänze von Nationen, die über ihre respektive Staatlichkeit verfügen, gebildet wird.

Zugleich wird dieser Prozeß überlagert von der Globalisierung, die den existierenden Nationen ihre Bedingungen aufzunötigen bestrebt ist und den sich noch herausbildenden Nationen Hindernisse in den Weg legt. Da eine Weltregierung die Weltgesellschaft in absehbaren historischen Zeiträumen nicht zu ordnen vermag, bleibt dies eine naturhistorischer, das heißt hier: anarchischer Prozeß, der auch immer wieder mit Gewaltausbrüchen, kriegerischen und anderen Auseinandersetzungen bzw. Konflikten verbunden ist. Ein Beitrag zur Verfriedlichung kann über außenpolitisch-diplomatische Einflußnahmen deutscher und (EU-)europäischer Politik sowie die Stärkung der UNO erfolgen. Für die existierenden Nationen im Rahmen der EU ist der Integrationsprozeß einerseits Moment der Globalisierung, indem dem Integrationsverbund Funktionen übertragen werden, die in der Vergangenheit von den Nationalstaaten wahrgenommen wurden, andererseits zugleich ein Schutzverbund gegenüber den Zumutungen der größeren, gleichsam „globalen“ Globalisierung. Der Nationalstaat hat in diesem Prozeß an Regelungskompetenzen verloren, die insbesondere mit Wirtschaft, Zöllen und Kapitalverkehr zu tun haben. Auch die „souveräne“ Fähigkeit, Kriegsführung zu betreiben, zumal um den Preis von Kriegsverbrechen, ist seit dem Nürnberger Gerichtshof, nunmehr verstärkt durch die Ahndung der Massaker in Südosteuropa, immer mehr begrenzt worden. Übrig bleibt ein Torso der Souveränität, der mit der Verfassungsordnung, der eingeübten Praxis der Rechtsprechung – insofern ist die Idee von dem ‚Verfassungspatriotismus‘ nicht völlig von der Hand zu weisen, weil sie einen bestimmten Ausschnitt der Praxis des Nationszusammenhangs in den Vordergrund rückt – zu tun hat, aber auch mit dem Bildungssystem, der Sprachpflege bzw. der staatlich präferierten Hochkultur und dem gemeinsam zurückgelegten politisch-gesellschaftlichen Schicksal, wie groß auch immer diese Zeitspanne dessen sein mag.

Dieser Torso steht in völliger Übereinstimmung mit Gellners Modell. Die Nation, einmal entstanden, bleibt als Form der Vergemeinschaftung auch dann erhalten, wenn etliche ihrer Voraussetzungen entfallen sind; sie reproduziert und realisiert sich stets aufs Neue. So bleibt der Nation eine kulturelle Grundlage auch dann, wenn die anderen Entstehungsgründe und Entwicklungszusammenhänge nicht

---

<sup>22</sup> Peter Ruben: Realität und Problem der Nation, a.a.O. (Kap. I, FN 29), S. 29f. Hier sei nochmals daran erinnert, daß bereits die Ethnie keine naturhistorische Gegebenheit, sondern Resultat kultureller Formierungsprozesse ist.

mehr in der ursprünglichen Weise bestehen. Der Kulturwissenschaftler erinnert an einen Tatbestand, „der uns durch die weltweiten ‚Amerikanisierungsdebatten‘ und durch die Kritik an fundamentalistischen Widerstandsformen gegen die amerikanische Lebensweise bekannt ist. Alle einschlägigen Untersuchungen zeigten nämlich, daß das Medium jeder Aneignung ‚fremder‘ Kulturformen die eigene Kultur ist. Immer wird das Neue, das Begehrte, Unverständliche, Bedrohliche und Fremde in die Sprachen der eigenen Kultur übersetzt. Immer erweisen sich für solche Übersetzungen einige Medien (etwa Konsumgüter, die Popularkultur der Medien, Religionen) und einige Protagonisten (Jugendliche, Städter, Künstler) als besonders geeignet. Sie verändern die eigene Kultur dynamisch und beispielhaft in der Richtung des Akkulturationsprozesses. Selbstverständlich tun sie dies auf recht verschiedene Weise, auch durch Widerstand und deutliche Abgrenzung von der übermächtigen Kultur.“<sup>23</sup> Das bedeutet, daß mit der kulturellen Globalisierung die verschiedenen Kulturen nicht verschwinden. Die eigene Kultur ist das Medium der Aufnahme, der Rezeption der globalisierten Kultur. Diese wiederum bewegt sich in verallgemeinerten, abgehobenen Chiffren. Allein schon die Tatsache, daß in Hollywood Studios, die wesentlich japanischen Firmen gehören, mit deutschen Regisseuren und französischen Schauspielern Filme erstellen, die in einem Amerika handeln, von dem die US-amerikanischen Fundamentalisten meinen, es hätte mit dem real existierenden Amerika nichts zu tun, weist darauf hin, daß die ‚globalisierte‘ Kultur in erheblichem Maße ein virtueller Medienvorgang ist, der seine eigentliche, konkret ausmeßbare Voraussetzung in einem global angezielten Markt, nicht aber in einer tatsächlichen Kultur oder Gesellschaft hat.

In ähnlichem Sinne wird McDonalds – von etlichen Kultursoziologen immer gern als Argument für kulturelle Globalisierung auf der Alltagsebene herbeigezogen – wohl in ein Marktsegment auch Frankreichs eingerückt bleiben, nicht aber die französische Küche liquidieren. Wie im Römischen Reich die Sprache der Reichsverwaltung das Lateinische war, ansonsten die Leute koptisch, aramäisch, griechisch usw. redeten, wird heute „Broken English“ zur lingua franca der globalisierten Weltgesellschaft, vielleicht auch der EU, während die kulturelle Selbstverständigung auf Deutsch, Französisch, Spanisch usw. erfolgt. Eine kulturelle Globalisierung gibt es nicht, bisher nicht einmal eine (EU-)Europäisierung der Kultur, die Nation behält demzufolge ihre kulturelle Disposition und Anziehungskraft. Sie bleibt als solche identitätsstiftend, wobei man sich die Identitäten durchaus nicht als abschließende vorstellen darf, eher im Sinne soziologischer Rollentheorie:<sup>24</sup> Man kann zugleich Bürger der Gemeinde Schulzendorf und des Landes Brandenburg sein, sich als Ostdeutscher verstehen und ebenso Deutscher und Europäer sein und in jedem dieser Zusammenhänge seinen Bezug herstellen.

Die Nation ist, dies die Folgerung aus der Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft nach Tönnies und Ruben, eine Verbindung von der Art der Gemeinschaft. Sie ist das als Verein zur wechselseitigen Unterstützung ihrer Angehörigen. Das entscheidende Kriterium ist die gemeinsame „Kassenführung“, zu der alle Berechtigten, dies die Staatsbürger, Zugang haben ohne Rücksicht auf den individuellen Anteil an der Bildung des Unterstützungsfonds. Zugleich sind nach dem Rubenschen Modell die einzelnen Nationen Teilnehmer des weltmarktlichen, äquivalenten Austausches. Das heißt, innerhalb der Nation gilt das Prinzip der gemeinschaftlichen Kasse, zwischen ihnen – dies die Konsequenz der Vorstellung, daß am Ende die ganze Weltgesellschaft aus der Verbindung von Nationen besteht – das Prinzip des äquivalenten Austausches. Zentraler Ausdruck des vergemeinschafteten Interesses ist die Steuerpolitik. Der Staat hat ein akzeptiertes Recht auf die Erhebung von Steuern, weil die Beteiligten bzw. die Betroffenen davon ausgehen, daß es gemeinschaftliche Interessen gibt, denen der nationale Gemeinschaftsverband nachzukommen bestrebt ist. Der „Staat“ als bloßer Me-

---

<sup>23</sup> Dietrich Mühlberg: Kulturelle Differenz als Voraussetzung innerer Stabilität..., a.a.O. (Kap. II, FN 81), S. 256.

<sup>24</sup> Vgl. Günter Wiswede: Soziologie, a.a.O. (Kap. I, FN 10).

chanismus gerät in eine recht zwielichtige Lage, Geld zu erpressen, für das er keine Gegenleistung zur Verfügung stellt, wenn nicht in seinem Hintergrund die Gemeinschaft der Nation unterstellt ist. Nur weil sie ideell den Staat autorisiert, kann dieser Steuern erheben und sie nach Bedürfnissen, die nicht an Leistungen gekoppelt sind, verteilen. Nur dann, wenn man Gemeinschaft und Gesellschaft als zwei verschiedene Verbindungsformen von Menschen zu verorten vermag, die zugleich bestehen und wirken und nicht ineinander übertragbar sind, ist der neoliberale Angriff auf die national-staatliche sozialpolitische Verantwortung abzuweisen.

Innerhalb der Gemeinschaft wird versucht, den Staat aus der wirtschaftlichen Tätigkeit zu verdrängen, auch wenn er insistiert, daß es bei Abwasserreinigung beispielsweise um primäres Gemeinwohlinteresse geht, das noch niemand profitabel zu betreiben vermochte, oder er darauf verweist, daß das bleibendste Ergebnis der Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien bisher eine Serie von Unfällen ist; zwischen den Gemeinschaften versucht der Neoliberalismus – als Geist und als Politik – die ‚Standorte‘ gegeneinander auszuspielen. Von hier aus gewinnt denn auch Webers Konstrukt mit den getrennten Beamtschaften einen tieferen als nur plakativen Sinn:<sup>25</sup> das ‚staatlich-politische Beamtentum‘ ist der Vertreter des Gemeinschaftsinteresses auf der Ebene der Nation und ihres Staates, das ‚privat-wirtschaftliche Beamtentum‘ ist der Repräsentant des sich zunehmend globalisierenden, d.h. ent-nationalisierenden, der Einbindungen in die Nation entziehenden Gesellschaftsinteresses als Kapitalverwertung. (Wieviel Steuern bezahlt eigentlich noch Daimler/Chrysler in Deutschland?) Beschneidet man die Kompetenz des ersteren, erhalten wir den umgekehrten Totalitarismus, die ungezügelte Herrschaft des Verwertungsinteresses bei Abschaffung eines Gemeinschaftsinteresses, das allein der Ort nichtmarktlicher Solidarität sein kann.

Anzumerken bleibt hier, daß sich die Nation als Gemeinschaft und die Gesellschaft der Kapitalverwertung in unterschiedlichen Raum-Zeit-Strukturen bewegen. Der Raum der Nation ist begrenzt, der Zeithorizont lang; denken wir an die derzeitigen Rentendebatten in Deutschland, so sind die ältesten Rentner an die einhundert Jahre alt und der Zeitraum, für den die jetzige Reform veranschlagt wird, drei Jahrzehnte, so erhalten wir einen zeitlichen Zusammenhang von Politik bzw. gesellschaftspolitischer Regelung, der insgesamt einhundertdreißig Jahre umfaßt. Der Raum der Kapitalverwertung dagegen ist heute, angesichts der Globalisierung faktisch unbegrenzt, die Zeit auf einen Punkt zusammengeschrumpft. Als das flexible internationale Geldkapital über die Volkswirtschaft Indonesiens herfiel, wie ein Heuschreckenschwarm in biblischen Zeiten, vergingen nur wenige Wochen, bis sie ausgelaugt war. Die indonesische Nation dagegen hat noch Jahre mit den sozialen Folgen dessen zu laborieren.

Gerade vor diesem Hintergrund erweist sich die Größe der Europäischen Union als hinreichend, um solchem Aussaugungs-Angriff zu widerstehen, damit als Chance, das ‚Gleichgewicht der Bürokratien‘ zu erhalten, die politische Regelungskompetenz zu bewahren. Dabei ist die EU selbst auf dem Wege, Gemeinschaft der Nationen zu sein. Die Auseinandersetzungen, die mit Frau Thatchers Versuch geführt wurden, daß Großbritannien aus den Brüsseler Töpfen mindestens so viel erhalten solle, wie es eingezahlt hat, verweisen darauf, daß die politisch Verantwortlichen doch die ‚gemeinsame Kasse‘ der großen Gemeinschaft präferieren, aus der nach nicht-äquivalenten Grundsätzen Zuwendungen gezahlt werden, wie rudimentär dies auch gegenwärtig noch sein mag.

Nun ist eine Gemeinschaft von der Art der Nation kein Ort der allgemeinen Glückseligkeit. Die Auseinandersetzungen mit den Behörden, den Hütern der Kassen, sind immer wieder neu zu führen, und es bleiben Auseinandersetzungen. Die Frage ist nur, welchen Voraussetzungen des Zugangs zu den Leis-

---

<sup>25</sup> Siehe S. 90 dieser Studie, FN 14.

tungen die Mühseligen und Beladenen, die sozial Schwachen haben. Hier wirkt, wie schon bezüglich der Osterweiterung der EU beschrieben, immer die soziologisch untersuchbare Logik von Eigen- und Fremdgruppe, in-group und out-group, und zwar auch bezüglich des Verhaltens der Staatsbürger oder Nationszugehörigen. Die deprivierten Unterschichten der entwickelten Länder werden stets von sich ausgehen und für sich eine Versorgung durch die Gemeinschaft einfordern, die sie armen Zuwandern aus den Ländern der Peripherie nicht zubilligen wollen. Galtung schreibt dazu: „Menschen, die über Vermittler von der sehr armen Peripherie ins sehr reiche Zentrum wandern, werden – wenn sie nicht bereits von Polizei und Militär an den Grenzen angehalten werden – auf eine sehr reiche Arbeiterklasse treffen, die keine Arbeitsplätze hat oder deren Arbeitsplätze ernsthaft bedroht sind.“ Und er betont: „Die faschistische Natur dieses Zusammentreffens zeigte sich in verschiedenen EU-Ländern bereits sehr deutlich.“<sup>26</sup> Der Kampf um die Erhaltung des Prinzips der Solidarität der Gemeinschaftsglieder muß die Barmherzigkeit mit den Anderen einschließen, wohl wissend, daß die eigene Kasse stets begrenzt ist und nicht alle Probleme, die das Verwertungsprinzip weltweit schafft, im eigenen Lande gelöst werden können. Dazu bedarf es des gemeinsamen Wirkens aller Nationen und Staaten international und einer aufgeklärten Politik im Innern. Die Herrschenden wollen Beherrschte, die „unterwürfig, verängstigt und abhängig sind oder eine schwache Identität besitzen. Sind sie jedoch autonom, furchtlos, unabhängig und haben eine starke Identität, so wird eine Machtausübung, die von oben kommt, nicht greifen.“<sup>27</sup> Daran zu wirken, mag ein Anfang sein, aber es ist einer. Und die Nation, die auch so etwas wie Heimat ist, ist der Ort, daran zu arbeiten.

---

<sup>26</sup> Johan Galtung: Gewalt, Krieg..., a.a.O. (Kap. I, FN 75), S. 27.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 19.

Erhard Crome

Die Linke und ihr Verhältnis zu  
Nation und Nationalstaat  
Die Nation zwischen Europäischer Union  
und Regionen

Berlin, Dezember 2001

ISBN 3-320-02984-3